DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

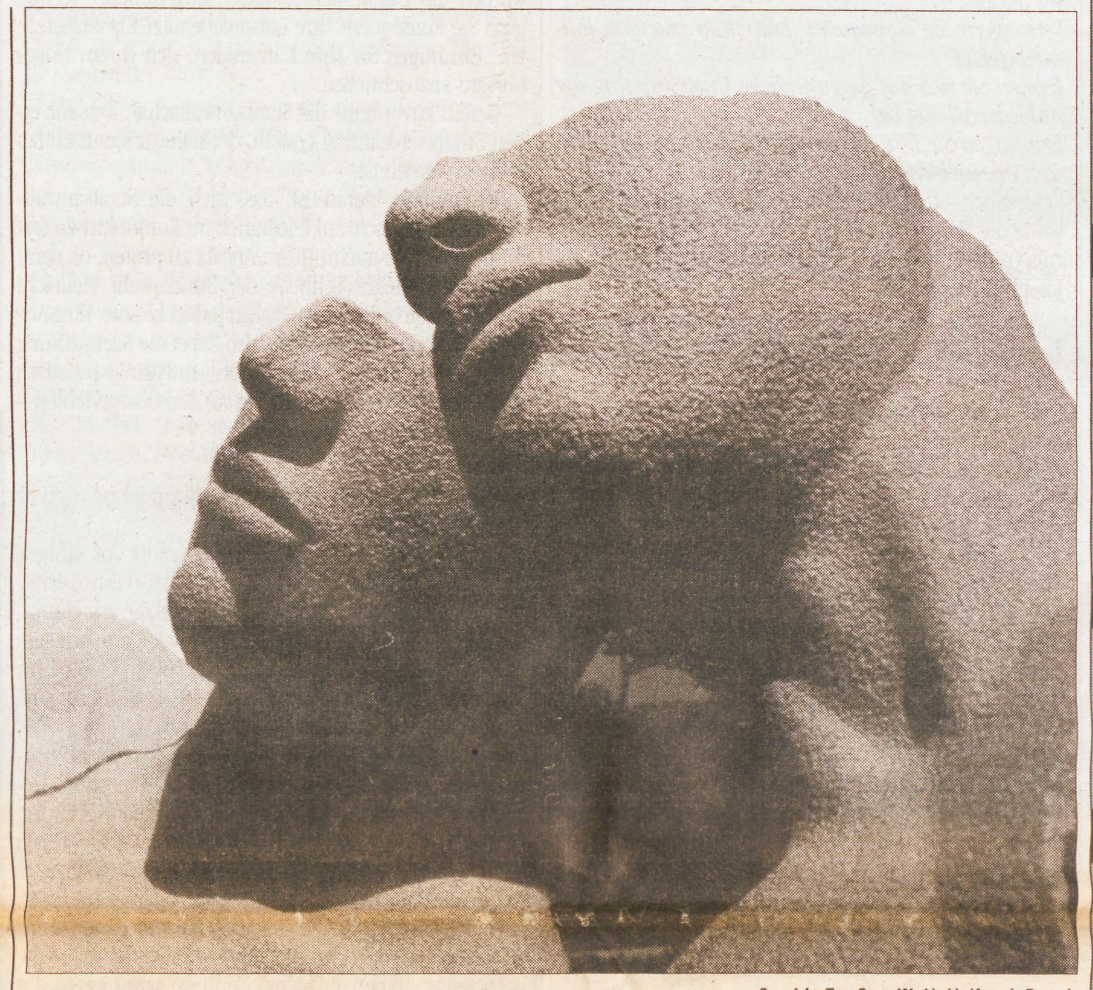
POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

242 21. JAHRGANG November 2004 4,50 €

IST KONFLIKTLÖSUNG ERLERNBAR?

Keule, Keile und Krawall

Am Anfang sieht alles ganz leicht aus: Eine Gruppe Menschen findet sich zusammen, um gemeinsam ein Haus zu bewohnen, eine Zeitung zu machen, gegen den alltäglichen Rassismus oder Umweltzerstörung zu kämpfen. Viele bleiben nicht bei einer punktuellen Kritik, sondern merken schnell, dass die heutigen Gesellschaftsverhältnisse von kapitalistischer Verdrängungskonkurrenz bis patriarchaler Unterdrückung die eigentliche Ursache des Problems sind.



Copyright: Tony Stone Worldwide/Antonia Deutsch

Uta Knischewski, Redaktion Dresden ● Auch die Formen des Umgangs miteinander müssten also in alternativen Gruppen anders aussehen, wenn es denn irgendwann anders werden soll. Zunächst scheint sich ja dieser neue Umgang von selbst zu ergeben. Der gemeinsame Elan beflügelt alle Gruppenmitglieder. Erste Erfolge steigern das Hochgefühl.

Doch bald wird es ruhiger, bleiben größere Erfolge aus. Jedenfalls ist der Kraftaufwand aus Anfangszeiten nicht auf Dauer durchzuhalten. Und nun wird es kompliziert. Die Gruppenmitglieder stellen langsam fest, dass sie doch sehr unterschiedlich sind. Einige haben längst wieder Themen gefunden, die ihnen wichtiger sind und verabschieden sich. Andere sind es eher gewohnt, unter Anleitung zu arbeiten und erwarten von ein paar hyperaktiven Machern, dass sie die Entscheidungen treffen. Die Macher glauben, dass die Gruppe effizienter arbeitet, wenn nicht erst alle Mitglieder gefragt werden müssen. Sie können gut reden und haben die Außenkontakte zu Presse und Politik. Hierarchien bilden sich heraus, formelle durch Vorstandswahlen, informelle, wenn immer wieder die selben Leute regelmäßig zu den Gruppentreffen kommen oder eben besonders gut miteinander können. Wieder andere wollen gerade solche Hierarchien verhindern und stillere Gruppenmitglieder zur Entwicklung ihrer eigenen Fähigkeiten ermutigen. Einige fühlen sich eben dadurch unter Erfolgsdruck gesetzt und geben auf. Außerdem kommen neue Leute dazu, die an den Grundfesten des Gruppenselbstverständnisses rütteln und völlig neue Ideen mitbringen. Dann gibt's ja auch noch die Situation, dass es Faule und Macher gibt. Und wer das meiste macht, hat auch das meiste zu sagen. Das scheint schon fast ein Naturgesetz zu sein.

Wie gehen nun Gruppen mit ihren Konflikten um? Schaffen es die Gruppenmitglieder, miteinander das Problem für alle zufriedenstellend zu lösen? Oder regiert auch hier das Gesetz des Stärkeren, also die Gewalt? Teilt sich die Gruppe oder löst sie sich sogar auf? Schottet sie sich nach außen ab, verjagt die Gruppe Neugierige durch unverständliche Sprache und Rituale? Gelingt es jetzt noch, gleichberechtigten Umgang miteinander hinzukriegen?

Gut wäre sicher gewesen, sich von Anfang an auf »Spielregeln« im Konfliktfall zu verständigen. Sinnvolle Regeln aufstellen können wir aber nur dann, wenn wir uns die Konflikte vorstellen können, die noch gar nicht existieren. Wer macht schon gerne solche Sprünge in die Zukunft? Ein gutes Regelwerk zu entwickeln und das dann auch noch ständig weiter zu entwickeln, überfordert jedoch die Zeitreserven der meisten Gruppenmitglieder. Die knappe freie Zeit wollte mensch doch eigentlich mit Umweltschutz oder antirassistischen Projekten verbringen, nicht mit dem Erlernen gruppendynamischer Prozesse und »Konfliktmanagement«! Wenn wir Christoph Spehr glauben wollen (»Gleicher als Andere – Eine Grundlegung der freien Kooperation«), dann kommen wir in einer wirklich freien Kooperation nicht drumrum, ein Viertel des Tages mit Verhandeln zuzubringen. Ist denn das überhaupt auszuhalten?

Die hier beschriebene Problemlage ist nur eine von vielen denkbaren, in die alternative Gruppen geraten können. Ebenso vielfältig sind die Lösungen, die diese Gruppen für sich gefunden haben. Konsens oder lieber nicht, Plenum oder lieber Kleingruppen, lautstarker Streit oder Suche nach weitgehender Harmonie? Konfliktlösung intern oder mit Unterstützung von außenstehenden ModeratorInnen? Oder ist die Gruppe als offener Raum vorstellbar, in dem überhaupt keine Entscheidungen getroffen werden müssen, sondern die Mitglieder gleichberechtigt und punktuell kooperieren und streiten? Und die einzige Regel ist die, dass es keine Regeln gibt?

Die perfekte Lösung gibt es nicht, aber Anregungen zum Nachdenken im Schwerpunkt●

auf Seite 7 bis 10

AUS DEM INHALT:

PROZESS

Im März und Juni 2004 haben Friedensaktivisten vor den Toren des Fliegerhorsts im rheinland-pfälzischen Büchel an die dort stationierten Bundeswehrsoldaten einen Aufruf zur Befehlsverweigerung verteilt. Die Soldaten wurden darin aufgefordert, ihre Beteiligung an der völker- und grundgesetzwidrigen nuklearen Teilhabe zu unterlassen. Ende November findet nun der Prozess gegen die Friedensaktivisten statt, indem erstmals auch die Frage nach der Rechtmäßigkeit der nuklearen Teilhabe der Bundeswehr zum zentralen Gegenstand eines Strafverfahrens wird. Seite 2

AUROVILLE

Vor 35 Jahren startete in Südindien das kosmopolitische Großprojekt Auroville, aus der geplanten Zukunftsstadt für 50.000 Menschen – gemäß dem integralen Yoga von Sri Aurobindo und »der Mutter«, wurde zwar nichts, aber es entstand ein interessantes Siedlungsprojekt mit heute 2.000 Menschen, voller ökologischer, architektonischer und sozialer Experimentierkraft, eigener Ökonomie und interessanter politischer Binnenstruktur. Seite 3

KOMMUNEN

Die Kommune Olgashof ist auf einem alleinstehenden Gut in der Nähe von Wismar untergebracht. Sie versteht sich als politische Kommune und stellt sich mit Beiträgen zu zentralen Fragen der Gesellschaft vor auf Seite 4.

AUTONOMIE IN CHIAPAS

Im zweiten Teil seiner »Spurensuche des langen Weges vom zapatistischen Aufstand in Chiapas« berichtet Johannes Plotzki über die »Räte der guten Regierung«, die trotz häufiger Rotation der Regierungsmitglieder erstaunlich gut zu funktionieren scheinen. Seite 5

GENTECHNIK

Die Großen der Gentechnologie waren alle dabei: Zum ersten Mal fand die ABIC (Agricultural Biotechnology International Conference) in Europa statt. In der Kölner Messe trafen sich vom 12. bis 15.9 Vertreter der multinationalen Saatgut-Industrie, Politiker und Wissenschaftler. Auf der dreitägigen Konferenz wollten sie Strategien entwickeln, um die Gentechnologie in der europäischen Landwirtschaft zu etablieren. Berichte von der Gegenveranstaltung auf Seite 6.

SCHULGENOSSENSCHAFT

»Hut ab!«, so heißt die Schulgenossenschaft, die Ende September an der Düsseldorfer Joseph-Beuys-Gesamtschule gegründet wurde. Seite 13

www.contraste.org

D 8008

LONDON: 3. EUROPÄISCHES SOZIALFORUM

Forum von unten?

Das Europäische Sozialforum (ESF) endete am 17. Oktober mit einer Großdemonstration durch die Londoner Innenstadt, an der laut Veranstalter bis zu 100.000 Menschen teilnahmen. Zentrale Losungen waren: »Stoppt den Krieg«, »Nein zum Rassismus«, »Beendet Privatisierung«, »Für ein Europa des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit«.

»Die Treffen des Weltsozialforums beraten nicht im Namen der Institution Weltsozialforum. Daher ist niemand berechtigt, im Namen eines der Foren zu sprechen oder eine Position als die aller Teilnehmer wiederzugeben. Die Teilnehmer dürfen nicht aufgefordert werden, als Institution Erklärungen oder Aktionsvorschläge anzunehmen, die jeden oder die Mehrheit binden und den Eindruck erwekken können, mit ihnen würde das Forum als Institution etabliert. Es stellt daher keinen Ort der Macht dar, um den die Teilnehmer in den Treffen ringen. Ebenso wenig hat das Forum den Anspruch, die einzige Form der Zusammenarbeit zwischen den teilnehmenden Organisationen und Gruppen zu sein«. (6. Absatz der WSF-Grundsätze).

Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● Trotz der Anerkennung der Grundsätze des Weltsozialforums durch das Europäische Sozialforum gab es jede Menge Konfliktstoff und die »Eliten und Apparate der Bewegung« hatten sich offensichtlich mal wieder durchgesetzt: In London hatte die SWP (Socialist Workers Party) und die Labour-Linke erfolgreich alle nichthierarchischen Strömungen aus der ESF-Leitung herausgehalten und so das ESF instrumentalisiert. Teilnehmer sprechen von einer Spaltung und nachhaltigen Schädigung der Sozialforumsbewegung. Der Eklat hatte sich schon beim 2. Europäischen Sozialforum in Paris abgezeichnet, als Mitglieder der SWP und lokale Untersekten (in Deutschland »Linksruck«) London als diesjährigen Veranstaltungsort durchsetzten – obwohl es scheinbar eine Mehrheit für ein Europäisches Sozialforum in Barcelona gab.

Die größten und interessantesten Veranstaltungen fanden tatsächlich außerhalb des offiziellen ESF statt. Etwa 20.000 Menschen hatten sich von Donnerstagabend bis Sonntagmittag an 400 Workshops, Plenen und Seminaren beteiligt.

Auf dem sonntäglichen Abschlussplenum wurde eine Erklärung verabschiedet, in dessen Zentrum die Orientierung auf ein europaweites Demonstrations- und Aktionswochenende gegen den Irak-Krieg am 19. und 20. März steht. Der Aufruf enthält eine klare Aufforderung zum Truppenabzug aus dem Irak, auf ein klares Nein zur vorliegenden EU-Verfassung wurde jedoch aus Rücksicht auf einige Gewerkschaftsspitzen verzichtet. Aufgerufen wird anlässlich der Deklaration der Menschenrechte zu Aktionen zu Palästina am 10./11. Dezember 2004 und mobilisiert werden soll durch das ESF zu den Protesten gegen die NATO-Tagung im Februar 2005 in Nizza.

Durch diese inhaltlichen Schwerpunkte, die in der Erklärung des Abschlussplenums zum Ausdruck kamen, rückte der Widerstand gegen Neoliberalismus und die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit in den Hintergrund. Immerhin rief das ESF zur Unterstützung von Großdemonstrationen gegen neoliberale »Reformen« auf.

Für das vierte Europäische Sozialforum im Jahr 2006 wurde als Veranstaltungsort Athen beschlossen.●

Weitere Texte und Links zum Thema Sozialforen unter:
www.projektwerkstatt.de/sozialforum

ANKLAGE WEGEN AUFFORDERUNG ZUR BEFEHLSVERWEIGERUNG ZUGELASSEN!

Nukleare Teilhabe der Bundeswehr rechtswidrig?

Im März und Juni d.J. haben Friedensaktivisten aus Berlin, Erftstadt, Wetzlar, Stuttgart und Heidelberg vor den Toren des Fliegerhorsts im rheinland-pfälzischen Büchel an die dort stationierten Bundeswehrsoldaten einen Aufruf zur Befehlsverweigerung verteilt. Die Soldaten wurden darin aufgefordert, ihre Beteiligung an der völker- und grundgesetzwidrigen nuklearen Teilhabe zu unterlassen. Die Staatsanwaltschaft Koblenz ließ den Aufruf beschlagnahmen und beantragte den Erlass eines Strafbefehls sowie die Zulassung einer Anklage.

Von Hermann Theisen, Redaktion Heidelberg ● In dem »Aufruf an alle Bundeswehrsoldaten des Jagdbombergeschwaders 33 (Büchel)« heißt es: »Verweigern Sie jegliche Beteiligung an der völker- und grundgesetzwidrigen nuklearen Teilhabe!«. Begründet wird dies wie folgt: »Es sind auf Ihrem Arbeitsplatz US-amerikanische Atombomben stationiert, und Sie stellen mit der Wartung, Instandhaltung, Einsatzübung und Bereithaltung ihrer Tornado-Kampflugzeuge die Trägermittel bereit, um im sog. Ernstfall jene Atombomben einzusetzen. Ein solcher Ernstfall könnte künftig auch ein Präventivschlag sein, schenkt man dem Anfang des vergangenen Jahres vom Pentagon veröffentlichten Grundsatzdokument zur militärischen Nuklearstrategie Glauben, welches Planspiele für den präventiven Einsatz von Atomwaffen gegen mindestens sieben Länder, darunter Russland, China, Libyen, Syrien, bzw. die sogenannte 'Achse des Bösen' – Irak, Iran und Nordkorea – enthält. Zudem entschied der US-Kongress im November 2003, das Verbot für den Bau von Mini-Atombomben aufzuheben, womit die Ära einer neuen Generation von Atomwaffen eingeläutet worden ist, und gleichzeitig hält die NATO weiterhin an der Ersteinsatzoption von Atomwaffen fest.

Auf diesem Hintergrund sollten Sie Ihre Unterstützung der nuklearen Teilhabe neu bewerten und dabei bedenken: A) Die Stationierung von Atomwaffen auf Ihrem Militärflugplatz steht nicht in Übereinstimmung mit dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofes vom 8. Juli 1995. Sie ist völkerrechtswidrig. B) Die durch ihre berufliche Tätigkeit praktizierte nukleare Teilhabe verstößt (spätestens im Kriegsfall) gegen die Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 2 Nichtverbreitungsvertrag. Sie ist völkerrechtswidrig. C) Die Stationierung von Atomwaffen auf Ihrem Militärflugplatz und Ihre Einbindung in die nukleare Teilhabe verstoßen gegen das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2, Satz 1 Grundgesetz). Beides ist verfassungswidrig.

Eine Beteiligung und Unterstützung der nuklearen Teilhabe ist somit nicht zu rechtfertigen! Deshalb rufen wir Sie auf:

Verweigern Sie konsequent Ihre entsprechenden Einsatzbefehle!

Lehnen Sie sich auf gegen jegliche Unterstützung der nuklearen Teilhabe!

Ermutigen Sie Ihre Kameraden, sich Ihrem Ungehorsam anzuschließen!«

Schließlich folgt eine ausführliche Rechtshilfebelehrung sowie die Namen der bislang 48 Unterzeichner des Aufrufs (unter ihnen auch Konstantin Wecker und Prof. Dr. Joseph Weizenbaum).

Die Anklage

Die Staatsanwaltschaft Koblenz wertet die Verteilung des Aufrufs als Straftatbestand nach § 111 StGB (Öffentliche Aufforderung zu Straftaten) und begründet ihre Anklage folgendermaßen:

Die Angeschuldigten »werden angeklagt, am 08.06.2004 in Büchel, gemeinschaftlich, öffentlich und durch Verbreiten von Schriften zu einer rechtswidrigen Tat, nämlich der eigenmächtigen Abwesenheit nach § 15 WStG, der Fahnenflucht nach § 16 WStG, des Ungehorsams nach § 19 WStG, der Gehorsamsverweigerung nach § 20 WStG, der Meuterei nach § 27 WStG und der Verabredung zur Unbotmäßigkeit nach § 28 WStG aufgefordert zu haben.

Am 08.06.2004 verteilten die Angeschuldigten vor dem Haupttor des Fliegerhorstes in Büchel Abdrucke eines Flugblattes an ankommende bzw. abfahrende Soldaten und klemmten Abdrucke des Flugblattes unter die Scheibenwischer der dort parkenden Fahrzeuge. Das Flugblatt enthielt einen 'Aufruf an alle Bundeswehrsoldaten des Jagdbombergeschwaders 33, Büchel; Verweigern Sie jegliche Beteiligung an der völker- und grundgesetzwidrigen nuklearen Teilhabe!'. Weiter wurde ausgeführt, auf dem Bundeswehrstützpunkt seien US-amerikanische Atombomben stationiert. Bundeswehrsoldaten würden mit der Wartung, Instandhaltung, Einsatzübung und Bereithaltung der Tornado-Kampflugzeuge die Trägermittel bereitstellen, um im sog. Ernstfall jene Atombomben einzusetzen. In dem Flugblatt, für dessen Inhalt der Angeschuldigte Theisen presserechtlich verantwortlich zeichnete, wurden die Bundeswehrsoldaten aufgefordert: 'Verweigern Sie konsequent Ihre entsprechenden Einsatzbefehle!....Ermutigen Sie Ihre Kameraden, sich Ihrem Ungehorsam anzuschließen!'.«

Bereits zuvor hatte die Staatsanwaltschaft Koblenz einen Strafbefehlsantrag gestellt, der nahezu identisch begründet worden ist.

Erstaunlich hieran ist, dass sich die Staatsanwaltschaft darauf beschränkt, lediglich im Konjunktiv zu formulieren, ohne auch nur im Ansatz zu prüfen, ob denn etwa die nukleare Teilhabe der Bundeswehr vielleicht den Hauch einer Rechtswidrigkeit haben könnte. Eine Anklage derart zu konstruieren, also dabei die Sachprüfung völlig außen vor zu lassen, ist schlechterdings juristisch abstrus und wird so – zumindest vor den Obergerichten – nicht haltbar sein.

Bevorstehende Gerichtsverhandlung

Nachdem das Amtsgericht Cochem bereits vor einigen Wochen den Strafbefehl (30 Tagessätze, je 30 Euro) erlassen hat, wurde inzwischen auch die Anklage zur **Hauptverhandlung** zugelassen. Diese wird vor dem **Amtsgericht Cochem am Dienstag, 23.11.2004, 14:00 Uhr, Sitzungssaal 100**, (Ravenestraße 39, 56812 Cochem) stattfinden.

Damit wird die Frage der Rechtmäßigkeit der nuklearen Teilhabe der Bundeswehr erstmals zum zentralen Gegenstand eines Strafverfahrens vor einem deutschen Gericht werden. Eigentlich geht es ja um die Frage, ob sich die Beschuldigten mit ihrer Aufforderung zur Befehlsverweigerung strafbar gemacht haben, oder eben nicht. Eine Antwort auf jene Frage kann aber nur dann gefunden werden, wenn zuvor die Frage beantwortet ist, ob die Beteiligung an der nuklearen Teilhabe selbst gegen das Völkerrecht (und somit Grundgesetz) verstößt. Wenn ja, dann würde sich kein Soldat strafbar machen, wenn er die auf die nukleare Teilhabe ausgerichteten Befehle verweigern würde und dann bliebe folglich auch ein Aufruf zu einer solchen Befehlsverweigerung straffrei...

Insofern verspricht die Gerichtsverhandlung spannend zu werden, ist doch deren Ausgang in keiner Weise vorhersehbar.

Besucher der Verhandlung sollten sich unmittelbar vorher den Termin noch einmal bestätigen lassen – 02671/9880-0.●

Bitte um Unterstützung

Das Strafverfahren wird sich wahrscheinlich auf mehrere Instanzen erstrecken. Die Verteidigung wird Rechtsanwalt Otto Jäckel (IALANA) übernehmen. Im Falle einer Verurteilung ist eine Verfassungsbeschwerde geplant. Deshalb ist von hohen Kosten auszugehen, weshalb um eine Spende auf folgendes Konto gebeten wird:
Sonderkonto Hermann Theisen, Sparkasse Heidelberg,
Bankleitzahl 67250020, Konto 1000499036.

Wer den Aufruf unterzeichnen möchte (und damit allerdings die Einleitung eines Strafverfahrens riskiert) bzw. weitere Informationen zu dem Strafverfahren wünscht, wende sich an: Hermann Theisen, Moltkestraße 35, D-69120 Heidelberg (E-Mail: hermann.theisen@t-online.de).

IN EIGENER SACHE

Hin und wieder erreichen uns nicht nur lobende sondern auch zornige LeserInnenbriefe. Wir möchten ausdrücklich daraufhinweisen, das die in CONTRASTE veröffentlichten Artikel nicht zwangsläufig den Meinungen unserer Redaktionsmitglieder entsprechen müssen – selbst diese haben nicht eine einheitliche Meinung. Da sich CONTRASTE als Diskussionforum unterschiedlichster Bewegungen (und eben auch Meinungen) versteht, werden immer wieder auch Artikel, die zu kontroversen Diskussionen führen (und zugegebenermaßen manchmal recht provozierende Äußerungen enthalten) abgedruckt. Wir halten es für wichtig, keinen unkritischen Pluralismus zu vertreten aber denken, dass alle standhaft genug sein sollten, gemeinsam eine Streitkultur zu pflegen, die wichtige Auseinandersetzungen möglich macht. Also: Beim nächsten Ärger über einen Artikel nicht gleich zornig zum Hörer greifen und das CONTRASTE-Abo kündigen, sondern zur Feder oder Tastatur greifen und selbst etwas schreiben. Wie schon gesagt: Wir verstehen uns als offenes Diskussionsforum!

AKTION 2004: ZWISCHENBILANZ

Redaktion Heidelberg ● Im Dezember gibt es eine ausführliche Bilanz unserer diesjährigen Aktion. Deshalb hier nur kurz der Zwischenstand. Sehr gefreut haben uns die erneuten Spendeneingänge:

- Unser langjähriges Fördermitglied Jan Beck aus Nürnberg hat uns weitere 100 EUR gespendet
- Fördermitglied Armin Meyer aus Niederfinow 38 EUR
- N.N., Frankfurt Main 500 EUR
- Susanne Bachmann, Schweiz, 8 EUR

Damit haben wir unser diesjähriges Spendenziel erreicht und haben weitere 583,50 EUR bereits vom Altschuldenberg abgebaut! Herzlichen Dank!

Auch ein neues Fördermitglied können wir begrüßen:

- Susanne Bachmann, Schweiz, 62 EUR

Abokampagne 100+

Es gab vier weitere Kündigungen. Unter Berücksichtigung der neuen Fördermitgliedschaft liegt das Ziel der Abokampagne jetzt bei 116+

Wir hoffen weiterhin auf weitere Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto: Volksbank Bergstrasse, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.●

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2004

Das Zeitungsprojekt benötigt 2004 noch 0,00 EUR an Spendengeldern.

Das Ziel der Abokampagne: 116+ Neuabos

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
(mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

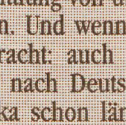
Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

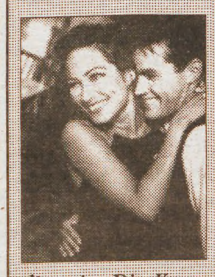
Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V. Postfach 10 45 20 D-69035 Heidelberg

KURT'S SURF CENTER: BEZIEHUNGSKISTEN IN BITS UND BYTES

Virtuelle Wutausbrüche



Dass elektronische Kommunikationsformen für eine gute Auseinandersetzung nicht das Gelbe vom Ei sind, hat unsere Redaktion schon oft genug selber erfahren. Nur zu oft tobten Wogen des Streits in förmlichen Mailbombardements des Redaktionsverteilers oder auf der contraste-list, bevor mensch sich ganz einfach traf, die Wogen glättete und konstruktive Beschlüsse fasste. So ging es uns auch mit dem jetzigen Schwerpunktthema, welches erst nach erheblichen sogenannten »Netzrauschen« auf dem vorletzten Plenum in Dresden dann plötzlich ganz friedlich beschlossen werden konnte.



Da kracht es einfach mal ganz anders, wenn die Leute – oft zu vorgerückter Stunde – in die Tasten hämmern. Die Verkürzung der Kommunikation von Bildschirm zu Bildschirm verführt zu jähen Stimmungsäußerungen, Missverständnissen und zum unvermuteten Beleidigtsein. Die Kommunikationstechnik im »thread« (Diskussionsablauf zum Thema) ermöglicht jeden Satz, jedes Wort aus dem Zusammenhang zu reißen und auf die Bitwaage zu legen: das Quoten (Zitieren).

Das System des elektronischen Netzes wirkt wie ein Verstärker, weil es überflüssig macht, dass Menschen aufeinander eingehen müssen. JedeR kommt zu Wort, wann und wie er oder sie will. Das steht dann da schwarz auf weiß da und ist in den Newsgroups oder Mailing-Listen mglw. sogar eingeschränkt oder ganz öffentlich. Eskalation bleibt unausweichlich, bis eine – ursprünglich vielleicht sogar ganz vernünftige – Diskussion in einer Kakophonie von Wutausbrüchen untergeht.

Wem das nicht passt, der/die kann ja gehen. Ganze Netzwerke sind auf diesem Wege schon verwaist. Nazis machen sich in den Politforen des Usenet dies mitunter sehr wohl gezielt zu nutze, um die elektronische Stammtischhoheit zu erobern. Irgendwann reißt jedermensch der Geduldsfaden, immer wieder auf dumpfbackige braune Parolen eingehen zu müssen.

Dennoch sind die so beschriebenen Schwächen des Internet für andere auch wieder gerade seine Stärken. Menschen mit Behinderungen sind in der Lage, vollständig zu kommunizieren und werden gleichgestellt. Viele wichtigen Netzprojekte sind solche von Behinderten, weil sie sich so endlich umfassender artikulieren oder mitunter sogar arbeiten können.

Wieder andere Eigenheiten des Netzes sind nicht erst seit dem AOL-gesponserten Hollywood-Schinken »Mail for you« bekannt: es hat eben nicht nur ein Zerfetzungs- sondern offensichtlich auch ein Anbandelungspotenzial. Und wer zu schüchtern ist, kann sich mit Flirtsoftware wappnen (www.maennerseiten.de/flirtsoftware.htm) und dabei sogar einen veritablen elektronischen Liebesbriefgenerator als freeware downloaden.

Auch Partnerschaftsvermittlungen boomen im Webzeitalter. Der virtuelle Branchenführer www.liebe.de rühmt sich bereits der Vermittlung von über eine viertel Million Partnerschaften. Und wenn es dann in der Realität trotzdem kracht: auch die Scheidung per Mausklick kommt nach Deutschland. Was in England und Amerika schon längst gang und gäbe ist, wird jetzt auch bei den ersten deutschen Amtsgerichten ausprobiert.

Mehr und mehr mausert sich das Internet also zum wirklichen weltweiten Beziehungskuddelmuddel.●

35 JAHRE AUROVILLE

Auroville – eine Vision in Arbeit

Vor 35 Jahren startete in Südindien das kosmopolitische Großprojekt Auroville, aus der geplanten Zukunftsstadt für 50.000 Menschen – gemäß dem integralen Yoga von Sri Aurobindo und »der Mutter«, wurde zwar nichts, aber es entstand ein interessantes Siedlungsprojekt mit heute 2.000 Menschen, voller ökologischer, architektonischer und sozialer Experimentierkraft, eigener Ökonomie und interessanter politischer Binnenstruktur.

Renate Börger, München ● Eine avantgardistische Zukunftsstadt für 50.000 WeltbürgerInnen sollte es werden, mit spirituellem Anspruch gemäß dem integralen Yoga nach Sri Aurobindo (1872-1950) und Mira Alfassa, genannt *die Mutter* (1878-1973). Doch der Plan rieb sich an allzumenschlichen Wirklichkeiten, möglicherweise Gott sei Dank, denn stattdessen erblühte ein beachtliches Dauerimprovisorium, wuchs heran zu einem Gewebe aus eigenwilligen Communities, mit heute 2.000 Menschen aus aller Welt, mit einer eigenwilligen sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Binnenstruktur.

Die Stadtentwürfe hatten damals vor allem in Frankreich Furore gemacht, erreichten sogar die Unterstützung der UNESCO und mobilisierten bis zur Grundsteinlegung 1968 entschlossene Zukunftspioniere, die auf einem ausgewählten Plateau siedeln wollten, 180 km südlich von Madras, 15 km südlich von Pondicherry, dem Sitz des Sri-Aurobindo-Ashrams, den *die Mutter* führte. Ein nacktes, erodiertes Stück rotsandiges Land, umgeben von den Lehmhüttendörfern einheimischer Tamilen; in ihrer hautnahen Nachbarbarschaft sollte eine Kosmopolis aus Beton hochgezogen werden und von den kommenden Konflikten machten sich die Freaks der neuen Welt noch keine Vorstellung.

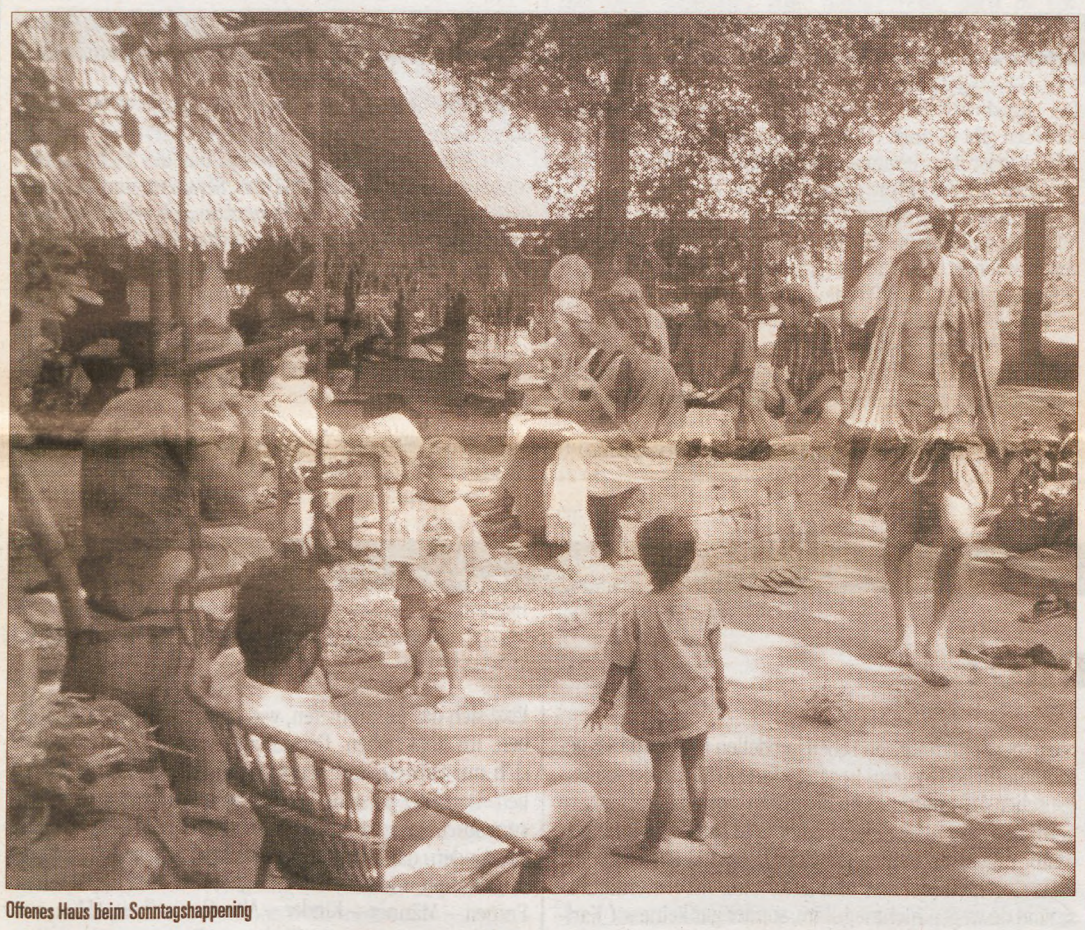
Mit der Idee Auroville lockte ein Abenteuer für urbane Geist- und Tathungrige. Westliches Ich und östliche Transzendenz sollten hier segensreich verschmelzen. Es ging um eine Stadt mit allem drum und dran, mit Ökonomie, Landwirtschaft, Kultur und Spiritualität, und nicht nur um ein Meditations- oder Therapiezentrum! Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen, das sollte hier – frei nach Marx – ohne zentralistische Planwirtschaft, als frei schwingendes Gemeinwesen möglich werden, aufbauend auf einem anspruchsvollen, spirituell motivierten Subjektivismus mit einem radikalen Verständnis von Selbstverantwortung.

»Der Einzelne ist das Tor der Entwicklung!« (Sri Aurobindo), und dafür wollte die Mutter ein kontret-utopisches Laboratorium schaffen: »Die Erde braucht einen Platz, wo Menschen jenseits nationaler Rivalitäten, sozialer Konventionen, in sich widersprüchlicher Moralitäten und einengender Religionen leben können.« (*die Mutter*, September 1969)

Der Name Auroville bedeutet: Stadt der Morgenröte (Aurora – die Morgenröte). Es sollte hier das integrale Bewusstsein ganz zur Welt kommen. In 35 Jahren Entwicklung hat Auroville eine heilsame Wirklichkeitstherapie durchgemacht. Insbesondere seit dem Tod *der MUTTER* (1973) hat es sich in Arbeit, Leben und Lieben auf realistische Nahziele zurückgestutzt. Statt der künstlichen Stadt vom Reißbrett entwickelte sich ein locker gefügtes Siedlungsgewebe, halb geplant, halb wildwüchsig, in Vielfalt und Allmählichkeit. Allerdings lebt das große Ziel, die große Durchbruchsvision mit den Vorstellungen einer richtigen, urbanen Stadt als Langzeitvision fort und sorgt für heiße Herzen. ***Die MUTTER*** und Sri Aurobindo sind als hoch verehrte Schutzheilige überall präsent, geben Auroville in Wort und Bild, in Traum und Wirklichkeit ihre Prägung, ihnen ist das Mühen gewidmet.

Multikulti-Kinder, indische Blumenkunst, das zentrale Amphietheater und im Hintergrund das monumentale »Matrimandir«, ein sakraler Ort der Stille

Foto: Ireno Guerci



Offenes Haus beim Sonntagshappening

1954 HATTE »DIE MUTTER« DIESEN »TRAUM«:

Grundlage der Auroville-Charta

Es sollte irgendwo auf der Erde einen Ort geben, den keine Nation als ihr Eigentum beanspruchen könnte, wo alle gutwilligen Menschen mit einer aufrichtigen »Aspiration« frei als Weltbürger leben und einer einzigen Autorität, der der höchsten Wahrheit, gehorchen würden; ein Ort des Friedens, der Eintracht und der Harmonie, wo alle kämpferischen Instinkte des Menschen ausschließlich dazu benutzt würden, die Ursachen seines Leidens und Elends zu bewältigen, seine Schwächen und seine Unwissenheit zu überwinden, über seine Begrenzungen und Unfähigkeiten zu triumphieren; ein Ort, an dem die Bedürfnisse des Geistes und die Sorge um Fortschritt der Befriedigung der Begierden und Leidenschaften und der Suche nach materiellen Vergnügungen und Genuss vorgezogen würden.

An diesem Ort würden die Kinder wachsen und sich integral entwickeln können, ohne die Verbindung mit ihrer Seele zu verlieren.

Unterricht würde erteilt werden, nicht um Examen zu bestehen oder Zeugnisse und Stellungen zu erhalten, sondern um schon vorhandene Fähigkeiten zu bereichern und neue hervorzubringen. An diesem Ort würden Titel und Stellungen ersetzt werden durch Gelegenheiten zu dienen und zu organisieren.

Den Bedürfnissen des Körpers würde für alle in gleicher Weise entsprochen werden, und in der allgemeinen Organisation würde sich intellektuelle, moralische und spirituelle Überlegenheit nicht durch Vermehrung der Vergnügen und Mächte des Lebens ausdrücken, sondern durch Anwachsen der Pflichten und Verantwortungen.

Schönheit in allen künstlerischen Formen – Malerei, Bildhauerei, Musik und Literatur – wäre allen gleichermaßen zugänglich. Die Gelegenheit, an der Freude, die sie gibt, teilzuhaben, würde nur durch die Fähigkeit jedes Einzelnen begrenzt sein und nicht durch seine soziale oder finanzielle Stellung.

Denn an diesem Ort wäre Geld nicht mehr der unumschränkte Herrscher. Der individuelle Wert des Menschen wäre von größerer Bedeutung als materieller Reichtum und soziale Position.

Arbeit wäre hier nicht ein Mittel, seinen Lebensunterhalt zu verdienen, sondern ein Mittel, sich auszudrücken und seine Fähigkeiten und Möglichkeiten zu entwickeln. Zugleich würde sie der Gemeinschaft dienen, die dann ihrerseits für den Unterhalt des Einzelnen aufkommen und für sein Arbeitsgebiet sorgen würde.

Kurz, es würde ein Ort sein, wo die Beziehungen zwischen den Menschen, die sich gewöhnlich fast ausschließlich auf ehrgeizigen Wettbewerb und Kampf gründen, ersetzt wären durch Beziehungen des Wetteiferns, bei dem jeder sich bemüht, sein Bestes zu tun, Beziehungen also der Zusammenarbeit und wahren Brüderlichkeit.

Was in 35 Jahren entstanden ist:

● Ein Netzwerk aus kleinen und größeren Communities mit etwa 2.000 Erwachsenen und Kindern aus aller Welt, davon etwa ein Drittel InderInnen, auf erfolgreich aufgeforstetem Land, in üppiger Flora und Fauna, in guter sozialer Infrastruktur, mit zentraler Solar-Großküche, Cafes, Gesundheitszentrum, Theater, Chor und Badestrand.

● Die Lebensweisen changieren wie die Bauweisen zwischen einfach und luxuriös, zwischen Einsiedelei und Gemeinschaftsbezogenheit.

● Ein Grüngürtel mit Öko-Landbau wächst dem Ziel der Selbstversorgung entgegen.

● Städtebaulicher und künstlerischer Freiraum, mit vergleichsweise wenig Geld genutzt, haben Oasen der Kreativität geschaffen. Mit vielen internationalen Preisen wurde die innovative Architektur belohnt und belobt.

● Mit interessanten Forschungsprojekten und spannenden Schulversuchen nähert sich Auroville dem Anspruch, ein Ort schöpferischen Lernens zu sein. Psychologische und naturheilkundliche Therapiemethoden erweitern das Lernfeld der Arbeit am Selbst.

● Eine weit gespannte Ökonomie, mit Bau- und Solartechnik, Handwerklichem, Schönen, Nützlichem, und auch in der IT-Branche vorne mitrudernd, entspricht dem Ziel einer »Vision in Arbeit«. Zwar ist Auroville noch kein postkapitalistischer Wegweiser, aber die wirtschaftlichen Grundfragen nach Markt, Eigentum, angemessenem Verdienst, Ungleichheit oder Gleichheit, der Rolle des Geldes und der Gestaltung von Verantwortung werden hier immer wieder neu aufgeworfen und in Lebenspraxis erkundet.

● Ein weites Feld von 60 Projekten, allzu abhängig allerdings von Finanzspritzen, Erbschaften und Regierungen, bietet einen wahren Tummelplatz für Berufene aller Art, für Windmühlenforscher, Klangforscherin, Wasserheiler, Bodenheilerin, Bildungsehrgeizige und Entwicklungshelfende. Wo eine Ambition ist, findet sich mit etwas Glück auch Unterstützung.

● Als sozialpsychologisches Experiment erkundet Auroville die Spannweite zwischen Individualität und Gemeinschaft, zwischen Freiheit aus Bewusstheit und Ordnung aus Regeln. Die Mühen um eine partizipative Basisdemokratie, ja gar die Suche nach besseren als den herkömmlichen demokratischen Regierungsformen lassen viele zwar stöhnen, aber sie gehören zum Suchprozess jenseits von Machthierachien wohl unumgänglich dazu. Neue Hoffnung auf erleichterte Meinungsbildung macht die elektronische Kommunikation per Intranet usw.

● Auroville hat die organisationsrechtliche Form einer Stiftung, der Auroville-Foundation, mit quasi exterritorialer Entscheidungsautonomie, aber beobachtet von der indischen Regierung, die sich die Hoheit über das Aufenthaltsrecht der ausländischen Aurovillianer vorbehält. Den Status »Aurovillianer« erreicht man nach 2-jährigem Probeleben und einem Gespräch, in dem die wechselnden Mitglieder der sogenannten Entry-Group Motivation und Perspektiven erfragt. Im Rahmen der Stiftung sind alle gewerblichen Aktivitäten Non-Profit-Unternehmungen.

Die erste und die dritte Welt spannungsreich Tür an Tür....

Die aurovillianische Welt und die traditionelle Welt der Tamil-Dörfer, Tür an Tür, sorgen für Dauerherausforderungen auf beiden Seiten, doch dem ist zu verdanken, dass Auroville nie ein abgehobener Ort wurde. Mehrere Dörfer der einheimischen Tamilen und die Auroville-Siedlungen bilden miteinander inzwischen einen Flickerlteppich in einem Radius von rund 15 Kilometern.

»Die Tamilen sind die ersten Aurovillianer!« hatte *die MUTTER* – ohne sie zu fragen – definiert und die extrem Unterschiedlichen ins kalte Wasser der notgedrungenen Anfreundung geschubst. Der Verdacht auf quasi koloniale Zustände bleibt ein nagender Dauerverdacht. In den Hüttendörfern leben die Tamilen auf kargem Lebensstandard im traditionellen Großfamilien- und Kastenverbund fort. Erfreuliche Arbeitsplätze (inzwischen sind es 5.000!) versöhnen sie mit unerfreulichen Lebensstil-Irritationen, im Mittagstopf ist nun mehr als blanker Reis, es gibt wieder Feuerholz dank der Aufforstung, doch bleibt das Verhältnis spannungsvoll. Auroville lebt exemplarisch inmitten von Konflikten, wie sie weltweit globalisierungsbedingt toben. Gleichwohl will Auroville eher einen unpolitischen Zukunftsbeitrag leisten, im »Yoga der Arbeit«. Für die globalisierungskritische Bewegung und für Frauen wie Vandana Shiva und Arundathi Roy interessieren sich nur Einzelne, am Weltsozialforum hat Auroville nicht ausdrücklich teilgenommen.

In zahlreichen Kampagnen gibt man sich allerdings Mühe, die Dörfer entwicklungsmäßig irgendwie mitzuziehen, wobei die Begriffe von Entwicklung und Wohlstand heiß umstritten bleiben, und der Vorwurf der Quasi-Kolonialisierung virulent. Manches – wie bessere Gesundheit und Bildung – scheint zu glücken, manches scheitert. Der Öko-Landbau kann sich nur schwer gegen DDT durchsetzen, die Bildungsanstrengungen nur schwer beispielsweise gegen die Tötung weiblicher Föten. Auroville hält jedoch tapfer am Anspruch fest: »In einer Welt, die nach wie vor in ethnischen Kämpfen, Kriegen und Umweltzerstörung zerrieben wird, und in der die Kluft zwischen Armen und Reichen immer größer wird, steht Auroville für ein beachtenswertes Experiment der Manifestation einer anderen menschheitlichen Zukunft.« (Zitat aus einem Auroville-Prospekt)

Auroville ist trotz ernüchterndem Scheitern ein bemerkenswerter Melting-Pot geworden. Die Vielfalt des Lebens macht es zu einem anziehenden, bunt schillernden Flekken Welt und das beharrliche Ringen der ZukunftssiedlerInnen um ihre Utopie kann einen ergreifen!●

AUROVILLE-TOURISMUS

Außer Verwandten und treuen Auroville-Freunden kommen viele Gäste zu Besuch, hauptsächlich in den angenehmen frühsommerlichen Monaten Dezember, Januar und Februar. Sie können organisierte Einführungswochen mitmachen oder auf eigene Faust, von einem der vielen Gästehäuser aus, Auroville erkunden. Sie können irgendwo mitarbeiten, landwirtschaftlich, am Computer, in den Schulen unterrichten, einen für Auroville interessanten Vortrag, einen Workshop halten, oder sich an der Freiwilligenarbeit am Matrimandir beteiligen. Geld darf man dafür allerdings nicht erwarten, darf umgekehrt dafür aber alle Kulturangebote Aurovilles kostenlos genießen. Man kann inzwischen auch eine Art Kur im neuen Therapiezentrum oder einen Yoga-Kurs buchen, das weite Feld der New-Age-Therapien ist zunehmend vertreten. Es bietet sich jedenfalls an, die vielen Möglichkeiten des Mittuns zu nutzen, denn umso besser findet man hinein, in das schwer durchschaubare und kaum überschaubare Auroville!
Web: www.auroville.org

Renate Börger ist Autorin des Buchs »Auroville – eine Vision in Arbeit« Verlag Connection, 16.80 EUR (ISBN: 3-928248-01-4)

ZEIT IST GELD?

Aus mit Tausch

In der politischen Kommuneszene gibt es derzeit Bestrebungen, eine gemeinsame Grundsatzerklärung zu den für uns relevanten Themen zu verfassen. Ich hege die Hoffnung, diese nimmt eine deutlich antikapitalistische Haltung ein. Denn mit dem Kapitalismus leistet sich die »Moderne« ein so grausames wie groteskes Wirtschaftssystem. Frauen wären übrigens niemals auf die Idee gekommen, ihn ins Leben zu rufen. Er züchtet Verwertungssucht und Konkurrenzgier, Rechthaberei und Größenwahn – und damit Krieg. Der Kapitalismus ist zu keiner Zeit und auf keiner Ebene eine zivile Gesellschaft gewesen.

von Henner Reitmeier, Kommune Olgashof ● Nicht deutlich antikapitalistisch sind reformistische Positionen. Wenn sich der Kapitalismus trotz seiner extremen Krisenanfälligkeit schon mindestens 250 Jahre lang halten konnte, verdankt er es zu ungefähr 90 Prozent dem Wirken des Reformismus. Zu den großen Reformisten Deutschlands zählen beispielsweise Friedrich Ebert, Kurt Schumacher, dessen Gegenspieler Walter Ulbricht, Joschka Fischer. Oskar Lafontaine und Sara Wagenknecht strecken sich noch.

Reformismus und revolutionärer Weg scheiden sich etwa in den wichtigen Fragen der Machteroberung und der Stellvertretung. Da die Macht – selbst in Anteilen – nicht ohne ihre Untugend zu haben ist, gehen Revolutionäre den Weg der Selbstorganisation. Sie unterlaufen die Macht, um sie früher oder später überflüssig zu machen. Dies alles nehmen sie öffentlich, transparent, nachvollziehbar vor. Letztlich heißt Selbstorganisation, nicht nur den Staat und die Parteien sondern die Politik überhaupt abzuschaffen.

Den wichtigsten Prüfstein für Revolutionäre stellt meines Erachtens die Wertform dar. Während sich Reformisten begeistert bis zähneknirschend mit ihr arrangieren, wird sie von Revolutionären konsequent abgelehnt. Die Gründe dafür will ich im folgenden versuchen, zu umreißen.

Kapitalismus ist Warenproduktion. Die Güter werden nicht der entsprechenden Bedürfnisse wegen hergestellt, sondern um sie auf dem Markt zu erlösen, um also Geld und Profit mit ihnen zu machen. Gehen Kinderbücher schlecht, mach' ich vielleicht elektrische Stühle. Fehlen lukrative Bedürfnisse, erfinde ich sie. Den Warenwert – der sich in Geld niederschlägt – fechten diese Unterschiede nicht an.

Reformisten haken an dieser Stelle gern mit der Behauptung ein, das Geld sei leider unverzichtbar, weil wir sonst nicht tauschen könnten. Wahrscheinlich haben sie sogar recht. Ist aber die Tauschwirtschaft unverzichtbar? In den frühen Horden, Sippen, Stämmen unserer Gattung wurde mit Sicherheit nicht getauscht. Einer idealen Landkommune unserer Szene leuchtet die Angelegenheit leicht ein: wir müssen lediglich voraussetzen, sie sei autark. Warum sollten die Leute dann noch tauschen? Schließlich ist alles da – vom Radieschen über Ziegen und Gehölze bis zum ovalen Esstisch. Es muss nur bearbeitet, organisiert, verteilt werden. Was täglich oder saisonal benötigt wird, ist bekannt oder wird vereinbart. In einer solchen gemeinschaftlichen und geschlossenen Ökonomie wäre Tausch beinahe lächerlich.

Ich bemerke nur am Rande, dass die kapitalistische Not des Tauschens und Verkaufens ungeheuerliche Kosten verursacht, die volkswirtschaftlich betrachtet, einen nicht minder ungeheuren Verlust darstellen: Handel, Buchführung, Banken, Notendruck, Geldautomaten und so weiter. Der wesentliche Nachteil liegt im Tausch selber, der ein Vergleich ist. Denn dieses Vergleichen hat verheerende Folgen. Wollen wir voneinander verschiedene Güter oder Leistungen miteinander vergleichen, kommen wir ja nicht umhin, sie auf etwas zu reduzieren, das ihnen vielleicht doch – ihrer Verschiedenheit zum Trotz – gemeinsam ist. Wie Marx herausfand, kann diese Gemeinsamkeit von Esstisch, Ziege, Text nicht in Eigenschaften wie nützlich, angenehm, schön, lebendig, dinghaft und dergleichen liegen. Denn das lässt sich nicht messen. Die Warenproduktion, die vom Tausch lebt, bedarf eines Zollstockes. Sie muss Tische, Ziegen, Texte über einen Kamm scheren. Hier bietet sich lediglich der Umstand an, dass sie alle hergestellt, besorgt und zugerichtet worden sind: durch »Arbeit«. Allerdings handelt es sich eigentlich um völlig verschiedene Arbeiten, so dass auch sie noch einmal reduziert werden müssen, nämlich auf »Zeit«, auf »Arbeitszeit« also. Im Gegensatz zu Ahornholz/ Futterklee/ Papier lassen sich allein diese in Esstisch, Ziege / Text investierten Zeitquanten miteinander vergleichen.

Fragen wir uns jedoch, was »die Zeit« sei, machen wir ein langes Gesicht. Sie ist etwas völlig Abstraktes, Seelenloses. Sie ist ein Hirngespinst. Jedes Gut, jede Leistung, jeder Mensch haben ihre eigene Zeit. Sie ist unvergleichlich. Sie haben auch alle ihren eigenen Wert. Sie entfalten sich gemäß ihres inneren, einmaligen, kaum nachvollziehbaren Gesetzes. Sobald ihnen Tauschwert zugemessen wird, stekken sie in einer Zwangsjacke. Dann dürsten sie nur noch nach Geld. Von sich aus gelten sie ja nichts; nur messbare Anerkennung zählt. Der rennen sie hinterher – getreu dem sattsam bekannten Motto »Zeit ist Geld.« Allein diese Begierde nach Geld oder dieses Angewiesensein auf Geld lässt die Menschen im Kapitalismus zueinander in Beziehung treten. Damit wird »Gesellschaftlichkeit« maßgeblich durch völlig abstrakte und letztlich lebensfeindliche Dinge oder Zwecke vermittelt.

Anders ausgedrückt, haben wir mit der kapitalistischen Warenproduktion eine Züchterin quantitativen Denkens am Hals. Gegen dieses Denken ist so gut wie niemand gefeit. Auch in unseren Kommunen macht ein großer roter Mercedes mehr her als irgendein verrosteter klappriger Kleinwagen. Manche Anarchisten besäßen gerne einen Colt, um dessen Griff mit den Kerben ihre sexuellen Eroberungen verzieren zu können. Rennt Lieschen schneller als Moritz zum Hoftor, wo das Postauto hupt, hat sie sich schon ein Schokoladenbonbon verdient. Was ist der sehnlichste Wunsch von Pavel aus dem Buch Die ROTE ZORA, das in keiner linken Kommune fehlt? Er möchte zunächst Lehrbub des Bäckers Curcin, dann jedoch der »stärkste Mann von Senj« werden. Moritz dagegen hat den Lokomotivführer angepeilt. Entsprechend spielt er leidenschaftlich gern »Eisenbahnquartett«, und zwar in der Form des Schlagabtausches zwischen zwei Leuten. Dabei kommt es ausschließlich auf das Mehr an – wer hat mehr PS, Meter, Tonnen, Wert oder sonst was anzubieten. Warum die Lokomotive fährt, wohin sie fährt – was dies alles soll und mit sich bringt, wird um keinen Deut erwogen. Diese Lokomotiven transportieren allein den Fetisch Wachstum – Größe pur um jeden Preis.

Nur ein quantitatives Denken kann »Geschwindigkeit« zu einer Tugend erheben, von der noch die größten Idioten geadelt werden. Auch Computerprogramme und Internetanschluss – durch die ständige Modernisierung und durch ständige Pannen viel kostspieliger als Handarbeit – gewähren uns »schnellen Zugriff« auf dies oder das. Wir spüren nicht mehr, dass dabei die Zusammenhänge reißen. Diese »Zeit«, die der Kapitalismus meint, weil sie ihm den unbestechlichen Gradmesser gibt, kennt kein Erbarmen. Von wegen »Wachstum«! Sie nimmt gerade keine Rücksicht auf Tomaten, Kinder, Texte, die sich behutsam entfalten möchten. Und auch nicht auf etwas, das ich einmal kurz und klassisch Lektüre nenne. Möglicherweise ist die Lektüre inzwischen das Einzige, das nicht für Geld zu haben ist.

Das tauschlose Verfahren, das ich oben am Beispiel einer autarken Landkommune angedeutet habe, ist selbstverständlich auch für ein Netz aus Kommunen, für Regionen und sogar ganze Kontinente denkbar. Es bedarf »lediglich« des entsprechend verbreiterten Bewusstseinsverstandes, an dem wir paar Kommunen hartnäckig arbeiten. In logistischer Hinsicht kann sicherlich auch der Computer nützlich sein, falls es gelingt, dieses Medium maßvoller zu verwenden als beispielsweise Gewehre, Autos, Filmkameras. Doch Geld benötigen wir nicht.

Deshalb kann ich über die jüngste Mode in alternativen Kreisen, nämlich allerlei Ersatzgeld vorzuschlagen und einzuführen, nur den Kopf schütteln. Das sind echte reformistische Programme, die so aufwendig wie abwegig sind. Statt an der Wertform zu rütteln, bekräftigen sie diese noch. Dass wir auf geraume Zeit hin auch in unseren alternativen Netzwerken nicht umhin kommen, zumindest teilweise Werte zu verrechnen, ist natürlich klar. Aber dazu brauchen wir den Teufel Euro nicht mit dem Belzebub XYZ auszutreiben. Stürzen oder schieben wir lieber den Kapitalismus ins Höllengrab.!●

Wir sind die subversiven Subsistenzler

GEMEINSCHAFT OLGASHOF

Der Olgashof ist ein alleinstehendes Gut. Neben unserem Anwesen gibt es noch ein Wohngebäude in der Nachbarschaft, sonst ringsherum nur Felder und Weite. In der Ferne sehen wir die Türme der Hansestadt Wismar.

Wir leben auf einem weitläufigen, parkähnlich bepflanzten Gelände mit einem großen Obstgarten und mit verschiedenen Haustieren (Katzen, Hunde, Pfauen, Schweine, Kaninchen, Pferde, Enten, Gänse und Füchse).

Wir sind als GbR organisiert, führen eine Lebensmittel- und eine Hauskasse, in die alle gleich einzahlen. Einmal in der Woche treffen wir uns zum Plenum. Entscheidungen werden im Konsens getroffen. Die gemeinsame Küche bietet Gelegenheit für weitere Gespräche und Begegnungen. Unsere Weltanschauungen sind verschieden (von anarchistisch bis anthroposophisch) und bereichern unser Zusammenleben.

An Arbeitsbereichen gibt es bei uns die Architekturwerkstatt, das Holzkollektiv, das Seminar- und Ferienhaus mit großem Saal, den Gartenbau, Lehmofenbau und baubiologische Schlafplatzuntersuchungen. Diese Bereiche werden weiter ausgebaut. Überwiegend können wir unsere selbstgeschaffene Unabhängigkeit und individuelle Freiheit genießen und sind dankbar dafür.

Wir wünschen uns eine Gruppenstärke von 12-15 Personen. Platz ist im Gutshaus und in ausbaufähigen Nebengebäuden genug vorhanden.

Die Frauen und Männer vom Olgashof, den 1.1.04

AUSWEGE AUS DER KRISE:

Die große Fragestunde?

Überlegungen von Uwe Kurzbein, Olgashof ● Wir sollten nicht die Fragen wiederholen, die als Sprechblasen von den Vertretern dieses Systems immer wieder ertönen: Arbeitsplätze? Lehrstellen? Inlandnachfrage? Wachstum! Standort Deutschland! Bildungsnotstand? Verlängerung der Arbeitslebenszeit, der Wochenarbeitszeit, Kürzung des Urlaubs, Kürzung der Subventionen? Mitnahmeeffekt? Rente?

Stellen wir die Fragen anders!

Nicht, wie bekomme ich eine Arbeit, sondern was brauche ich eigentlich zum Leben und zum Glücklichsein. Brauche ich Wachstum? Brauche ich mehr Konsum, eine neue Möbelgarnitur oder ein neues Auto? Bin ich in meiner Familie überhaupt glücklich? Habe ich mir das Leben so gedacht, wie es sich eingestellt hat? Sollen meine Kinder überhaupt das lernen, was sie lernen, oder könnten sie etwas ganz anderes lernen? Wieso müssen wir immer die Weltbesten sein? Wie wird Arbeit belohnt? Was ist eigentlich Arbeit? Wer bestimmt, was Arbeit ist? Ist wirklich alles Arbeit, was wir machen? Was macht eigentlich den Wert eines Gegenstandes aus? Hat er überhaupt einen Wert? Was gehört eigentlich mir, und was kann ich nur besitzen? Wie will ich leben? Will ich leben?

Lässt sich überhaupt in diesem Staat etwas anderes entwickeln? Oder sind wir auf Gedeih und Verderb diesem System ausgeliefert? Was geben wir auf, wenn wir ein neues Experiment wagen? Wie könnte es aussehen? Unsere Vision von der Utopie?

Warum fangen wir nicht gleich an?

Wie der Kapitalismus der sogenannten Postmoderne funktioniert, wie sich die Wirtschaftssysteme entwickelt haben, muss ich an dieser Stelle nicht beschreiben, dass können die Leute z.B. aus der Krisisgruppe, die sich den ganzen Tag damit beschäftigen, wesentlich besser. Der Laden ist so marode, dass die BRD umgegraben werden müsste wie ein Kartoffelacker.

Das Beschreiben dieser Misere führt jedoch nicht weiter, wenn wir nicht dahin kommen, uns an die eingangs plakativ aufgelisteten Fragen zu machen. Die Beantwortung dieser Fragen kann zu vielen völlig unterschiedlichen Ergebnissen führen.

Sie scheinen sich jedoch in der wichtigen Erkenntnis zu treffen, dass die Auswege aus diesem Dilemma in erster Linie in der Schaffung von Lebensmodellen jenseits dieses gesellschaftlichen Systems liegen : »Eine Kritik an der kapitalistischen Zumutung kann deswegen nur eine Perspektive gewinnen, wenn sie einen Standpunkt außerhalb der warenförmigen Verfasstheit entwickelt....« und abschließend: »das Gegenteil prekärer und irregulärer Arbeitsverhältnisse sind deswegen nicht reguläre, sonder gar keine.« (Karl-Heinz Lewed – Jungle World 28/2004, autorisierte Form: (www.giga.or.at/others/krisis/k-h-lewed_keine-statt-prekaere-arbeit.html).

Es lässt sich nur etwas Neues entwickeln, wenn wir zumindest ansatzweise die bürgerlichen Strukturen verlassen. In der abhängigen Maloche zu bleiben, verhindert neue Lebenszusammenhänge. In der Zweierbeziehung zu bleiben, verhindert Konfliktlösungen zu entwickeln und in der Mietwohnung zu bleiben verhindert, sich praktisch mit Eigentum an Grund und Boden oder an den Produktionsmitteln auseinander zusetzen.

Ich könnte sagen, dass wir schon da sind und in solchen Enklaven seit mehr als 20 Jahren das ausprobieren, was langsam Erkenntnis wird. Nur sind wir nicht als Theoretiker, sondern als Praktiker am Werke. Und genau das sei allen empfohlen, die sich Gedanken um sinnvolle Modelle machen. Nicht als Vergleich oder als Alternative gedacht, sondern als die Botschaft: »Aussteigen, wenn du sinnvoll leben willst.«

Es mag sicherlich zynisch oder elitär sein, jemandem der jahrelang arbeitslos gewesen ist, zu empfehlen, die Jagd nach einer bezahlten Arbeit aufzugeben. In Lohn und Brot zu stehen ist eben nicht nur Ausbeutung, sonder auch Anerkennung, soziale Achtung und bedeutet eine gewisse existenzielle Sicherheit. Aber das heißt auch Mitmachen in diesem System, das ausschließlich nach der Devise der Profitmaximierung funktioniert.

Die Verantwortung für die Entscheidung des eigenen Lebensweges muss bei jedem selbst bleiben. Aber wir können daran erinnern, dass jeder Mensch eine Wahl hat. Jeder Mensch soll nur arbeiten, wenn er es aus eigenen Willen und aus einem eigenen Verantwortungsbewusstsein heraus tut und jeder sollte das machen können, wozu er sich berufen fühlt.

Auch das Arbeiten in der Fabrik sollte frei wählbar sein. Wenn einige nicht davon lassen können, den Gewinn des Unternehmers zu erhöhen, dann bitte schön. Aber es muss auch möglich sein, einen anderen Weg einzuschlagen.

In den Enklaven, von denen ich sage, es könnten »befreite Gebiete« sein, wenn bürgerliches Recht es zuließe, lässt sich das ausprobieren, was die Leute, die in ihnen leben, im Kopf haben. Der Inhalt dieses Experiments lässt sich nur teilweise mit alternativem Wirtschaften beschreiben. Darunter verstehe ich die Produktion und den Konsum. Auch das ist aus meiner Erfahrung nicht das Wichtigste, sondern das Miteinander, das Erlernen egalitärer Kommunikation und Konfliktlösungen. Hier sind die Themen: Frauen – Männer – Kinder – Alte, Gesundheit, Abbau von Süchten, Antirassismus, Sexismus, Rollenverteilung, Dominanzverhalten zu bearbeiten. Ich brauche nicht zu betonen, dass das harte Arbeit ist. Das Kommuneleben lässt sich nicht aufteilen. Es ist per se politisch und umfasst das gesamte Spektrum des Widerstands einerseits und der Utopie andererseits. Letztlich haben wir unser Kommunebuch unterschrieben: »Alltag zwischen Anpassung, Widerstand und gelebter Utopie«. Dieses Buch ist noch zu haben. Ich kann es interessierten Menschen nur empfehlen.

In diesem Sinne.●

WIR BRAUCHEN HILFE

Seit vielen Jahren beschäftige ich mich mit dem »Altwerden« in der Kommune. Seinerzeit hatte ich Alte gesucht, die sich für Kommune erwärmen könnten. Ich bin auf viel Resonanz gestoßen, nur leider sind keine Alten zu uns in die Kommune gezogen. Jetzt auf dem Olgashof wird das Problem dringender, weil meine Kräfte unaufhaltsam schwinden und ich den Trubel im Haupthaus nicht mehr so leicht verkraften kann wie früher. Mit anderen Worten: ein gelassener Rückzug an den Rand der Kommune. Nicht bei jedem Problem und jeder Entscheidung muß ich meinen Senf dazugeben. Deswegen haben wir beschlossen, das »Altenteil« anzufangen, in das Barbara und ich, eben die beiden Ältesten ziehen wollen. Dafür suchen wir Hilfe.

Wir bieten Hand für Koje eine ausgesprochen gut durchorganisierte und disziplinierte Baustelle, jeden Tag eine Theoriestunde über Hausbau, ab und zu einen kleinen Segeltörn, angenehme Gespräche und jeden Tag ein Schokoladeneis. Die Bauaktionen werden voraussichtlich im Frühjahr beginnen und das ganze Jahr über andauern. Wer Interesse hat, für eine kurze Zeit mitzuarbeiten, möge sich bitte melden.

Uwe und Barbara, D-23966 Olgashof, Haus 1
Tel. (0 38 41) 79 33 37, E-Mail: kurzbein@aol.com

EINE SPURENSUCHE DES LANGEN WEGES VOM ZAPATISTISCHEN AUFSTAND IN CHIAPAS, TEIL 2

Hausaufgaben im »Guten Regieren«

Das gut eine Jahr, in dem die Zapatisten auf ihre selbstgewählte neue Form der autonomen Regierung zurückblicken, reicht sicherlich nicht aus, um an Schreibtischen in Europa oder den USA umfassende Analysen zu Effizienz, Fortschritten und Nachteilen zu erstellen. Was aber getan werden kann, ist die Erfahrungen der Zapatisten wiederzugeben.

Johannes Plotzki ● Anfang August 2003 wurden an fünf Orten im rebellischen Chiapas/Mexiko die »Räte der Guten Regierung« ausgerufen. Es handelte sich dabei um Orte, die auch schon vorher als Zentren der Kommunikation und Zusammenkunft sowie als Schnittstellen der zapatistischen Bewegung mit der Internationalen Zivilgesellschaft gedient hatten. Hier befinden sich Versammlungsräume, autonome Kliniken und Schulen, kollektiv betriebene Handwerksbetriebe und Geschäfte.

Von den Schwierigkeiten des selbstständigen Gehens

Was an diesem 10. August im Jahr 2003 neu hinzukam, war an den fünf Orten jeweils ein aus Holz gezimmertes Haus: der fortan »Caracol« (Schneckenmuschel) genannte Regierungssitz des unermüdlich arbeitenden Rates der Guten Regierung. Dieser setzt sich aus einer Delegation gewählter Mitglieder der autonomen Landkreisregierungen zusammen. Alle autonomen zapatistischen Dörfer sind in 34 autonomen Landkreisen zusammengefasst und entsenden jeweils Delegierte in ihren zuständigen Landkreissitz. Jeder der fünf Räte ist für eine Großregion des aufständischen Chiapas zuständig und lernt dabei nach dem zapatistischen Motto *»fragend schreiten wir voran«*, alltägliche Kommunalaufgaben in eigener Regie zu betreiben, um *»sich selbst zu regieren und selbstständig zu gehen, ohne irgendeine Beteiligung der (offiziellen) Regierung.«* Die Ausrufung der »Caracoles« und der damit erweiterten Autonomiebefugnisse für die zivile Selbstverwaltung der Zapatisten war eine de facto Umsetzung derjenigen Zusicherungen, die seitens der Regierung mit den sogenannten Abkommen von San Andrés zwar unterzeichnet, aber nie eingelöst wurden. Autonomie ist bei den Zapatisten nicht als Separationsbestrebung im Sinne eines eigenen unabhängigen (Indigena-) Staates Chiapas misszuverstehen, sondern eine in der Umsetzung befindliche Einforderung der allgemeinen Menschenrechte (*»nie wieder ein Mexiko ohne uns«*) einerseits, sowie der spezifischen Kollektivrechte für indigene Ethnien andererseits.

»Ein gelesenes Video«

Viele Tausende nationale und internationale Gäste aus 43 Ländern haben nun schon diese neue Form der zivilen Selbstverwaltung der Zapatisten in den vergangenen 15 Monaten kennen gelernt. Nicht wenige von ihnen kehren nach Hause mit einer Mischung aus Respekt und Verwunderung. In den Herkunftsländern der solidarischen und interessierten BesucherInnen wird das in Chiapas Erlebte dann in Solidaritätsgruppen und politische oder kirchlichen Kreisen weitergetragen, diskutiert, bestaunt und oftmals nicht verstanden: *»Warum wechseln die Mitglieder der Räte im ein- bis zweiwöchentlichen Turnus, da kann doch keine Kontinuität entstehen?«* werden sich viele fragen, die mit den Räten Kontakt hatten oder auch nur von ihnen hörten. In seiner neuesten Veröffentlichung *»Ein gelesenes Video«*, antwortet Subcomandante Marcos auf genau solche Einwände dahingehend, dass es geplant sei, die Arbeit der Räte unter den Mitgliedern aller autonomen Landkreisregierungen rotieren zu lassen. Neben dem Vorteil, dadurch die Korruption zu erschweren, sei es der Zweck, *»dass die Aufgabe des Regierens nicht ausschließlich einer Gruppe vorbehalten ist, und es keine 'professionellen' Anführer gibt, damit so viele Menschen wie möglich sie erlernen, und die Idee, dass das Regieren nur von 'besonderen Menschen' ausgeführt werden kann, zurückgewiesen wird.«* Er räumt ein, dass es dadurch schwieriger sei, bestimmte längerfristige Projekte zu realisieren, als Gewinn jedoch ganze Dörfer lernten zu regieren, es so eine *»Schule des Regierens«* gebe, *»die auf lange Sicht gesehen in eine neue Art Politik zu betreiben münden wird.«* Vielleicht steht hier wirklich noch vor einem westlichen Effektivitätsdenkens die Chance, als Regierender noch vor einer Woche in den Lebensverhältnissen gelebt zu haben, um die es bei der Kommunalpolitik geht. Und auch die Gewissheit, nach einer Woche Ratsregierungsarbeit wieder zur Heimatgemeinde und ihren Problemen zurückzukehren. So sagte auch die Gute Regierung der Großregion des Hochlands (»Los Altos«) von Chiapas in der Jubiläumsansprache anlässlich des 1. Jahrestages zu 3.000 Indigenas und Angehörigen der nationalen und internationalen Zivilgesellschaft, dass sie es sehr gut wisse, in welcher Situation zapatistische Gemeinden sich befinden: *»Weil wir in der Form von Widerstand und Rebellion leben und kämpfen, weil wir alle Schläge der schlechten Regierenden unseres Landes aushalten müssen, die mehr Hunger und Elend in unsere Dörfer gebracht haben, mehr Krankheiten und Tod für unsere Kinder, mehr Unsicherheit und Angst für unsere Gemeinden.«*

Kaum beteiligt: Die Frauen

Sollten doch eigentlich durch das Rotationsprinzip möglichst viele Menschen *»die Aufgabe des Regierens lernen«*, so ist auch nach einem Jahr »Caracoles« eine Gruppe der zapatistischen Gemeinden daran kaum beteiligt: Die Frauen. Zu der Beteiligung der Frauen, so schreibt der Sub in seinem »gelesenen Video«, können die Räte der Guten Regierung *»immer noch keinen guten Bericht vorsetzen, betreffs der Schaffung von Voraussetzungen für eine Entwicklung in einer neuen Kultur, die ihre Fähigkeiten und Begabungen würdigt, welche bisher nur Männern zugeschrieben wurden.«* Die Zahlen sprechen für sich: In den autonomen Räten auf Landkreis- und Gemeindeebene sind durchschnittlich weniger als 1% Frauen beteiligt. Liegt der Prozentsatz in den Geheimen Revolutionären Indigenen Komitees, der militärischen Befehlsstruktur der EZLN, immerhin zwischen 33% und 40%, so werden Frauen jedoch in den zivilen Strukturen, also *»bei der Ernennung zu Gemeindebeauftragten und Landkreisdelegierten weiterhin ignoriert«*. Das liegt oftmals an einem traditionellen Frauenbild, welches verhindert, Frauen solche Posten einzuräumen, die es notwendig machten, das Dorf zu verlassen. Denn *»die Frau, die ohne Ehemann oder Kinder reist, wird in ein schlechtes Licht gestellt«*. Außerdörfliche Aktivitäten können zum Beispiel auch Weiterbildungskurse und Treffen, organisiert von den Ratsregierungen oder Frauenkooperativen, sein.

Zapatistische Frauen: Unerlässliche Rolle im Widerstand...

Das »Revolutionäre Frauengesetz«

Entscheidet sich eine Frau hingegen, für eine längere Zeit sich der Zapatistischen Armee anzuschließen, dann fällt sie sowieso meist aus dem dörflichen Sozialgefüge heraus, und hinterher kommt es zu entsprechenden Schwierigkeiten bei der Wiedereingliederung. Trotzdem ist der Prozentsatz zapatistischer Kämpferinnen in der EZLN erstaunlich hoch. Dies mag daran liegen, dass ihre Position bei einem Eintritt in die zapatistische Armee für den Zeitraum klarer abgesteckt ist, bei der Übernahme eines politischen Amtes jedoch ein Hin- und Herpendeln zwischen traditioneller Rolle in den Gemeinden und Organisations- sowie Repräsentativaufgaben außerhalb des Dorfes notwendig wird. Zwar gibt es bereits seit 1993 (!) das *»Revolutionäre Frauengesetz«*, in dem Frauen der Zugang zu *»allen die Gemeindeaufgaben betreffenden Ämtern und Posten«* zugesichert wird, jedoch fällt die Umsetzung gerade dieses Anspruches in einer hochgradig patriarchalischen Gesellschaftsstruktur – wie in Mexiko allgemein zu beobachten – enorm schwer. Einzig erfreulich in diesem Zusammenhang ist, dass die Gewalt gegen Frauen in den zapatistischen Gemeinden abgenommen habe, was aber auf das auch im *»Revolutionären Frauengesetz«* verankerte Alkoholverbot zurückzuführen sei.

Eine weitere Zielsetzung wurde laut dem sehr ehrlich gehaltenen Resümee im *»gelesenen Video«* ebenfalls nur ungenügend erreicht: Die klare Unabhängigkeit der zivilen Selbstverwaltung in den Räten der Guten Regierung von Entscheidungen der EZLN. Waren die Räte eigens dafür ins Leben gerufen worden, um die militärisch-hierarchisch angelegten Entscheidungsprozesse der EZLN auf wirklich nur strategisch relevante Anforderungen zu beschränken und alle Fragen zur Selbstverwaltung zivilen Entscheidungsträgern zu überantworten, *»entstand in einigen Caracoles das Phänomen, dass Kommandanten Entscheidungen trafen, die ihnen nicht zustanden und sich in Probleme der Ratsregierungen einmischten.«*

Zapatistische Frauen: noch unterrepräsentiert in der autonomen Regierung

Die Schaffung der Ratsregierungen hat aber auch »Erfolge« zu verzeichnen, wie im folgenden kurz umrissen werden soll. So findet durch die Räte der Guten Regierungen auch Rechtsprechung statt, die mittlerweile sogar von nicht-zapatistischen Bauern in Anspruch genommen wird, um den korrumpierten offiziellen Justizapparat zu umgehen. Durch eine Kanalisierung der eingehenden Spendengelder kann nun von den Ratsregierungen die gerechte Verteilung dieser Gelder auf möglichst viele verschiedene Projekte und Gemeinden eher sichergestellt werden. So soll es nicht mehr vorkommen, dass bestimmte »Lieblingsgemeinden« der Internationalen Zivilgesellschaft gegenüber anderen bevorzugt werden. Auch fällt es einer zentraleren Stelle wie den Ratsregierungen leichter zu entscheiden, was überhaupt an Hilfe von außen benötigt wird, damit zukünftig völlig deplazierte »Hilfslieferungen« wie beispielsweise ein einzelner hochhackiger Damenschuh der Größe 6 für eine Gemeinde nur mit schlammigen Trampelpfaden nicht mehr Erstaunen und Beschämen bei den Begünstigten hervorrufen muss.

In einem weiteren Punkt sind die Räte der Guten Regierung besonders wichtig: Als praktiziertes Gegenmodell zur offiziellen Regierung und ihren Versuchen, den Widerstand auch mit ökonomischen Anreizen zu brechen. In äußerst schwierigen Lebensumständen wie denen im strukturschwachen Chiapas fällt es den aufständischen Kleinbauernfamilien leichter, den Regierungsprogrammen zu widerstehen, wenn sie sich im Gegenzug an eine eigene, handlungsfähige Regierung wenden können. Ein Mitglied der Guten Regierung des Hochlandes bestätigte, die Bundesregierung wolle *»uns mit ihren Programmen und ihrer Politik der Aufstandsbekämpfung schwächen, aber wir haben beschlossen, weiterhin Widerstand zu leisten, denn wenn wir schwach werden und die Ressourcen der schlechten Regierung annehmen, werden wir alle eingehen«*. Deshalb *»schärfen wir weiterhin das Bewusstsein, um die schwierigen Situationen anzugehen und weiterhin Widerstand zu leisten, denn der Aufbau unserer Autonomie geht vorwärts, nicht rückwärts.«*

Die indigene Bevölkerung Mexikos hat über 500 Jahre für Würde, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung gekämpft, und sie wird es notfalls noch einmal so lange tun. Was sind da schon 10 Jahre? Denn *»für jene, die wie die Zapatisten auf Jahrzehnte hinaus planen, sind ein paar Jahre nicht viel«*. ●

Buchtipps:

Luz Kerkeling: La Lucha sigue – Der Kampf geht weiter – Ursachen und Entwicklungen des zapatistischen Aufstands. 2003, Unrast Verlag, ISBN: 3-89771-017-X

Gloria Muñoz Ramírez: EZLN: 20+10 – Das Feuer und das Wort. Oktober 2004, Unrast Verlag, ISBN: 3-89771-021-8

Seite zum Buch:
www.unrast-verlag.de/unrast,2,184,4.html

Johannes Plotzki, studierte Geographie und Politikwissenschaften in Trier, ist zur Zeit bei der Informationsstelle Militarisierung e.V. (IMI) in Tübingen und hielt sich im Winter 2003/04 als Menschenrechtsbeobachter in Chiapas auf. Als Wiederverkäufer des Mut-Vitz-Cafés besuchte er diese Kooperative im Frühjahr 2004.
Kontakt: Johannes@Plotzki.de

Aktuell erschienen:
Die Befreiungsbewegung der Zapatisten in Chiapas/Mexiko im Würgegriff neoliberaler Konzerninteressen und staatlicher Repression durch den »Krieg niederer Intensität« (IMI-Studie 2004/2). In: Informationsstelle Militarisierung e.V. (Hrsg.): AUSDRUCK -Das IMI-Magazin (August 2004), S. 5-11, ISSN 1612-7366
Link: www.imi-online.de/ 2004.php3?id=1013

»Ermordete Coca-Cola Gewerkschafter in Kolumbien«

Redaktion Heidelberg ● »Wir waren die beiden, die sich dem Unternehmen am deutlichsten entgegenstellten« erzählt Dario Mancuso (Name von der Red. geändert) über sich und seinen ermordeten Kollegen Isidro Gil. Isidro wurde am 5. Dezember 1996 in der Coca Cola Abfüllanlage »Bebidas Y Alimentos de Urabá« von Paramilitärs erschossen. Der Mord war die Antwort des Unternehmens auf den Forderungskatalog, den Isidro Gil als Gewerkschaftsvorstand dem Unternehmen zur Eröffnung der Tarifverhandlungen vorgelegt hatte.

Im Einvernehmen mit der Geschäftsführung töteten Paramilitärs in dieser Abfüllanlage fünf gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, und zwangen die gesamte Belegschaft aus der Gewerkschaft auszutreten.

Der Film »Ermordete Coca Cola Gewerkschafter in Kolumbien« rekonstruiert den Fall im Detail und bettet ihn in die jüngere politische Geschichte der Region Urabá ein, wo 1995 bis 1998 durch tausendfaches Morden die erfolgreiche Linkspartei Union Patriotica und alle sozialen Bewegungen ausgerottet wurden.

Die Vertreibung der Lebensmittelgewerkschaft Sinaltrainal aus Carepa ist aber nicht nur ein Teil der politischen Geschichte der Region Urabá, sondern macht die Situation der gesamten unabhängigen Gewerkschaftsbewegung in Kolumbien deutlich; seit der Gründung der zentralen Arbeiterunion CUT wurden in Kolumbien mehr als 4.000 Gewerkschafter ermordet, jedes Jahr kommen etwa 150 ermordete Gewerkschafter dazu. Von den urspünglich 1.500 gewerkschaftlich organisierten Coca-Cola Arbeitern sind heute noch 450 übrig.

Derzeit wehrt sich die Lebensmittelgewerkschaft Sinaltrainal erbittert und hartnäckig gegen ihre Auslöschung durch den Kolumbianischen Staat und die Unternehmen (v.a. Coca-Cola und Nestlé). In Miami brachte Sinaltrainal mit der Unterstützung der Gewerkschaft United Steelworkers Coca-Cola Atlanta und den Besitzer der Abfüllanlage in Carepa vor Gericht. ●

»Ermordete Coca-Cola Gewerkschafter in Kolumbien«
kanalB nr_24 (D, 2004, 50 min)
http://kanalb.org/edition.php?clipId=62

Kontakt:
kanalb, Reichbergserstr. 121, D-10999 Berlin,
Tel.: (0 30) 616 26 99
E-Mail: kanalB_de_redaktion@kanalb.org

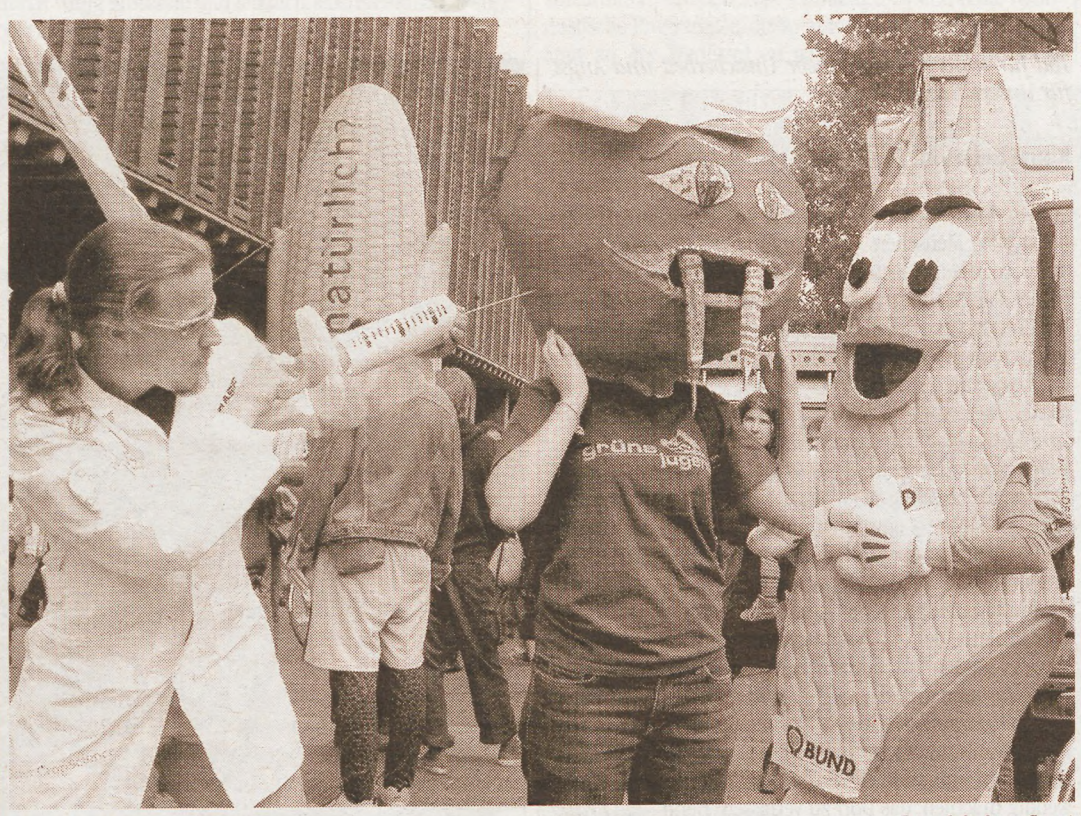
PROTEST-PERFORMANCE AUF DER GENTECH-KONFERENZ DER KONZERNE

»Monster Mutanto«

Die Großen der Gentechnologie waren alle dabei: Zum ersten Mal fand die ABIC (Agricultural Biotechnology International Conference) in Europa statt. In der Kölner Messe trafen sich vom 12. bis 15.9 Vertreter der multinationalen Saatgut-Industrie (u.a. Monsanto, Bayer, Syngenta, Nestlé, Crop Science, Pioneer Europe und BASF), Politiker und Wissenschaftler. Auf der dreitägigen Konferenz wollten sie Strategien entwickeln, um die Gentechnologie in der europäischen Landwirtschaft zu etablieren.

Von Ariane Dettloff, Redaktion Köln ● Dabei waren aber auch die besorgten Kritiker. Sie hatten eine Alternativkonferenz mit ExpertInnen aus Sambia, den Philippinen, Indien, Malaysia und Belgien organisiert. Misereor, Brot für die Welt, Greenpeace, BUND, attac, Bioskop, Coordination gegen Bayer-Gefahren, Buko-Kampagne gegen Biopiraterie, Sozialistische Selbsthilfe Köln, Netzwerk gentechnikfreies Oberberg, Gen-ethisches Netzwerk und Netzwerk gegen Neoliberalismus unterstützten den Protest.

Auch vor und in den Messehallen blieben die Genklempner nicht unter sich. Am Montagmorgen wurden die Messegäste phantasievoll und lautstark begrüßt: Transparente (»Genfood – Nein danke!«), Slogans (»We don't need Monsanto Seed«), Reden, Songs sowie Mais- und Tomatenkostüme begleiteten die eintreffenden Konzernvertreter.



Aktion von der Bundjugend: Gentomate

Foto: arbeiterfotografie.com

Auf der Abschlusskonferenz von ABIC 2004 gelang es zwei Künstlerinnen, die umfassenden Sicherheitsbarrieren zu überlisten. Vor dem Podium im großen Rheinsaal der Kölner Messe, mitten in der Abschlussrede, ertönte plötzlich der Monsanto-Protest-Song (www.seizetheday.org). Niemand hätte gedacht, dass die beiden Damen in adretten Hosenanzügen unverhofft die Masken lüften und die skrupellose Geschichte des Monsanto-Konzerns satirisch besingen würden.

Das Sicherheitspersonal war schnell zur Stelle, ließ die Sängerinnen aber – oh Wunder – den Song bis zur letzten Zeile aufführen: »Mother-Nature-Terminators, Hell-on-Earth Creators, Gene-Manipulators, Biotec-Dictators. The Future's gonna hate us«. Eskortiert von den Wachleuten riefen sie im Hinausgehen der Versammlung zu: »No GMOs in Europe!« (»Keine genmanipulierten Organismen in Europa« – was natürlich nicht bedeuten sollte, dass solche in anderen Teilen der Welt geduldet werden.) Draußen dann offenbarten die Sicherheitsleute ihre Sympathie mit der Aktion: »Ihr habt ja recht, das mit dem Wind ist viel zu gefährlich!« Von der Abic-Dialogveranstaltung mit KritikerInnen hatten sie behalten, dass die viel versprochene Koexistenz von konventionellen und transgenen Pflanzen nicht funktioniert. Der Wind kümmert sich nicht um Sicherheitsabstände und trägt die Pollen weltweit überall hin.●

VOM KAMPF DER NAHRUNGSPRODUZENTiNNEN AUS DER »ANDEREN WELT«

»Zur Hölle mit der WTO«

Rede von Irene Fernandez* auf der Alternativkonferenz zu ABIC 2004 in Köln am 12.September 2004:**

»Ich freue mich heute hier zu sein, hier in der sogenannten anderen Welt. In der Welt, die mehr hat als genug. Ich komme aus einer anderen Welt, wo mehr als 500 Millionen Menschen jeden Tag hungern und wo sich alle 30 Sekunden ein Mensch das Leben nimmt. Aber obwohl wir aus zwei Welten stammen, gehören wir alle zu einer Erde. Und es ist diese eine einzige Erde, die uns verpflichtet, immer mehr zu verstehen, dass wir diese verschiedenen Welten nicht länger akzeptieren dürfen.

Diese unterschiedlichen Welten existieren, während 800 Millionen Menschen im Süden hungern, weil es eine globale Terroristenbande gibt, die wir »transnationale Konzerne« nennen. Und unglücklicherweise haben sie jetzt diese Welt-Terror-Organisation legalisiert, die man »Welthandelsorganisation« nennt. Ich bin hier als Teilnehmerin einer Völker-Karawane für Nahrungssouveränität, die in 16 Ländern Station macht, 13 in Asien und drei in Europa. Ich gratuliere Deutschland dazu, dass es sich an dieser Karawane beteiligt.

Irene Fernandez

Foto: arbeiterfotografie.com

Wie Arbeiterinnen unter dem Syngenta-Pestizid »Paraquat« leiden

Unmittelbar vor meinem Besuch in Deutschland war ich in China in der Provinz Yunan, der Region mit der größten Nahrungsmittelproduktion des Landes. Die Bauern und die Organisationen, die mit ihnen kooperieren, waren der Verzweiflung nahe, weil nun ihre Reisfelder in Gärten umgewandelt werden, um Schnittblumen für Euren Markt hier zu erzeugen und für die Märkte in Japan und den USA. Also, falls ihr Schnittblumen kauft: denkt an die Bauern in China, deren Möglichkeiten Reis anzubauen und damit auch ihr Wissen darüber jetzt eingeschränkt werden und vielleicht bald ganz verschwinden. Im übrigen: Die Öffnung des chinesischen Marktes hat einen Schwenk zum Kapitalismus eingeleitet, d.h. Produktion einzig und allein für den Profit. China ist heute bereits der zweitgrößte Pestizid-Produzent und -Abnehmer der Welt.

Nach der Kolonialherrschaft hatten wir in Malaysia die Plantagenwirtschaft. Meine Eltern kamen aus Indien, um auf den malaiischen Plantagen zu arbeiten – daher bin ich eine malaiische Inderin in Malaysia. Diese Art Landwirtschaft beschäftigt heute 30.000 Pestizid-Sprayerinnen. Ihre Gesundheit ist nicht bloß gefährdet, sondern ruiniert. Eine Zwei-Jahres-Studie meiner Organisation und des Aktions-Netzwerks gegen Pestizide hat herausgefunden, dass viele Arbeiterinnen vergiftet worden sind. Sie haben schwere Hautkrankheiten, aufgedunsene Bäuche, Fehlgeburten, Neugeborene mit Atemwegserkrankungen, Parkinson und Krebs.

Biobauern Netzwerk gentechnisch-freies Oberberg Foto: arbeiterfotografie.com

Die Frauen auf den Plantagen setzten sich zur Wehr, und dank unserer Untersuchungsergebnisse konnten wir ein Verbot von Paraquat, einem Produkt von Syngenta, durchsetzen. Syngenta unternahm alles, was in seiner Macht stand, um das Verbot zu verhindern und es aufzuheben. Doch die Frauen redeten Klartext. Sie, die auf den Plantagen jahrelang den Mund gehalten hatten, erhoben ihre Stimme. Sie erschienen auf der Aktionärsversammlung in der Schweiz, um zu zeigen, was die Profite der Anteilseigner den Pestizid-Sprayerinnen in Malaysia antun.

Wir freuen uns, dass die Regierung Malaysias das Verbot aufrechterhalten hat. Aber Syngenta hat seine Aktivitäten nach China verlegt und die größte Paraquat-Fabrik in China eröffnet. Doch zum Abschluss ihres China-Programms haben die Organisationen der Kampagne für Nahrungssouveränität sich verpflichtet, im nächsten Jahr eine Kampagne gegen Paraquat zu starten. Sie werden eine Kampagne durchführen, damit Syngenta seine Machenschaften nicht fortsetzen kann. Und wir brauchen Eure Unterstützung, wenn die Kampagne in China losgeht. Denn multinationale Konzerne, die ihren Sitz in Europa haben, müssen für das, was sie Bauern und Landarbeitern im Rest der Welt antun, verantwortlich gemacht werden.

Im Lauf dieser Entwicklung ist eine der schwerwiegendsten Lasten, die Frauen in der Landwirtschaft zugemutet wurden, ihr Verlust der Kontrolle über das Saatgut. Die Bäuerinnen in Asien sind diejenigen, die nach der Ernte die besten Saaten sammeln, sie lagern und konservieren. Dabei pflegen sie zu singen und zu feiern, damit das Saatgut, das sie eingelagert haben, bei der nächsten Ernte reiche Früchte trägt.

Aber mit dem TRIPS-Abkommen*** und der Patentierung, die in Kraft getreten ist, haben Firmen wie Syngenta und Monsanto dieses Saatgut und die Kenntnisse der Frauen gestohlen. So sind die Frauen durch diese Art Konzern-Landwirtschaft insgesamt entmachtet worden, entfremdet und ausgegrenzt. Das ist ein Hauptgrund dafür, dass Frauen zu dieser Art Landwirtschaft Nein sagen. Wir bestehen auf unserem Recht auf unsere Kenntnisse. Wir bestehen auf dem Recht, unser Saatgut zu kontrollieren und zu bewahren. Das gehört nicht den multinationalen Konzernen.

Darum muss man die Gentechnologie ablehnen. Unbedingt. Historisch betrachtet ist es so: die ganze Idee der Gentechnologie ist entstanden im Zuge des Experimentierens mit unseren Bäuchen, im Zuge der Reproduktionstechnologie. In Experimenten mit den Bäuchen der Frauen haben beide ihren Ursprung. Wenn wir zulassen, dass diese Entwicklung fortgesetzt wird, bedeutet das: diese Konzerne werden letztlich unser Leben kontrollieren, sie werden kontrollieren was wir essen dürfen, wann wir essen dürfen und wer essen darf. Und das können wir nicht zulassen.

Hilft Gentech gegen Hunger?

Angesichts der 500 Millionen Hungernden in Asien ist das Ironische: mehrheitlich sind es gerade diejenigen, die unsere Nahrung erzeugen. Und das heißt, Landarbeiter und Bauern haben heutzutage keinen Zugang zu den Lebensmitteln, die sie produzieren, weil sie sie verkaufen müssen. Darum sagen wir: das ist nicht nur eine Sache der Lebensmittelsicherheit. Wir sorgen uns um die Kontrolle der Bauern über ihre Produktionsmittel. Das heißt Kontrolle über Land, Wasser, Ressourcen, alles was notwendig ist, um nahrhafte, sichere und kulturell angepasste Lebensmittel für unsere Gesellschaften sicherzustellen.

Ich meine, das ist grundlegend – ein fundamentales Prinzip, das wir beibehalten müssen. Darum fordern wir eine wirkliche Agrarland-Reform in unseren Staaten, damit die Bauern ein Recht auf Land und Nahrung haben, und die Gesellschaft ein Recht auf Nahrung hat und die Frauen ein Recht auf Saatgutkontrolle für die nächste Aussaat.

Zwei Drittel der produzierten Nahrungsmittel werden von Menschen in den USA und in Europa konsumiert. Und das ist verkehrt, ein grundlegender Fehler. Daher müssen wir neu darüber nachdenken, warum in einem Teil der Welt so viel verbraucht wird und im anderen ein Kampf ums Überleben stattfindet. Dazu wird es nur kommen, wenn eine Verständigung darüber zustande kommt, dass Veränderungen auf beiden Seiten nötig sind. Wir hoffen, dass die Konvention zur Nahrungssouveränität auch von Gesellschaften und Menschen in Europa, in Deutschland, unterzeichnet wird. Das wird unsere Position stärken, so dass die Konvention zu einem Instrument der Vereinten Nationen werden kann. Und wenn sie das wird, können wir gefahrlos sagen: »Zur Hölle mit der WTO!«

Denn wir haben es erlebt: aufgrund der Streitigkeiten um Zölle und Subventionen, aber auch aufgrund der Selbstopferung des koreanischen Bauern Lee wurden die letzten WTO-Verhandlungen in Cancun abgebrochen. Wir haben gehofft, nun sei Schluss – aber leider wird das nächste Treffen im nächsten Jahr in Hongkong stattfinden.

Wir planen, jetzt mit noch mehr Power durch die Bewegung von unten und mit eurer Unterstützung die WTO zu erledigen, die nächstes Jahr ihr zehnjähriges Bestehen feiern möchte. Aber wir hoffen, dass wir stattdessen den Tod der WTO feiern können, und dann stehen Landwirtschafts- und Nahrungssouveränität auf der Tagesordnung«.●

(Übersetzung: Redaktion Köln)

* Irene Fernandez, Frauenrechtlerin aus Malaysia, vertritt das Pestizid Action Netzwerk Asien/Pazifik PAN AP. Sie ist Mit-Organisatorin der Kampagne für Nahrungssouveränität, einem Zusammenschluss von Netzwerken von gentechnologiekritischen BäuerInnen aus der »anderen Welt«, die derzeit durch Europa touren.

** ABIC = Agricultural Biotechnology International Conference

*** TRIPS = Trade Related Intellectual Property (WTO-Abkommen über den Handel mit geistigem Eigentum)

OFFENE RÄUME PLUS STREIT!

Keule, Keile und Krawall

Alternativen zu Ausgrenzung, Hausrecht & Co.

Nein – »linke« Gruppen sind kein Paradies. Ganz im Gegenteil: Machtspiele, Tricks, Hierarchien und mehr sind an der Tagesordnung. Und wenn Strategien entwickelt werden, Herrschaftsstrukturen abzubauen, nützen sie am Ende oft wieder den Eliten, weil die Organisierung der Basis erschwert wird. Konsens, Plenum und mehr heißen die Mittel, die Gleichberechtigung nur suggerieren, tatsächlich aber meist denen den Rücken freihalten, die im Namen aller reden wollen und hinter den Kulissen das Wichtige längst geklärt haben.

Jörg Bergstedt, Redaktion Umweltschutz von Unten ● Wenn die Macht des Faktischen schon gilt, sind Dauerplena und Konsenspflicht die Sicherheit, dass nichts mehr zu ändern ist.

Kämpfe um die Herrschaft

Bei den meisten Konflikten in politischen Gruppen (wie im sonstigen Leben auch) geht es nicht um das Weiterentwickeln von Positionen der beteiligten Personen, sondern um Durchsetzung – entweder einer Position gegen die andere oder der Festigung von Macht derer, die eine Position mitteilen. Letzteres ist wie im Wahlkampf: Die BewerberInnen um die Macht sagen zwar ab und zu was Inhaltliches, aber darum geht es nicht, sondern darum, sich als Person oder Struktur durchzusetzen. Ob dann von dem Inhaltlichen noch was geschieht, ist völlig nebensächlich.

Solche Streits verlaufen nach der Logik des Entweder-Oder, des Ja-Nein oder Schwarz-weiß. Am Ende steht eine Entscheidung. Das wird auch durch Kompromisssuche nicht aufgehoben. Die schafft nur Grautöne, aber es bleibt eine Entscheidung und die ist das Problem – nicht

Foto: De Commarque / Photonica

die Art von Entscheidungsfindungen, sondern dass Diskussionen so organisiert werden, dass entschieden werden muss, stärkt das Herrschaftsförmige im Streit. Emanzipatorische Streitkultur, d.h. ein Umgang mit Konflikten, der die beteiligten Menschen voranbringt, ist nur dann denkbar, wenn niemand gezwungen wird, bestimmte Streitformen zu akzeptieren oder Meinungen zu übernehmen. Wenn gar nicht die Notwendigkeit besteht, ein Ergebnis zu erzielen und damit immer anderes abgegrenzt und ausgestoßen wird aus dem Prozess, können Taktiken der Durchsetzung und Ängste des Verlierens unterbleiben.

Die Basisdemokratie bringt aus diesem Blickwinkel keine Fortschritte zu emanzipatorischen Konfliktlösungs- und Entscheidungsmodellen. Vielmehr setzt sie einem Fetisch gleich das Entscheiden in den Mittelpunkt und betreibt den Entscheidungsgang wie eine Kulthandlung. Dabei wird gänzlich ausgeblendet, dass es nicht das »Wie«, sondern das »Ob« des Entscheidens ist, dass darüber bestimmt, ob eine offene oder eine von Sieg-Niederlage dominierte Situation entsteht.

Ausgrenzung

Die Steigerung herrschaftsförmiger Konfliktaustragung und des Hangs zum kollektiven Entscheiden ist die Ausgrenzung. Bestimmte Personen, Verhaltensweisen, politische Meinungen u.ä. werden nicht mehr hinterfragt, in eine Diskussion gezogen oder argumentativ angegriffen, sondern ausgegrenzt. Dadurch versetzen sich die ausgrenzenden Personen oder Gremien in eine strukturell herausgehobene Position. Meist beziehen sie sich auf bürgerliches Recht (Vereinsrecht, Hausrecht, Eigentumsrecht u.ä.), um systematische Einschränkungen vorzunehmen. Ausgrenzung ist jede Handlung, die gleichberechtigten Zugang zu Handlungs- und Diskussionsmöglichkeiten systematisch unterbindet – also jeder verschlossene Raum, jedes Computerpasswort und jeder Ausschluss von einer Veranstaltung, sobald nicht gewährleistet ist, dass alle gleichberechtigt herankommen. Solche Ausgrenzungen finden in der Praxis politischer Bewegung alltäglich statt. Sie sind das offensichtlichste Kennzeichen für die Durchdringung politischer Gruppen mit Herrschaftsprinzipien. Es ist nie zufällig, wer ausgrenzen kann und wer nicht. Neben bürgerlich-rechtlichen Rahmenbedingungen reproduzieren sich auch die weiteren gesellschaftlichen Hierarchien nach Alter, Stellung, Reichtum usw. in politischen Bewegungen neu. Ausgrenzung geht dem Streit aus dem Weg. Damit hat Ausgrenzung kein emanzipatorisches Potential, weil es keine Veränderungsansätze schafft. Vielmehr bricht es Prozesse kategorisch ab.

Die andere Seite: Harmonisierung

In Teilen politischer Bewegungen gibt es eine bis heute anhaltende Tendenz zur Harmonisierung. Streit wird zur Bedrohung für den Zusammenhalt der Gruppe aufgebaut und verklärt, denn real sind es ganz andere Probleme, die unser Zusammenleben unerträglich machen, wie z.B. Anonymisierung, patriarchale Rollenmuster, oder fehlende Sensibilität. Inhaltliche wie persönliche Auseinandersetzungen werden einer fragwürdigen »Wir«-Identität geopfert, einem Gemeinschaftsdenken, dass von jedem emanzipatorischen Anspruch abgekoppelt wird. Konflikte werden verdeckt, statt ausgetragen. Es wird ein harmonischer (Quasi-)Naturzustand konstruiert, der durch Konflikte »verschandelt« und zerstört wird.

In den 80ern entwickelte Techniken zur Harmonisierung haben sich in allen Bereichen der Gesellschaft ausgedehnt – die »linke« Szene eingeschlossen: Moderation, Mediation, Beschwichtigungsrhetorik (»Jetzt streitet euch doch nicht« oder »Wir wollen doch alle dasselbe«) und Konsensfixierung auf Sommercamps, überregionalen Treffen und Plenas. Techniken, die längst zum Repertoire moderner, demokratischer Herrschaftssicherung gehören, d.h. von staatlicher Seite bewusst eingesetzt werden, um gesellschaftliche Widersprüche zu entschärfen (siehe z.B. Konflikt um den Ausbau des Frankfurter Flughafens).

Die Alternative: Offene Räume plus Streitkultur

Die grundlegende Alternative zu allen Methoden und Formen der Entscheidungsfindung und des herrschaftsförmigen Streits bzw. der Harmonisierung, also der Ausblendung von Meinungs- und Interessenunterschieden ist die der horizontalen Kooperation von Menschen und Gruppen. Es gibt grundsätzlich keine hierarchischen Gliederungen und auch gar keine Entscheidungen mehr. Politische Organisierung ist immer ein offener Raum, in der sich alle erst einmal so bewegen können, wie sie wollen. Ob sie sich aus dem Weg gehen, nebeneinander agieren oder kooperieren, entscheiden immer die AkteurInnen selbst. Das Gemeinsame entsteht als Kooperation der ansonsten autonomen Teile. Häuser, Plätze, Kongresse, Camps, Aktionen usw. können nach diesem Prinzip der Autonomie und Kooperation organisiert werden. Kontrolle und Informationsmonopolisierung gibt es nicht mehr.

Offene Räume würden zu Zonen der Gleichgültigkeit, wenn in ihnen nicht ständig ein Ringen um Ideen, Strategien und Positionen stattfinden würde – allerdings nicht zum Zweck der Vereinheitlichung, sondern zum Zweck des Weiterbringens der Beteiligten. Daher gehört zu jeder horizontalen Organisierung das offensive Umgehen mit

Foto: Bossemeyer / Bilderberg

Streitfragen. Streit will selbst organisiert sein – viele Methoden, die Hierarchien vermeiden, gehören dazu, z.B. die Fish Bowl, direkte Intervention statt Bestrafung und mehr (siehe Methoden und Texte unter www.hierarchnie.de.vu). Dieser Streit steht nicht unter dem Zwang der Einigung, erst recht nicht der Entscheidung. Das nimmt ihm zentrale Bausteine des Interesses an Dominanz. Eine gemeinsame Auffassung oder Handlung entsteht zwischen denen, die davon überzeugt sind und sich verabreden. Grundsätzlich bleibt aber immer alles offen, d.h. daneben kann es auch weiter andere Ansichten und Verhaltensweisen geben.

Wo das Verhalten der einen die anderen direkt betrifft und diese stört, stellt direkte Intervention die Alternative zu Regeln und Ausgrenzungen dar. Wo Menschen auf ihr Verhalten angesprochen werden, wo überhaupt Sensibilität wächst und Menschen aufeinander achten, um dort zu intervenieren, wenn sie Verhalten falsch finden, wächst die Chance zur Veränderung. Strafe dagegen schafft dieses nicht, weil es das Durchsetzen der einen gegen die anderen ist, das Festlegen der »richtigen« Meinung oder Verhaltensweise – nicht die Auseinandersetzung.

Kritik am Konzept der direkten Intervention als Alternative zur Strafe bezieht sich meist auf besonders schwerwiegende Fälle, z.B. sexistische Übergriffe oder faschistische Positionen. Beim Verzicht auf Strafe oder durchsetzbare Regeln verbleibt »nur« die nachdrückliche Bitte, angstfreie Räume zu schaffen – im Einzelfall mit der Aufforderung, einen Ort zu verlassen. Eine letzte Unsicherheit bleibt, denn wo es keine Regel, kein Gesetz, keinen Beschluss, kein Gremium und damit keine formalisierte Kontrolle mehr gibt, ist alles ein offener Prozess. Genau das aber ist die Stärke, denn »Beschlüsse« oder Gesetze verkürzen nur die notwendigen Auseinandersetzungen. Emanzipatorische Veränderung bei den kritisierten Personen ist nur über intensive und persönliche Kommunikation möglich, zudem sind die »TäterInnen« nie das einzige »Problem«. Diskussionen als emanzipatorischen Prozess für alle Beteiligten zu gestalten, muss allerdings erst neu gelernt werden. Was an politischen Positionen, Übergriffen und Diskriminierung auch in »linken« Zusammenhängen an der Tagesordnung ist, ist erschreckend. Aber nicht obwohl, sondern weil die erstarrten Strukturen immer nur formalisierte Reaktionen möglich machen.

Beispiele

Im Folgenden sollen einige Beispiele die Theorie beleuchten. Viele weitere Beispiele, Texte usw. sind im Reader »HierarchNIE!« und im Netz unter www.hierarchnie.de.vu zu finden.

Rauswürfe oder eben nicht ...

Verbote gegen bestimmte Personen oder Gruppen sind überall in der Gesellschaft verbreitet. »Platzverweise« sind nicht nur Polizeiwillkür, sondern werden auch per Haus- oder Vereinsrecht auf Veranstaltungen, in »linken« Räumen usw. angewendet. Beispiele:

● Auf dem D.I.Y.-Revolution-Camp auf Lutter 2003 forderten einige BewohnerInnen der sogenannten anarchistischen Kommune Lutter den Rauswurf eines Teilnehmers. Sie beriefen sich u.a. auf das Hausrecht. Die BewohnerInnen waren gar nicht am Camp selbst beteiligt, verweigerten den CampteilnehmerInnen aber sogar eine Begründung. Stattdessen gingen sie nach kurzer Zeit zum Faustrecht über. Mehrere CampteilnehmerInnen wurden von ihnen ebenfalls zum Teil heftig attackiert (Faustschläge, gezielte Tritte in die Genitalien). Auch sexualisierte Gewalt gab es. Das Campplenum missbilligte die Attacke von außen am Folgetag einstimmig. Dennoch wurden den BewohnerInnen von Lutter gerade aus dem autonomen und anarchistischen Umfeld, wo die Kommune teilweise Kultstatus hat, viel Unterstützung zuteil. Rauswürfe und Hausrecht wurden als Methode politischer Arbeit akzeptiert (Positionen verschiedener Beteiligter erschienen unter www.de.indymedia.org/2003/04/49069.shtml).

● Vor etlichen Jahren wurde ein Besucher des Jugendumweltjahrmarktes sofort nach seinem Erscheinen unter Anwendung körperlicher Gewalt rausgeworfen, weil ihm vorgeworfen wurde, sexistische Bemerkungen z.B. auf einem A-Camp-Plenum gemacht zu haben – also noch nicht einmal ein Übergriff gegenüber einer konkreten Person. Solches sexistisches Verhalten mit offensivem Streit darum zu begegnen und die Person herauszufordern über die Vorgänge zu diskutieren, kam den Rauswerfern aus dem Umfeld der Kongressorganisatoren nicht in den Sinn.

Fortsetzung auf Seite 9

Hierarchie ... NIE!

HierarchNIE!-Reader.
80 Seiten mit Kritik an zentral-hierarchischen Strukturen und jeder Menge Ideen und Methoden zum Abbau von Dominanzen in Gruppen. 6 Euro pro Stück, ab 5 Ex. 2 Euro pro Stück

Bestellmöglichkeiten:
- **Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Saasen**
- **Tel.: 06401 - 90328-3, Fax -5**
- **Mail: versand@projektwerkstatt.de**
- **Online: www.politkram.de.vu**

Hierarchiefreiheit will geübt sein!
Deshalb unterstützen wir Basisaktive und -Gruppen gerne bei Workshops, z.B. für folgende Themen:

- Abbau von Dominanzen in Gruppen
- Kreative Gruppenprozesse, Open Space
- Alternativen zu Moderation und Verregelungen
- Kritik an Plena und Basisdemokratie
- Camps und Kongresse ohne Zentralen

Kontakt: saasen@projektwerkstatt.de, 06401-903283

»PAX AN«: NACHHALTIGER STREIT

Keule, Keile und Krawall

Kaum eine Spur von Streitkultur

Vorbemerkung: Der Konflikt wird aus der notwendig einseitigen Sicht einer Beteiligten dargestellt; die Anfrage bei einer Person der Gegenseite, ihn aus ihrer Sicht darzustellen, wurde abschlägig beschieden.

Ariane Dettloff, Redaktion Köln ● **Die Gruppe:** Vor dem Konflikt im Herbst 2003 waren wir 14 Friedensbewegte, zwischen 28 und 60 Jahre alt, 8 weiblich und 6 männlich sozialisiert. Bis 1996 war *PAX an* der »Arbeitskreis Frieden bei den Grünen Köln«. Als die Grünen sich vom Pazifismus verabschiedeten, verabschiedeten wir uns von den Grünen. Als die grüne Bundestagsfraktion dem Bundeswehreinsatz im Bosnienkrieg zugestimmt hatte, hatten wir endgültig genug und sind unter Protest kollektiv ausgetreten. Der Name *PAX an* hat nicht zu bedeuten, dass es sich etwa um eine christliche Gruppe handelt, eher »Frieden anpacken« im Sinne einer Aktionsgruppe. Seit über 20 Jahren haben wir mittels Infoständen, Straßentheater, Vortragsveranstaltungen, Demos etc. meist regional, manchmal auch überregional versucht, Antikriegshaltungen zu verbreiten und zu bestärken. Bei den wöchentlichen Treffen wurde basisdemokratisch agiert – meist im Konsensverfahren, auf Antrag aber auch per Abstimmung.

Pax an protestiert auf der Grünen-MV Foto: PAX AN

Der Konflikt

Seit zwei Jahren war ein Außenseiter Gruppenmitglied, Tilman*, der Ungewöhnliches (für manche: Abseitiges) einbrachte, gern provozierte, aber auch gute Vorschläge beitrug, kreativ war. Schwierig für die Gruppe waren vor allem längliches Monologisieren und der Gebrauch von »ihr« statt »wir«: »Ihr solltet mal...«, »Ihr müsstet...« Für einige Nasen war auch ein Geruch störend: »Er stinkt!«. Einige Frauen fühlten sich bedroht, obgleich nichts Manifestes in dieser Richtung vorfiel (allenfalls Blicke oder »er setzt sich gezielt neben mich«, ohne sich aber dies deutlich zu verbitten).

Ich habe Tilmans Vielrednerei ihm gegenüber als störend kritisiert und bekam zur Antwort: »Oh, das haben mir schon viele gesagt! Ich weiß aber nicht, wie ich es ändern kann.« Nach Meinung einiger *PAX anler* hat sich das Monologe halten danach dennoch deutlich reduziert. Das »Geruchsproblem« dagegen hat ihm gegenüber nie jemand erwähnt, so dass gar keine Chance bestand, daran etwas zu ändern.

Ein Ausschlussantrag kam auf den Tisch, wurde über mehrere Sitzungen hinweg höchst kontrovers diskutiert und schließlich per Abstimmung knapp abgelehnt. Daraufhin kündigte die Ausschluss-Fraktion wie zuvor angekündigt, ihre Mitarbeit auf. Hauptargument der Fraktion A: Tilman ist untragbar, hat lange genug genervt. Hauptargument der Fraktion B: Ausschluss ist einer Friedensgruppe nicht angemessen, andere Wege wurden nicht ausreichend erprobt.

Auslöser

Die Antragstellerin bezog sich auf ein Flugblatt, das Tilman auf einer *attac*-Veranstaltung verteilt hatte (in seinem eigenen Namen, nicht in dem der Gruppe). In harschen Worten wurde darin kritisiert, dass es keine Möglichkeit gab, zu reduziertem Eintrittspreis oder gratis am Kongress »Frauen und GATS« teilnehmen zu können. In dem Zusammenhang wurden u.a. pauschale Attacken gegen »BildungsbürgerInnen« und Friedensbewegte geritten. Ein *PAX an*-Mitglied war an der Organisation der Veranstaltung beteiligt gewesen und fühlte sich persönlich beleidigt. Im Lauf der Diskussion entschuldigte sich der Verfasser – allerdings recht lapidar und für die Beleidigte nicht glaubwürdig.

Lösungsversuche

Bei zwei Mediationsterminen wurde versucht auszuloten, ob tieferliegende Ursachen dem Konflikt zugrunde liegen. Frühere Konfliktlinien verliefen an ähnlichen Schnittstellen: die Auseinandersetzung um die Frage eines eventuellen kollektiven Beitritts zu *attac* (knapp abgelehnt) sowie die Frage des Pazifismus (oft thematisiert und ausdrücklich im Sinne von gegenseitiger Tolerierung entschieden). Ziel war, die Gruppe wieder arbeitsfähig zu machen.

Verschiedene persönliche Kränkungen von Gruppenmitgliedern kamen zur Sprache und konnten bearbeitet werden. Allerdings traten auch neue und schwerwiegende auf. Einige Beispiele: A wirft B vor, moralischen Druck ausgeübt zu haben in dem Sinn, wer nicht an Blockaden und anderen direkten Aktionen teilnehme, sei friedenspolitisch weniger »wert«.. B beklagt, die Anti-AusschließerInnen würden ein wenig beitragendes Gruppenmitglied (Tilman) anderen, viel beitragenden vorziehen. C verwahrt sich gegen Aufrechnung »wertvoller« und »weniger wertvoller« Menschen. D wirft der Ausschluss-Fraktion vor, ihr Agieren erinnere an Nazi-Methoden. E wünscht hämisch, die Anti-AusschließerInnen sollten sich regelmäßig zweimal wöchentlich privat mit dem konfliktauslösenden Tilman treffen. Die Ausschluss-Fraktion spricht in Anwesenheit von Tilman über ihn in der dritten Person. Er selbst verkündet huldvoll: »Ich verzeihe Euch!«

Ergebnis

Beschluss: Die Gruppe tagt nur noch 14tägig als Plenum, an den übrigen Donnerstagen als zwei Arbeitsgruppen (AG »Alternativen zum Krieg« und »AG Ökonomische Kriegsursachen«, personell identisch mit den Fraktionen); zu zwei Plenumterminen innerhalb von 6 Monaten wird Tilman zugelassen, zu der einen AG stets, zur anderen nicht – diese Regelung als Zwischenlösung begrenzt auf ein halbes Jahr.

Tilman tauchte nur einmal überhaupt wieder auf, danach zog er nach Straßburg. Dennoch bleibt die Gruppe gespalten. Einige können einige andere nun »nicht mehr sehen« und bleiben mit dieser Begründung fort – allerdings auch dann noch, als diese sich gleichfalls verabschiedet haben.

Die AGs schlafen nach anfänglichen Arbeitsansätzen ein. Das Plenum setzt als Rumpfgruppe die Arbeit fort und tagt wieder wöchentlich. Allerdings sind mit den wenigen Verbliebenen nur mit Ach und Krach die »Pflichttermine« mehr schlecht als recht abzudecken (der Jahrestag des Jugoslawienkriegs, der Ostermarsch, der 1. Mai, der Hiroshimatag, der Antikriegstag, das Kölner »Militärmusikfestival«, der Jahrestag des Irakkriegs, der Volkstrauertag). Einige Fortgebliebene sind weiterhin friedenspolitisch aktiv, allerdings in unterschiedlichen Zusammenhängen. Andere privatisieren. Ergebnis: weniger Friedensaktivitäten als zuvor. Erkenntnisgewinn eher gering. Meine deprimierende Bilanz: ein Trauerspiel. Friedenspolitische Unreife und Schwäche.

Persönliches Fazit

Mehr als ein Jahr ist das her, und ich fühle mich immer noch niedergeschlagen. Mein Bedürfnis nach einer Friedens-Aktionsgruppe wird weiterhin bzw. erst recht nicht mehr befriedigt. Ich überlege immer noch, was mein Anteil an dem Schlamassel gewesen ist. Vielleicht der, dass ich zuviel erwartet habe. Woher sollen sie denn kommen, die friedlichen Gemüter, wenn wir doch alle in repressiven Verhältnissen aufgewachsen sind und nicht gelernt haben, Konflikte konstruktiv zu bearbeiten? Könnte eine Methode wie die der gewaltlosen Kommunikation nach Marshall Rosenberg bei derlei Zerwürfnissen helfen? (siehe Auszüge auf dieser Seite)

Wie weiter?

Am besten wäre natürlich: neue Mitglieder hinzugewinnen. Das probiert das Grüpplein auch – allerdings ist der Internet-Auftritt nicht sonderlich hip, der gedruckte Flyer ist ansprechender, auch breit verteilt, aber bisher wirkungslos, die Annonce im Stadtblatt desgleichen. Auch durch alljährliche Diskussionen in einer Gesamtschule war niemand hinterm Ofen vorzulocken. Presseaufmerksamkeit ist bei den monopolisierten Medien schwer zu erreichen. Dabei sind die Aufgaben dringlicher denn je. Die Ratifizierung der zur Aufrüstung verpflichtenden EU-Verfassung brennt auf den Nägeln, die Bundeswehr beteiligt sich weltweit an Kriegen, Atomwaffen werden weiterhin zum Ersteinsatz bereitgehalten (bald kommen die neuen »Mini«-Nukes, deren Einsatz viel wahrscheinlicher ist), das Parlament soll Kriegseinsätze demnächst nur noch nachträglich absegnen dürfen...●

Wer Erfahrungen und/oder Ideen zum Thema hat, mag sie uns gern mitteilen: PAX an, c/o Allerweltshaus, Körnerstr. 77, D-50823 Köln oder
E-Mail: arianedettloff@foni.net

* Name von der Redaktion geändert

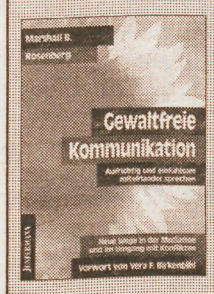
Gelöbnix am Antikriegstag Foto: PAX AN

Marshall B. Rosenberg: Bedürfnisse ausdrücken (Auszug)

»Einmal habe ich mit einer Gruppe Israelis und Palästinensern gearbeitet, die gegenseitiges Vertrauen aufbauen wollten, um Frieden in ihrem Land herzustellen. Zu Beginn stellte ich folgende Fragen: »Was brauchen Sie und worum möchten Sie die Gegenseite im Hinblick auf Ihre Bedürfnisse bitten?« Statt seine Bedürfnisse auszudrükken, antwortete ein palästinensischer Muktar (einem Dorfbürgermeister vergleichbar): »Ihr handelt wie eine Nazi-Bande.« Eine Aussage, die nicht geeignet ist, eine Gruppe von Israelis zur Kooperation zu bewegen!

Unverzüglich sprang eine Israelin auf und konterte: »Muktar, das ist absolut unsensibel von Ihnen!« Sie waren zusammengekommen, um Vertrauen und Harmonie aufzubauen, doch nach dem ersten Wortwechsel war alles schlimmer als zuvor. Das passiert häufig bei Menschen, die gewöhnt sind, zu analysieren und sich gegenseitig zu beschuldigen, statt klar ihre Bedürfnisse zu formulieren. In diesem Fall hätte die Frau dem Muktar zum Beispiel folgendermaßen in einer Begrifflichkeit eigener Bedürfnisse und Bitten entgegnen können: »Ich möchte, dass wir uns gegenseitig respektieren. Könnten Sie beschreiben, was genau Sie an unserer Handlungsweise stört, statt uns zu sagen, wie wir Ihrer Meinung nach handeln?« Immer wieder habe ich die Erfahrung gemacht, dass in dem Moment, wo Menschen anfangen, über ihre Bedürfnisse zu reden, anstatt darüber, was an den jeweils anderen verkehrt ist, die Wahrscheinlichkeit, Wege zu finden, um die Bedürfnisse aller zu befriedigen, erheblich zunimmt.« (...)

Marshall B. Rosenberg: Die Kraft der Einfühlung (Auszug)



Rosenberg erzählt von einer Sozialarbeiterin in einer Entgiftungseinrichtung, deren offenbar unter Drogeneinfluss stehender Klient ein Zimmer verlangt und sie mit einem Messer bedroht, als sie erklärt, es sei keins frei. In dieser Gefahrensituation erinnert sie sich an ihr Training in gewaltfreier Kommunikation:

»Erinnern Sie sich, wie sie sagten, man solle einem wütenden Menschen niemals sein »aber« entgegenschleudern? Ich war kurz davor anzufangen, mit ihm zu diskutieren; ich wollte gerade sagen 'Aber ich habe kein Zimmer für Sie!' – da erinnerte ich mich an Ihren Satz.

Ich habe mich daran erinnert, weil ich gerade eine Woche zuvor mit meiner Mutter gestritten hatte, und sie sagte zu mir: »Ich könnte dich umbringen, wenn du auf alles, was ich sage, mit »aber« reagierst! Wenn schon meine eigene Mutter so wütend war, wenn ich dies Wort gebrauchte, dass sie mich umbringen wollte, was hätte erst dieser Mensch getan? Wenn ich gesagt hätte: »Aber ich habe kein Zimmer!«, als er mich anschrie – ich zweifle nicht, er hätte mir die Kehle aufgeschlitzt.

Also atmete ich tief durch und sagte: »Hört sich an als ob Sie sehr zornig sind und dringend ein Zimmer brauchen.« Daraufhin schrie er: »Ich bin vielleicht süchtig, aber bei Gott! ich verdiene Respekt! Ich hab es satt, dass niemand mich respektiert. Meine Eltern respektieren mich nicht. Ich werd' mir Respekt verschaffen!« Ich konzentrierte mich auf seine Gefühle und Bedürfnisse und sagte: »Sie sind es leid, dass Sie nicht den Respekt bekommen, den Sie brauchen?«
»Und wie lange ging das so?« fragte ich.
»Länger als eine halbe Stunde«, antwortete sie.
»Das muss entsetzlich gewesen sein!«
Nein, nach dem ersten Wortwechsel dann nicht mehr. Denn dann passierte noch etwas, was wir hier gelernt haben. Als ich mich drauf konzentrierte mitzubekommen, was er fühlt und was er braucht, betrachtete ich ihn nicht mehr als Monster. Ich konnte beobachten, genau wie Sie gesagt haben, dass Menschen, die wie Monster erscheinen, bloß menschliche Wesen sind, deren Sprache und Verhalten uns manchmal daran hindert, ihre Menschlichkeit zu sehen. Je mehr ich meine Aufmerksamkeit auf seine Gefühle und Bedürfnisse lenken konnte, umso mehr sah ich ihn als einen Menschen voller Verzweiflung, weil seine Bedürfnisse nicht erfüllt worden sind. In mir wuchs das Zutrauen, dass er mich nicht verletzen würde, wenn ich mich darauf konzentrierte. Nachdem er das Verständnis bekommen hatte, das er brauchte, ließ er von mir ab, legte das Messer beiseite, und ich konnte ihm ein Zimmer in einer anderen Einrichtung vermitteln.«

Marshall B. Rosenberg, Nonviolent Communication. A Language of Compassion. Puddle Dancer Press. Encinitas, California 1999 (Übersetzung der Redaktion Köln)
auf deutsch: Marshall B. Rosenberg, Gewaltfreie Kommunikation. Eine Sprache des Lebens. Junfermann-Verlag 2004 ISBN 3-87387-454-7, 18 EUR

GRÜNE LIGA SACHSEN E.V.

Keule, Keile und Krawall

Aussitzen, Harmoniesucht und (männliches) Unverständnis

Die GRÜNE LIGA ist ein 1990 gegründetes ostdeutsches Netzwerk von regionalen Umweltgruppen, im Ansatz vergleichbar dem BBU. Allerdings entwickelte sich bald eine andere Struktur. Anfang der 90er eher war der Trend zum zentralistischen Umweltverband, ein Wasserkopf mit Hauptsitz in Berlin, der dominierte. Nach zwei Jahren folgte dann auf Mitgliederbeschluss die Abwicklung des Wasserkopfes und die Entstehung von sechs Landesverbänden, die wiederum ihren lokalen Initiativen und Mitgliedsvereinen Selbständigkeit zusicherten. Lokal gründeten sich wiederum Vereine oder Regionalvereinigungen, wie beispielsweise die GRÜNE LIGA Dresden/Oberes Elbtal.

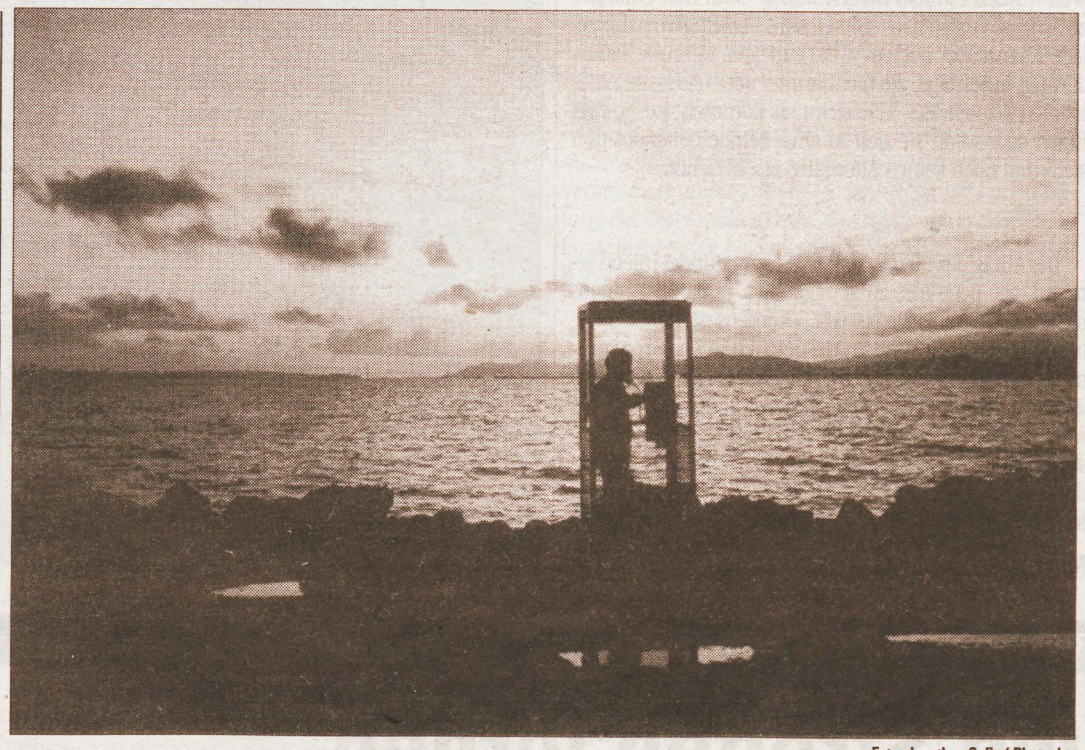


Foto: Jonathan Safir / Photonica

Uta Knischewski, Red. Dresden ● Um Streitigkeiten miteinander klären zu können, gibt es laut Satzung eine gewählte Konfliktkommission, sowohl im Bundesverband, als auch in den Landesverbänden. Speziell in der GRÜNEN LIGA Sachsen hatte die Konfliktkommission jahrelang nichts zu tun. Die 90er waren voll von wichtiger Umweltarbeit. Wenn sich die Sachsen-LIGA zweimal im Jahr traf, hatte das Partycharakter. Schnell die vereinsüblichen Gremien und Verrichtungen abhaken, um dann am Lagerfeuer, beim Konzert oder auf der Wanderung die gemeinsame Zeit zu genießen. Darüber vergingen die Jahre, jede/r entwickelte sich weiter und hatte viel zu tun. Doch 2003 krachte es plötzlich.

Die Betreuerinnen des FÖJ-Projektes (FÖJ = Freiwilliges Ökologisches Jahr) fühlten sich durch den LandessprecherInnenrat und speziell durch den Vorstandsvorsitzenden in ihrer Selbständigkeit beschnitten und riefen nach fruchtlosen Versuchen, direkt mit den LandessprecherInnen zu reden, die Konfliktkommission an. Inzwischen wurde im LandessprecherInnenrat bereits über ihre Entlassung verhandelt, falls sich die Betreuerinnen (selbst auch LIGA-Mitglieder) weiter weigerten, den Wünschen des Vorstandsvorsitzenden nachzukommen. Es ging neben bisher unüblichen Schikanen (stundengenaue Arbeitszeitabrechnung, Vorschriften zur Geldverwaltung und zur Arbeitsplanung) um den Umzug ihres Büros, die für sie absehbare verstärkte Gängelei durch den Vorstandsvorsitzenden, ganz zu schweigen von den stundenlangen Anfahrtswegen.

In den Grundsätzen der GRÜNEN LIGA steht viel schönes von Selbständigkeit, anderem Umgang miteinander und neuer Gesellschaft. Aber plötzlich stellte sich auf eine Befragung der Konfliktkommission hin heraus, dass vielen Landessprechern das effiziente Arbeiten wichtiger ist und sie die GRÜNE LIGA für eine Art Wirtschaftsbetrieb halten. Deshalb konnte der Vorstandsvorsitzende nun Entscheidungen treffen, zu denen die anderen ergeben nickten. Ursprünglich waren alle LandessprecherInnen gleichberechtigt, egal ob sie nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) eingetragener Vorstand waren oder nicht. (Ein Versuch, sich nicht die Strukturen durch ein BGB vorschreiben zu lassen.) Und nur bei einer erkennbaren Finanzschieflage einer Mitgliedsgruppe sollte der LandessprecherInnenrat eingreifen, da sonst der ganze Verein gefährdet wäre. SprecherInnenrat, Angestellte und Mitglieder sollten gleichberechtigt zusammenarbeiten.

Die zwei Frauen im LandessprecherInnenrat legten nun aus Protest gegen die neue Arbeitsweise ihre Mandate nieder. Die Landessprecher bedauerten kurz und gingen zur Tagesordnung über. Auf Einladung der Konfliktkommission kamen Mitglieder und Landessprecher zusammen, um nach einer Lösung zu suchen. Mehrere Varianten wurden gefunden, eine davon wurde die Vorzugsvariante. Der Landessprecherrat ignorierte diese und beharrte auf seiner Entscheidung. Noch schwieriger, teilweise sogar unmöglich war es, die emotionale Seite des Problems verständlich zu machen, weil viele (meist männliche) Beteiligte Emotionen mit Nabelschau verwechselten. Schnell kam neben völligem Unverständnis der Vorwurf, man würde durch internen Streit nur dem gemeinsamen Gegner helfen und den Verein zerstören.

Muss denn Streit in Selbstzerfleischung enden? Wäre das Ausmaß des Konflikts, der interessanterweise weitgehend als Konfliktlinie Männer/Frauen deutlich wird, nicht eher vermeidbar gewesen, wenn man sich öfter mal die Zeit genommen hätte, darüber zu reden, was man meint, wenn man GRÜNE LIGA sagt?

Die Konfliktkommission scheiterte vollständig, der Konflikt vergiftet weiter das Klima im Verein. Zur Wahl des neuen LandessprecherInnenrates herrschten Kampfabstimmungen und Lobbyismus. Eine direkte Kommunikation ist schon wegen der räumlichen Entfernung nur selten möglich. Eine Email-Diskussion bleibt schwierig und scheitert am Desinteresse eines Teils der Beteiligten. Aussitzen ist auf der einen Seite angesagt. Auf der anderen Seite Unlust, mit gleichen Mitteln zurückzuschlagen, Macht zu übernehmen und auszuüben. Vielleicht ist sogar die Spaltung die bessere Option.●

Die Autorin ist seit 1993 Mitglied der GRÜNEN LIGA.

PROJEKT-SPLITTER I:

Konsens im Glück

1998: Gründungs-Stimmung in Verden. Bald soll zum ersten Mal das bunte Transparent »Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne« vor dem ehemaligen Kasernengebäude flattern. Im Herbst 1997 kaufte die Initiative für ein Ökozentrum in Verden das ehemalige Naafi-Gebäude, vormals Kutschenwerkstatt und nun Keimzelle für politische Projekte, Dach für selbstverwaltete Ökologische Betriebe, Wohngemeinschaften und mehr.

Jutta Sundermann ● Die Kaufverhandlungen mit dem Bundesvermögensamt waren langwierig und schließlich erfolgreich. Der Preis errechnete sich über die verschiedenen zukünftigen Nutzungen. Zwei alte Gebäude, eine Maschinenhalle und ein alter Pferdestall vor dem Gebäude waren laut Vertrag abzureißen.

Die Gruppe wuchs in den Monaten nach dem Kauf. Das Baustellenteam arbeitete emsig, die zukünftigen NutzerInnen tagten vierzehntägig und entschieden im Konsens über alle gemeinsamen Belange.

Dann kam plötzlich die Idee auf den Tisch: eine kleine Kulturinitiative hatte sich in die Maschinenhalle verliebt. Sie forderte: »Das alte Gebäude mit den hohen Fenstern darf doch nicht abgerissen werden! Die helle Halle könnte ein wunderbares Comeback erleben mit Ausstellungen, Veranstaltungen!« Begeisterung steckt an, es gab Zuspruch, Ortstermine und erste Pläne – und dann das Veto des Naturbaustoff-Ladenteams. Das alte Werkstatt-Gebäude würde selbst in neuem Glanz Licht und Sicht vom Schaufenster für Naturfarben und -baustoffe nehmen.

Die Stimmung der nächsten Treffen: gereizt. Die Kulturfreaks gegen die Handwerker? Das Ladenteam gehörte von Anfang an zu den Wegbereitern des gesamten Projektes, ihre Stimme wog schwer. Und das Kulturkonzept war noch sehr vage, die Folgekosten für alle hoch. Aber die neue Idee, eine bunte Kultur vorm Haus schien auch verlockend. Und die Halle hatte bei entsprechendem Licht wirklich eine tolle Atmosphäre.

Die Positionen schlossen sich aus. Im NutzerInnentreffen war trotz Konsensprinzip kein Konsens in Sicht. Schließlich vereinbarte das Treffen eine Konfliktlösungsstrategie: Die zwei profiliertesten GegnerInnen wurden zusammen in einen Raum »gesperrt«, unterstützt von der erfahrensten Konfliktmoderatorin des Zusammenhanges. Stunden vergingen, Finanzpläne wurden diskutiert, Träume gegen Betriebskonzepte aufgewogen – aber Einvernehmlichkeit ließ sich nicht herbeidiskutieren. Schließlich einigten sich die Kompromisslosen: eine Münze sollte entscheiden. Sie ward geworfen und entschied für Abriss. Das Gesamt-Projekt war gerettet, die Entscheidung wurde von allen anerkannt. Die vielen Diskussionen im Vorfeld hatten einiges neu geklärt unter den Leuten im Ökozentrum. Das Konsensprinzip wurde zwar unkonventionell ausgesetzt, aber gerettet. Für Jahre.●

Mehr: www.oekozentrum.org

FORTSETZUNG VON SEITE 7

● Beim Autoorganisations-Kongress Ostern 2003 in Berlin, bei der es eigentlich um offene Räume hätte gehen sollen, wurden neben einer Einzelperson auch pauschal die Gruppe der Antideutschen ausgeschlossen – Absurderweise auch noch wegen der politischen Meinung pro Krieg. Streit wurde also nicht organisiert, sondern verhindert, zudem unter anderen »linken« Strömungen durchaus auch Pro-Kriegs-Positionen zu finden sind (z.B. »Kriege nur mit UN-Mandat« u.ä.).

● Einige Tage vor C.U.L.D.T.-Camp 2004 schlossen die OrganisatorInnen die AktivistInnen der sogenannten Traumschule (Altmark) vom Treffen aus. Grund dafür waren Irritationen (konkrete Belege gab es nicht) um deren Forderungen, die formalen Altersgrenzen aufzuheben und Kinder mit Erwachsenen gleichzustellen. Daraus entstand die offene Frage, ob das auch für sexuelle Handlungen gelten würde. Den Beschluss zum Ausschluss begründeten verschiedene OrganisatorInnen einmal damit, den TeilnehmerInnen könne das komplexe Thema nicht zugemutet werden, andere wollten eventuell kommende Personen mit Erfahrungen sexuellen Missbrauchs als Kinder schützen. Sie alle bevormundeten damit offensichtlich die möglichen TeilnehmerInnen. Statt eines offensiven Streits entschlossen sich die OrganisatorInnen zur Ausgrenzung.

● Das Positivbeispiel ist das Wendlandcamp 2004. Dort nervte eine Person durch sich wiederholende sexuell anzügliche, platte Bemerkungen. Als sich diese gegen eine konkrete andere Person richteten, beschwerte sich diese bei der Anlaufstelle für sexuelle Übergriffe. Es entstanden Planungen, den Vorgang zu einem offiziellen Tagesordnungspunkt auf dem Plenum zu machen. Das hätte bedeutet, zumindest die Möglichkeit zur Entscheidung zu haben, also z.B. einen Rauswurf zu beschließen. In einer Diskussion im Vorfeld wurde aber formuliert, dass das weder die »Täter«person noch das Camp durch einen solchen Vorgang in einen notwendigen Prozess kommen würde. Nötig wurde das von allen gesehen: Sowohl das Verhalten der Person kotzte alle an, als auch die bisherige ständige Nichtreaktion der Umstehenden aufgefallen war. Daraufhin beschlossen einige, jetzt endlich das Streitgespräch mit der »Täter«person zu suchen, während andere im Plenum etwas zum Nichtverhalten bei Übergriffen sagen wollten. So geschah es. Es gibt nie eine Garantie – schon gar nicht wegen eines Vorganges –, aber eine Verbesserung war in den Folgetagen deutlich sichtbar.

Offenheit statt Entscheidung

● Die bekannteste Nicht-Entscheidung politischer Bewegung in Deutschland ist das Streckenkonzept im Castorprotest. Voran gingen etliche Jahre des Streits um die richtigen Strategien, vor allem um die Gewaltfrage. Schließlich entstand die Einigung, entlang der Strecke Platz für alle Varianten zu schaffen. Im ersten Jahr hakte es noch beim Bemühen verschiedener Gruppen um die besten Plätze, schließlich aber führte die offensive Nicht-Entscheidung zu einem Aufblühen einer vor allem für die sonst eher als langweilig bekannten politischen Gruppen in Deutschland unbekannten Vielfalt an Aktionsformen.

● In der Organisierungsphase des ersten Weltsozialforums in Porto Alegre beschlossen die Organisierungsgruppen, dass das WSF offen sein sollte und niemand für das WSF handeln könne. Das steht bis heute im Paragraphen 6 der Charta. Diese Charta haben die meisten anderen Sozialforen mangels eigenem Grundsatzpapier anerkannt – aber daran halten tut sich niemand. Fast alle Foren sind keine offenen Räume, sondern haben SprecherInnen, Leitungsgremien usw. In der laufenden Vorbereitung für das Sozialforum in Deutschland (2005 in Erfurt) ist der Streit sogar offen ausgetragen worden. Die VerfechterInnen der Idee des offenen Raumes sind aber eiskalt abserviert worden von den Organisationsprofis aus Attac, Gewerkschaften, BUKO & Co.

● Es gibt einige wenige Häuser und Räume in Deutschland (außerhalb dieses auch in der politischen Bewegung verkrusteten Landes sind es etwas mehr, aber nirgends viele), die sich als offene Räume verstehen, also auf Kontrollen und Einschränkungen verzichten. Bei einigen Aktionen sind solche »offenen Plattformen« für Aktionsvorbereitungen u.ä. zeitweise geschaffen worden. Innerhalb politischer Bewegung sind sie eher Fremdkörper und werden skeptisch beäugt. Vor vielen Jahren waren in der Jugendzentrums-, Häuserbesetzungsszene und in der Idee der ca. 50 Projektwerkstätten Anfang der 90er Jahre solche Ideen schon mal weiter verbreitet. Fast überall haben sich aber wieder Vorstände, Hausrecht usw. durchgesetzt. Eines der wenigen Beispiele offener Räume ist die Projektwerkstatt in Saasen, wo seit über einem Jahrzehnt keine Entscheidung getroffen wurde, keine Plena stattfinden, keine Gremien existieren und niemand als »Projektwerkstatt« auftreten kann (www.projektwerkstatt.de/saasen).

● Ganz ähnlich stellt sich die Frage ständig bei Zeitungen. Fast alle »linken« Medien organisieren weder Streit noch lassen sie eine Pluralität von Meinungen zu. Texte werden nach Inhalt oder sogar nicht den AbsenderInnen aussortiert. Ob es die hundertfache gegenseitige Hetze im aktuellen Dauerbrenner Israel/Palästina ist (wo ohnehin der Eindruck entsteht, dass es mehr um Machtkämpfe unter Gruppen als um politische Ziele geht) oder wenn in der Zeitung der Roten Hilfe dann nicht von Repression berichtet wird, wenn Gruppen betroffen sind, die dort nicht gemocht werden – nirgendswo werden »linke« Projekte als offene Räume konstruiert. Die CONTRASTE ist da ein Stück Ausnahme, allerdings immer umstritten (Versuche, bestimmte Positionen zu kontrollieren, kommen immer wieder auf) und oft nicht mit der nötigen Streitkultur verbunden (z.B. provokante Thesen aus freiwirtschaftlichen oder genossenschaftlichen Ecken bleiben meist ohne Erwiderung).●

PROJEKT-SPLITTER II

Keule, Keile und Krawall

Konsens ist konservativ

Im dänischen Svanholm leben und arbeiten schon seit 1978 rund 150 Menschen in einer großen Kommune. Die meisten Menschen leben und arbeiten auf dem riesigen Gut, das die Gründergeneration gekauft hat. Aus einem Reisetagebuch:

Jutta Sundermann ● Biolandwirtschaft und Holzverarbeitung, Architekturbüro und diverse kleinere Projekte machen die ökonomische Basis des Projektes aus. Die KommunardInnen leben in WGs auf dem Gelände, man isst gemeinsam zweimal täglich warm in der großen Kantine, ansonsten holen die WGs Leckeres fürs Frühstück aus der Kommune-Speisekammer. Beeindruckend ist der Verwaltungstrakt: mehrere KommunardInnen arbeiten die ganze Woche hier an den Einkommenssteuererklärungen der ganzen Gruppe, dem Überblick über die Belange des Hauses – und der größten Herausforderung, der Schuldentilgung. Die Kommune hat durch ungünstige Darlehensverträge hart zu arbeiten, kam aber immer zurecht. Wöchentlich findet ein Plenum statt, zu dem vielleicht ein Viertel der BewohnerInnen kommt.

Hier erlebten die Projekt-Gäste aus Deutschland überdeutlich eine besondere Eigenschaft des Konsens. Das Konsensprinzip gehört in Svanholm zu den Grundlagen des Zusammenlebens. Unsere GastgeberInnen in den WGs würden es nicht missen wollen: Man hört einander zu, meist entstehen gemeinsam Lösungsvorschläge. Jede/r kann aber auch ein Veto einlegen, wenn sie Veränderungsvorschläge, die nicht immer aber meist von einer kleinen Gruppe der MacherInnen kommen, zu gewagt findet oder wenn sie sich in einer Minderheitenposition weiß und noch keinen Alternativvorschlag hat.

Der Alltag der Plena zeigt: Fast immer findet irgend jemand eine neue Idee zu gewagt. Allen ist darüber hinaus die knappe Finanzlage bewusst. »Konsens ist konservativ«, bekommen wir in unseren Gesprächen in der Großkommune wiederholt zu hören. Von einigen zufrieden, von anderen sehr kritisch. Neue KommunardInnen gingen wieder, weil für ihre Ideen kein Konsens zu erreichen war, vor allem nicht für neue Betriebe. Aber auch Veränderungen bei anderen Absprachen, z.B. über Urlaubszeiten und Kinderbetreuung wurden durch Vetos gestoppt.●

Mehr: www.svanholm.dk

PROJEKT-SPLITTER III: HERAUSFORDERUNG ZUSAMMENARBEIT

Kooperieren und Streiten lernen

Das globalisierungskritische Netzwerk Attac hat Zulauf. Inzwischen arbeiten bundesweit rund 250 Ortsgruppen, viele davon zählen über 50 Mitglieder, fast alle sind sehr heterogen zusammengesetzt. Es ist spannend, welche Prozesse die Gruppen durchleben – und oft richtig anstrengend.

Jutta Sundermann ● Die Gruppen tragen die Welthandelsorganisation in die Fußgängerzonen und informieren über internationale Finanzmärkte. Sie demonstrieren gegen Sozialabbau und diskutieren Alternativen zur neoliberalen Globalisierung. Das bekommt die Öffentlichkeit mit. Hinter den Türen ringen viele von ihnen um ihre Handlungsfähigkeit. Ein paar Gruppen treffen sich bereits nicht mehr, anderen gelingt es nicht, neue Leute zu gewinnen. Wer ein paarmal da war, sucht das Weite oder eine andere Gruppe. Platzhirsche lassen andere nicht zu Wort kommen oder können von Machtkämpfen nicht lassen. Mal dominieren Männer, die vor 35 Jahren schon große Demonstrationen organisiert und gesellschaftliche Visionen diskutiert haben, mal vergraulen junge Anhänger der sozialistischen Gruppe »Linksruck« Interessierte vor Ort. Oder besonders viele »Seltsame« lassen Diskussionen zur Farce und Aktionspläne zu Papiermüll werden.

Die Herausforderung, die die heterogenen Gruppen darstellen, wird jedoch angenommen. Immer wieder gibt es Angebote von Bundesebene, an Gruppenschulungen teilzunehmen oder sich dazu besondere Workshops in die eigene Stadt zu holen. Die Haken und Tücken der Zusammenarbeit kommen auf den Tisch. Die längst-60-jährigen und die mit knapp 20 probieren sich mit Moderation, Konsensprinzip und solidarischer Konfliktlösung. Und zwischendurch steht das kleine Einmaleins der Pressearbeit, des Fundraisings und wirksamer Aktionsstrategien auf der Tagesordnung. Solche Fortbildungsangebote für die GlobalisierungskritikerInnen sind für manche der Teilnehmenden Motivationstankstellen. Auch dafür, denen gegenüberzutreten, die bisher weder einen konstruktiven Streit zuließen, noch an transparenten Entscheidungswegen interessiert waren. Die eine oder andere neue Idee bringt gesunde Unruhe in die Gruppenarbeit oder etwas mehr Kooperation oder Zielstrebigkeit. Manche Übung, die im geschützten Raum des Seminars so einleuchtend war, erweist sich unter den Mitstreitern beim nächsten Plenum allerdings auch als untauglich – that's life!●

Foto: Lothar Kaster

Attac bietet im Februar eine »Gruppenunterstützung unterwegs« an – Wer interessiert ist, kann ReferentInnen zu verschiedenen praktischen Fragen der Gruppenarbeit bestellen.
www.attac.de/regional/index.php

Anzeige

Hilfe, ich bin ein 15-jähriges Wohnprojekt in Berlin-Friedrichshain, das dem Tod durch **Luxussanierung entgehen** will!

Deshalb brauchen meine BewohnerInnen dringend (Klein-)Kredite, um mich zu kaufen.
Mehr unter ***http:/scharni38.flatline.de***

Anzeige

KONFLIKT UM MACHT IN DER »KÖLNER TALENTSKULPTUR«

Die »Monarchin« und das Team

Seit Jahren schwelten die Konflikte. Andrea*, sehr kompetent, sehr fleißig und sehr bestimmend, hielt alle Fäden im basisdemokratisch organisierten Tauschring in der Hand. Beschlüsse des (wechselnd und häufig mager besetzten) Plenums wurden oft manipuliert oder umgangen. Beiträge für's Mitgliederblatt wurden nach Gutdünken abgedruckt oder auch nicht. Mitglieder, die sich daran stießen, bissen auf Granit. KritikerInnen resignierten irgendwann und traten zum Teil aus.

Ariane Dettloff, Redaktion Köln ● Bis sich endlich eine Handvoll Menschen gefunden hatte, um der Mitgliederversammlung eine neue Struktur zur Wahl zu stellen: statt des Plenums, zu dem kommen konnte, wer da wollte, aber immer seltener wer kam, übernahm 2003 ein siebenköpfiges gewähltes »Kernteam« das Management des Tauschrings.

Das Team tagte mitgliederöffentlich und zunehmend kontrovers. Gewählt war von einer Versammlung, die Harmonie bevorzugt, auch Andrea, die sich nun weigerte, den Mit-Teamern Zugang zum Computer mit den Mitgliederdaten zu verschaffen. Ohne ihr Passwort kam niemand rein. Ohne ihren Büroschlüssel kam niemand dran. Der Konflikt eskalierte. Andrea und ein Mitstreiter erschienen nicht mehr zu den Kernteam-Sitzungen. Die Mehrheit des gewählten Teams konnte sich mangels Zugang zu den Daten nicht an die Mitglieder wenden. Da bestellten die Verbliebenen schließlich den Schlüsseldienst und nahmen den Computer an sich, um den Code zu knacken.

Es folgten eine erfolglose Anzeige und per Mitteilungsblättchen ein erbittertes Ringen um die Sympathien der Mitglieder. LeserInnenbriefschlachten wurden ausgetragen, Wunden gerissen und gewaltig Stress erzeugt. Eine Mediation wurde angestrebt, kam aber aufgrund der Zerrüttung des gegenseitigen Verhältnisses nicht zustande. Das Ergebnis war dann schließlich die Spaltung:

Andrea, genannt »die Monarchin«, gründete mit kleiner Gefolgschaft ihren eigenen Tauschring. Sie bietet »ihren« Mitgliedern allerdings frech auch die Dienstleistungen der »Talentskulptur«-Miglieder an. Das haben sich dann viele von denen verbeten. Aber wie weiß ich, wenn jemand anruft und mich fragt, ob sie bzw. er zum Yoga-Kursus kommen kann, ob dieser Mensch in »meinem« Tauschring Mitglied ist? Rückfrage im Büro? Wer will schon so bürokratisch sein?

Man kann den Standpunkt haben: Zellteilung, warum nicht? Dann gibt's halt zwei Tauschringe statt einem. Andererseits: wenn so undemokratisch verfahren wird wie von Andrea, beschädigt das die eh schon eher dünne Bereitschaft zum Engagement. Wer hier die Erfahrung machen musste bzw. muss, wie anstrengend bis schlafraubend Meinungsstreit sein kann, wird eventuell die Lust darauf nachhaltig verlieren – was traurig ist für alle, die auf die Entwicklung von Selbstverwaltung aller gesellschaftlichen Bereiche setzen.

Was haben wir gelernt? Basisdemokratie ist und bleibt mühselig. MonarchInnen kann man allein lassen. Ohne Einsatz läuft nix. Und: wir brauchen manchmal mehr Energie, als wir aufbringen können. Hilfe bieten Solidarität und das Bewusstsein, dass, wie Gandhi sagt, der Weg das Ziel ist.●

* Name von der Redaktion geändert

TEIL 2: ZUCHTHAUSORDNUNGEN UND INSTRUKTIONEN FÜR DAS PERSONAL

Die strenge Hausordnung des Zuchthauses

In einer Zeit, in der es nun wieder vermehrt um Elendsproduktion mit all ihren Folgen für die Gesellschaft geht, hier Agenda 2010 oder spezieller Hartz IV genannt, ist die von uns im Schwerpunkt der letzten Ausgabe begonnene, dokumentierte Vorlesung zur Entstehung der Zuchthäuser, u.a. am Beispiel des Wiener Zuchthauses, besonders interessant und auch als historisches Dokument für eine hoffentlich permanente Diskussion nützlich. Prof. Martin Scheutz, Institut für Geschichte der Universität Wien, stellt die Zuchthausentwicklung als direkte Folge der Armutsverwaltung und -bewältigung dar. Nachfolgend der zweite Teil unserer Dokumentation. (gk)

Martin Scheutz, Wien ● Zuchthäuser als Teil des Besichtigungsprogramms und als Orte der Disziplinierung von Unterschichten gehörten ab der Frühen Neuzeit zu den im Rahmen von Kavalierstouren immer wieder angesteuerten bzw. in topographischen Beschreibungen der Stadt Wien aufgeführten »Sehenswürdigkeiten«. Das 1671 nach längeren Verhandlungen der Niederösterreichischen Regierung mit der Stadt Wien in der Leopoldstadt gegründete Zucht- und Arbeitshaus – nach der Ausweisung der Juden 1669/1670 stand ausreichend undefinierter Stadtraum zur Verfügung – stellt ein Vorbild für weitere multifunktionelle Institutionen dieser Art innerhalb der Monarchie dar. Die Gründung des Wiener Zuchthauses entstammt einer zweiten Welle an Zuchthausgründungen im Heiligen Römischen Reich ab den 1670er Jahren.

Über dem Haupttor prangte als programmatische Benennung von Intention sowie kaiserlicher und kommunaler Gründerperson:
»IMPERANTE LEOPOLDO ET CONSULE DANIELE LAZARO SPRINGER [1614-1687, Bgmst. 1670-1673] S[ACRAE] C[ESAREAE] M[AIESTATIS] C[ONSILIARIO]. DISCIPLINARIUM HOC S[ENATUS] P[OPULUS]Q[UE] V[IENNENSIS] EREXIT. A. M. DC. LXXIII.«

Zur Disziplinierung von Randgruppen

Das auf Grund und Boden der Stadt Wien errichtete Zuchthaus – im Gründungsprivileg meist »Armenhaus« genannt – nahm die Disziplinierung unzüchtiger »Weibspersonen«, Randgruppen und »müßig«-gehender Handwerker ins Visier und betrieb mittels einer Pädagogik der Arbeit, der Strafe und der exakten Zeitökonomie auch eine strenge Erziehung missratener Kinder. Als Zielgruppe der Niederösterreichischen Regierung wie des Landesfürsten firmierte nicht nur das *»herrenloß und starcke Bettler Gesind / sondern auch die trutzige Dienstbotten mann- und weiblichen Geschlechts / deßgleichen die unbändige Handwercks-Pursch / neben andern schlimmen Gesindl / in Specie aber die leichtfertige Weibs-Personen / wie auch derselben Kupplerinen«*. Nach den Vorstellungen Johann Joachim Bechers (1628-1682) transformierten Werkhäuser Bettler in *»nahrhaffte Bürger, [...] es schaffet die Bettler und ledig gehendes Gesinde, woraus endlich Huren, Buben, Diebe und Straßenräuber werden, vom Lande und Strassen.«* Verschiedene Werthaltungen lassen sich an der Nennung dieser Berufsgruppen ablesen. Neben der Aufrechterhaltung traditioneller Arbeitsformen trat das Zuchthaus auch als Zuchtrute für die Beseitigung von Ungehorsam innerhalb der Familien hervor: Es galt *»ungerathene Kinder«* zu bestrafen; *»Unzucht«* einzudämmen.

Der Wiener Magistrat ließ drei nebeneinanderliegende Gebäude miteinander vereinen, sodass Unterbringungsmöglichkeiten für rund 200 Personen vorhanden waren, die abgesonderte Lage und die Lage an der unbesiedelten Heide trug mit zur Objektwahl bei. Weil der Wiener Magistrat mit einer alleinigen Finanzierung des Zuchthauses überfordert schien, wurden neben einem von den Kanzeln verlesenen Spendenaufruf verschiedene Finanzierungsquellen, vorwiegend Aufschläge auf Lustbarkeiten bzw. Luxusartikel (Muscheln), erschlossen: Komödianten, die Betreiber von Glückshäfen, Seiltänzer und Marionettenspieler mussten pro Eintrittskarte Abgaben entrichten, ebenso besteuert wurden Tabak, Spiel- und Kegelstätten oder der Verkauf von (nieder besteuerten) in- und (höher besteuerten) ausländischen Spielkarten. Vermögende Eltern, die ihre Kinder im Arbeitshaus »erziehen« ließen, mussten zu deren Unterhalt beitragen. Das Zucht- und Arbeitshaus durfte zudem Sammlungen veranstalten, Stiftungen und Vermächtnisse empfangen; es erhielt Lebensmittel, Wein und Vieh (später auch zu verarbeitende Materialien wie Wolle) ohne Entrichtung von Zoll oder Maut. Eine von der Stadt Wien angestrebte Besteuerung der adeligen »Freihäuser« wie auch zusätzlich des Prälatenstandes unterblieb zugunsten eines vagen Ansuchens um finanzielle *»Beyhülff«* bei den Landständen sowie der unentgeltlichen Stellung von Salz und Holz. Zusätzlich durften auf vier einspännigen Karren, *»auf deren jeden zwey verschlossene kupferne Kessel und ein Brod-Korb stehe«* – jedoch ohne Ausübung von Zwang, wie im Patent von 1671 betont wird –, Essensreste in der Stadt gesammelt werden.

Arbeitshaus: »zur Straf des Müßiggangs«

Das während der Belagerung Wiens durch die Osmanen 1683 schwer beschädigte Gebäude wurde danach erneut als Zucht- und Arbeitshaus adaptiert, zwischen 1710 und 1720 befand sich das erste *»Hetztheater«* Wiens (Tierhetze) in unmittelbarer Nähe. Im Zuge der großen Pestepidemie fand dieses Gebäude, vermutlich aufgrund seiner Größe und der Möglichkeit einer raschen Räumung, auch als Pestlazarett (*»Lazareth in der Leopoltstatt«*) Verwendung und wurde am 15. September 1713 unter Leitung des Pestphysikus Heinrich Jordan und zweier Infektionschirurgen in neuer Funktion eröffnet. Die im Zuchthaus/Lazarett Gestorbenen mussten des Nachts in geschlossenen Wagen abtransportiert werden. Bis zum Dezember 1713 diente das Zuchthaus als Pestlazarett und wurde dann – aufgrund der *»Miasmen«* und des Pestgiftes – erst wieder 1718 für den Zuchthausbetrieb genutzt. Im Jahr 1724 wurde ausdrücklich festgelegt, dass in der Leopoldstadt *»in das künftige kein Gefangen- sondern ein Zucht- Waisen und Arbeit-Hauß seym solle«*. Das umgebaute Arbeitshaus diente für *»verschiedene Müßiggeher zur Straf des Müßiggangs«*. Ein neben dem Zuchthaus gelegenes Grundstück wurde mit einer *»hohen und starken«* Mauer umfangen, weiters wurden einige *»Manufactur-und Arbeit-Zimmern«* an das bestehende Haus angebaut. Die Insassen des neuen Waisen- und Arbeithauses ließ man *»durch die eigends annehmende Schul- und andere Lehr-Meister zum Theil im Lesen, Schreiben, und Rechnen, mehrentheils aber im Spinnen, Stricken, Tuch- und Käppel- machen, auch anderer gemein-nützlicher Arbeit«* unterrichten.

Im damals mit rund 150 Personen belegten Zuchthaus wurden neben *»Zucht- und Ehrbarkeit«* und einem zweimal täglich zu verrichtenden Gebet vor allem *»Leinwad, Zwilch, Strümpf, und andere Waaren«* erzeugt, die auf den Jahr- und *»Tändel-Märkten«* oder in den offenen Gewölben der Stadt zum Verkauf angeboten wurden. Die Arbeitenden entlohnte man je nach Arbeitsleistung täglich mit 3, 4 oder 5 Kreuzern – dies entsprach dem täglichen Verpflegungssatz von bedürftigen Armen, bei Unterschreitung des Arbeitssolls wurden die Essensrationen gekürzt. Die organisatorisch schwierige Einbringung der *»Spektakelgelder«* führte allmählich zur Umstellung der Einkünfte auf Pauschalsummen: Die Hoftheater mussten gegen Ende des 18. Jahrhunderts jährlich 1.200 Gulden (fl.), die Inhaber des Hetztheaters jährlich 300 fl., das Theater an der Wien ebenfalls 300 fl., das Theater in der Leopoldstadt 250 fl. und die Josefstadt 60 fl. abführen. Daneben erhielt das Zucht- und Arbeitshaus durch das Tabakgefälle 1.300 fl. und durch den Spielkartenverkauf 1.500 fl. an Einnahmen sowie kleinere Abgaben (Billardspiel, Marktabgaben, Legate).

Nach dieser Umbau- und Erweiterungsphase – 1722 forderte eine durch die katastrophalen sanitären Umstände hervorgerufene Epidemie mehrere Tote – wurden die Strafgefangenen 1726 im alten Gebäudeteil, die arbeitenden Personen dagegen in den neuen Gebäudeteilen untergebracht; eine (vorübergehende) Trennung von Arbeits- und Zuchthaus zeichnete sich (1723-1726) ab. Eine zweite, dem Heiligen Lorenz gewidmete Kapelle errichtete man vermutlich im Zuge dieser Umbauarbeiten. Das Zuchthaus und das daneben erbaute Arbeitshaus umfassten schließlich gemeinsam *»gegen fünf hundert ander nicht so strafmäßige, sondern zu Fabricken anwendende, in Betteln oder Müßiggang betretende Leute, auch arme Kinder und Waisen«*. Diese Personen verteilte man so, *»daß die Buben von denen Mägdlein, auch die Erwachsene beederley Geschlechts separiret, übrigens auch die Unschuldige von denen schuldigen oder verdächtigen Leuten abgesondert verbleiben.«* Im Zuchthaus, als einem *»Straf-Ort«*, wurden die Verurteilten *»nach dem Gewicht oder Maaß, bey Straf der Peitschen [zu den] aufgebenen Arbeiten verhalten«*. Bei guter Führung, sobald Häftlinge das *»Fein-Spinnen und Stricken«* wohl »begriffen« hatten, fleißig arbeiteten und die religiöse Unterweisung voranschritt, konnten Häftlinge nach Maßgabe des Urteils einer Kommission sowie der dem Zuchthaus vorstehenden Superintendenten vom Zucht- ins Arbeitshaus überstellt werden. Auch Strafmilderungen bzw. Verschärfungen konnten auf der Basis von Arbeitswilligkeit und Frömmigkeit verhängt werden.

Die in den 1720er Jahren bemerkbare Verschärfung der Bettlergesetzgebung führte dazu, dass »unwürdige« (starke) Bettler vorwiegend ins neuerrichtete Wiener Arbeitshaus eingewiesen werden sollten. Die Wiener Stadtregierung wurde angewiesen, *»daß sie gedachtes Arbeits-Haus so gleich von allem andern Gebrauch leeren, die Zimmer allda in gehörigen Stand setzen; und, damit die zu diesem Vorhaben nöthige Manufacturen und Arbeiten allda eingeführet werden«*. Leichte, ohne große Vorkenntnisse verrichtbare Arbeiten sollten dort ausgeführt werden. Die Grundherrschaften, aus denen die Bettler stammten, mussten nach dem Heimatprinzip für jede Person *»vier Kreutzer in das Zucht-Haus zu reichen schuldig sein.«* Die starken, zu Polizeistrafen verurteilten Bettler mussten im Arbeitshaus Hart- und Eichenholz schneiden, weiters wurden *»derley Bettler zum Marmorschneiden, Steinstossen, Küttmachen und dergleichen, auch in andern geschlossenen Privat-Gebäuden, gegen einen reichenden billigen und der Arbeit gemässen Lohn angehalten«*. Bettelnde Frauen sollten für die *»Orientalische Compagnie«* Spinnarbeiten verrichten. Aber auch das *»Kotzen-Bandmachen und Stikkerey«* lassen sich als Beschäftigung nachweisen; vorzüglich an christliche, beim Ausbleiben derselben an jüdische Lieferanten sollten Waren geliefert werden.

Als der Domherr Anton Marxer (1703-1775), Mitglied der seit 1739 eingerichteten Wohltätigkeitskommission, das Wiener Zucht- und Arbeitshaus in der Karwoche 1742 besuchte, veranlasste die in Augenschein genommene Armut mehrerer Waisenkinder den Geistlichen dazu, den Fabrikanten Johann Michael Kienmayer zur Gründung eines eigenen Waisenhauses am Rennweg zu bewegen. Der Fabrikant ließ neben seiner Fabrik ein zweites Haus errichten, worin Waise aufgenommen, aus dem Fonds der Armenkassa unterrichtet wurden und dafür in der Fabrik arbeiten mussten. Unter Joseph II. lässt sich eine weitere Ausdifferenzierung dieser Institution bemerken: 1783-1786 wurde das Arbeitshaus ausgegliedert, 1787 schließlich erfolgte die Umwandlung des Wiener Arbeits- und Zuchthauses in ein reines Frauen- und Männerzuchthaus, das für ganz Niederösterreich zuständig war. Seit der Aufhebung des Tullner Zucht- und Arbeitshauses 1786 wurde die Wiener Einrichtung zum zentralen Zuchthaus für ganz Niederösterreich.

Die Eröffnung des Zwangsarbeitshauses in der Laimgrube, im ehemaligen Karmeliterkloster, im Jahr 1804 sollte vor allem Sicherheitsinteressen dienen; die polizeilich Eingewiesenen mussten dort Zwangsarbeiten verrichten. Im Jahr 1816 übernahm die Niederösterreichische Regierung die Administration des *»niederösterreichischen Provinzial-Strafhaus«* und schloss 1825 ein eigenes Inquisitenspital (schon davor gab es ein eigenes Arrestantenspital) an. Das mit Schaffung der Zwangsarbeitsanstalt Weinhaus (NÖ.) im Jahr 1868 nur mehr gelegentlich benützte Haus (vorübergehend als Notspital) wurde 1888 auf Betreiben der Bezirksvertretung, die einen im Bezirk gelegenen »Schandfleck« beseitigen wollte und Raum für Stadterneuerung forderte, demontiert.●

Der dritte Teil und Schluss folgt in der nächsten Ausgabe

Quelle:
www.univie.ac.at/igl.geschichte/scheutz/Vorlesungsinhalte/SS2003/vorlesungsinhalte9.htm
die ganze Vorlesungsreihe zur »Geschichte der Armut und des Bettels in der Neuzeit« finden Sie unter:
www.univie.ac.at/igl.geschichte/scheutz/

AVANTGARDE DER LAGER

BERLIN/TUNIS (Eigener Bericht) ● Der Vorstoß des deutschen Innenministers zur Errichtung von Auffanglagern in Nordafrika wird in der EU positiv aufgenommen. Entsprechende Lagerpläne habe man bereits in der Vergangenheit diskutiert, aber später wieder fallen gelassen, sagte EU-Justizkommissar Antonio Vitorino. Falls Berlin an dem beabsichtigten Lagersystem »schon (...) gearbeitet hat«, werde man das in Brüssel »gerne berücksichtigen«. In Deutschland existieren mehrere Lagerkomplexe, die als beispielhaft gelten, weil die dort inhaftierten Flüchtlinge besonders abstoßenden Methoden unterworfen werden. Ziel der Lagerhaltung ist die Beugung des menschlichen Willens.

Die deutschen Lagerkomplexe (Trier, Fürth, Engelsberg, Hormersdorf) fallen in die Zuständigkeit sozialdemokratischer wie konservativer Landesregierungen, so in Rheinland-Pfalz (SPD) und in Bayern (CSU). Die in den Lagern kasernierten Flüchtlinge unterstehen einer Sonderbewachung spezieller Sicherheitsdienste und werden kalkulierten psychischen Belastungen ausgesetzt. Wie der Leiter des Lagers Fürth bestätigt, sind die angewandten Methoden Bestandteil einer »Zermürbetaktik« (1), um die Flüchtlinge zur Aufgabe ihres Asylbegehrens zu nötigen. Auf Veranlassung der Fürther Lagerleitung wurden sie als Hilfskräfte auf Friedhöfen eingesetzt und mussten u.a. Gräber ausheben. Das Verhör- und Kontrollsystem beschreiben die Lagerinsassen als »krankmachend« (2) und »unmenschlich«.

Verborgen

Die deutschen Lager sind Bestandteil einer ausgeklügelten Repressionskette, in der Flüchtlinge u.a. in Sondergefängnissen festgehalten und von dort zwangsweise ins Ausland verbracht werden (»Abschiebehaft«). Sowohl beim Aufenthalt in den Sondergefängnissen wie auch beim Abtransport kommt es regelmäßig zu Todesfällen. (3) Zum Lagerkomplex gehören außerdem Containerunterkünfte auf internationalen deutschen Flughäfen, die in einer fiktiven Konstruktion als »exterritorial« gelten, um einreisenden Flüchtlingen die Abgabe von Asylanträgen unmöglich zu machen. Auch in diesen polizeilich gesicherten Lagerbereichen kommt es zu Zwischenfällen, die der Öffentlichkeit weitgehend verborgen bleiben. Eine umfassende Berichterstattung über das Lagersystem wird sowohl in der deutschen Presse wie im deutschen Fernsehen seit Jahren vermieden. Trotz offenkundiger Bezüge zur konzentrierten Menschenhaltung in früheren deutschen Sammelstellen, die die Ausreise stigmatisierter Bevölkerungsgruppen erzwingen sollten, werden die heutigen »Ausreisezentren« und »Zentralen Rückführungsstellen« (ZRS) weitgehend beschwiegen.

Humanität

Die Lagerkomplexe haben Vorbildfunktion und werden von Berlin in ähnlicher Ausführung für die Außengrenzen der EU vorgeschlagen. In den Niederlanden und der Schweiz bestehen darüber hinaus fensterlose Bunkerlager (4), die mit der Avantgardestellung des deutschen Systems konkurrieren. Die Idee des Berliner Innenministers Schily, die deutsche Lagertechnik auch nach Afrika zu exportieren, systematisiert die territoriale Verlagerung der Flüchtlingsrepression in die Armutsgebiete westlicher Globalisierung. Dort sollen die Migranten als lokale Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, um eine möglichst kostengünstige Wertschöpfung europäischer Investoren zu ermöglichen. Nach Auffassung des Berliner Innenministers, eines bekennenden Anthroposophen, handelt es sich bei seinem Vorstoß um einen Akt »praktische(r) Humanität« (5).●

Anmerkungen:
1) Hier wird zermürbt; Jungle World 03.09.2003
2) Protest gegen »Ausreisezentrum« in Trier: Werden Flüchtlinge in Illegalität gedrängt?; junge Welt 10.02.2003
3) Abschiebung bleibt Mord! Antirassistische Initiativen rufen zu bundesweitem Aktionstag am 30. August auf; junge Welt 30.08.2003
4) Asylbewerber in der Schweiz: Ab in den Bunker; www.tagesschau.de, 09.06.2004
5) Otto Schily: Afrikas Probleme in Afrika lösen; Frankfurter Allgemeine Zeitung 23.07.2004

Link zu diesem Beitrag:
www.german-foreign-policy.com//de/news//article/1090792800.php
veröffentlicht am: 26. Jul 2004
Informationen zur Deutschen Außenpolitik
www.german-foreign-policy.com

Anzeige

LONGO MAI – HOF ULENKRUG, MECKLENBURG-VORPOMMERN

Nicht nur für das Dach über dem Kopf...

Was braucht der Mensch zum Leben? Essen, Trinken, ein Dach über dem Kopf, ein Hemd über der Haut... Die Grundbedürfnisse müssen gedeckt sein, ehe alle anderen aufkommen. Welche Mittel brauchen wir zur Befriedigung dieser Bedürfnisse? Geld. Das einzige, beste, letzte Mittel, wenn man den Ideologen der Marktwirtschaft glaubt.

Herma Ebinger, Hof Ulenkrug ● Wie sehr alles auf diesen letzten Gott reduziert ist, erfahren auch diejenigen, die versuchen, sich wieder andere Mittel anzueignen. Wenn es nur wenige sind, verstreut auf kleine Archipels, bleibt ihre Kooperationsfähigkeit beschränkt. Deshalb ist es für alle, die nach Wegen raus aus der Warengesellschaft suchen, überlebensnotwendig, Mut und Lust auf kollektive Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums zu verbreiten. Und sich zu wehren gegen die totale Enteignung durch die Privatisierer weltweit. Weder für Einzelne noch Kollektive ist es leicht, diese Verhältnisse zu ändern.

Und doch macht es Sinn. Nachdem in der Longo-mai-Kooperative *Hof Ulenkrug* in den ersten fünf Jahren die Voraussetzungen für die Selbstversorgung mit Lebensmitteln geschaffen waren, ging es im Sommer 2000 an das Dach über dem Kopf. Freireisende Wandergesellen stellten während ihrer Solidaritätsbaustelle den Rohbau des Wohn- und Gemeinschaftshauses her. Seither dreht sich vieles um den Bau. Im Herbst 2003 konnte das erste Zimmer provisorisch bezogen werden – von einem Webstuhl, an dem den Winter über die ersten probierten, den Stoff für ein Hemd über die Haut zu weben.

Der Rhythmus des Baugeschehens wird bestimmt durch traditionelle Techniken und Interessierte, die vorbeikommen und Zeit mitbringen. Um im kommenden Winter einige Räume bezugsfertig zu haben, planten wir ein Treffen für diesen Sommer. Wir luden Leute aus den Longo-Mai-Kooperativen und befreundeten Gemeinschaftsprojekten für zwei Monate ein, um gemeinsam zu bauen, den Alltag zu teilen und über Möglichkeiten einer autonomen Lebensgestaltung zu diskutieren.

Beim Dachdecken des neuen Wohn- und Gemeinschaftshauses auf dem Hof Ulenkrug Foto: longo mai

Rund 70 Leute kamen, vorwiegend aus den Longo-Mai-Kooperativen, aber auch von der Berliner Gruppe *K 08*, der thüringischen *Burgmühle Haina*, dem *tiko* aus Wismar, dem belgischen Landprojekt *»Le Hayon«*, den französischen Gruppen aus Rennes, Paris, Rouen und viele andere. Mit ihnen einigten wir uns darauf, den Nachmittag zum Bauen und den Vormittag zur Diskussion zu nutzen.

Während der Vorstellungsrunden der Personen und ihrer Überlegungen zum Begriff Autonomie kristallisierten sich die Themen heraus, die dann in verschiedenen Arbeitsgruppen diskutiert wurden: Wollen wir »Inseln der Seeligen« oder eine für alle lebbare Welt; wie meistern wir den Widerspruch zwischen Alltag und gesellschaftlichem Engagement; welches Verhältnis gibt es zwischen den Generationen, zwischen Kollektiv und Individuum; zwischen den Geschlechtern; welche Strukturen und Kooperationen braucht es, um ein Leben jenseits von Markt und Staat aufzubauen?

Interessant waren die verschiedenen Sichtweisen und Erfahrungen: Da gab es Leute, die seit mehr als 30 Jahre in selbstverwalteten Kollektiven leben; Junge, die hineingeboren wurden und solche, die auf der Suche sind nach Lebensformen, in denen sie dem herrschenden System nicht vereinzelt gegenüberstehen. Und es gab die, die vor und die, die hinter dem Eisernen Vorhang gelebt haben.

Jetzt ist die herrschende Warengesellschaft dabei, mit Hilfe der Gentechnik praktisch das gesamte genetische Material aller Lebensformen als Ressource zugänglich und damit verwertungsfähig zu machen. Diese Gesellschaftsform begann mit der gewalttätigen, blutigen Akkumulation von Kapital in den sich auflösenden Feudalgesellschaften. Seither ist sie bemüht, alles Lebendige in Totes (Geld, Ware) zu verwandeln und greift nun gentechnisch auf die letzten Ressourcen zu, um sie zu kapitalisieren. Dagegen wollen wir Widerstand leisten und gemeinsam nach Möglichkeiten suchen.

Am Sommertreffen wurden nicht nur die großen Zusammenhänge diskutiert, es ging auch um die Schwierigkeiten, Widersprüche, Probleme, die ein Leben in einem Kollektiv mit sich bringt: Konflikte zwischen Jungen und Alten, Frauen und Männern, dem Einzelnen und der Gruppe... Das Ansprechen bedeutet noch nicht die Lösung, deshalb wollen wir diese Diskussionen an allen Orten, an denen wir leben, weiterführen. Und uns damit befähigen, lebenslang kollektiv und individuell immer wieder alles in Frage zu stellen, nach neuen Antworten zu suchen. Vieles aus den Diskussionen konnte im direkten Zusammenleben während dieser Wochen schon mal erprobt werden, beim Ernten im Garten und auf dem Feld, beim Mahlzeiten bereiten, beim Wäschewaschen, beim Bauen und beim Feiern.

An den Nachmittagen wurden Wickel aus Stroh und Lehm für die Decken gedreht, Wände mit Lehm gestopft, elektrische Leitungen verlegt, alte Korken für die Fussbodenisolierung sortiert und geschreddert. Zum Bau des Lehmofens mit einer langen Ofenbank für den Gemeinschaftsraum kam Nick, ein Ofenbauer aus der Steiermark, mit seiner ganzen Familie für ein paar Tage zum Treffen.

An mehreren Abenden gab es Feste – jeder Geburtstag, fast jede Ankunft oder Abfahrt wurde genutzt, um zu feiern. Beim Feiern kamen wir darauf, dass fröhliche Befriedigung aller sinnlichen Bedürfnisse und Lust am Leben subversive Formen sind, die wir kultivieren wollen. Und wir träumten laut davon, dass immer mehr Menschen aus lebensfeindlichen Strukturen desertieren, um sich in alltagsnaher Praxis den gesellschaftlichen Reichtum und soziale Rechte wieder anzueignen. Hier und überall auf der Welt.●

INTERNATIONALE LIGA FÜR MENSCHENRECHTE VERLEIHT CARL-VON-OSSIETZKY-MEDAILLE 2004

Wie jedes Jahr verleiht die Internationale Liga für Menschenrechte anlässlich des Tages der Menschenrechte im Dezember die Carl-von-Ossietzky-Medaille an Personen, die sich um Verteidigung, Durchsetzung und Fortentwicklung der Menschen- und Bürgerrechte besonders verdient gemacht haben sowie an Menschen, die vorbildliche antifaschistische und antirassistische Arbeit leisten.

Das Kuratorium der Liga unter Vorsitz von Hilde Schramm hat die Carl-von-Ossietzky-Medaille in diesem Jahr folgenden Personen zuerkannt: Esther Bejarano, Peter Gingold und Martin Löwenberg, alle drei Verfolgte des Naziregimes und aktive Antifaschisten, sowie Percy MacLean, Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Berlin. Alle vier Preisträger werden für ihren auf unterschiedliche Weise geführten politischen und rechtlichen Kampf gegen Diskriminierung, Rassismus und Neonazismus in dieser Gesellschaft ausgezeichnet.

● Percy MacLean (Berlin) soll für sein aufklärerisches Wirken und seine dem Antidiskriminierungsgebot verpflichtete justizielle Tätigkeit, insbesondere für politisch Verfolgte und Bürgerkriegsflüchtlinge, gewürdigt werden. Gerade in Flüchtlingsfragen setzte er mit seinem gesamten Engagement – oft genug gegen starke Widerstände aus Behörden und Politik – deutliche Akzente für einen umfassenden Menschenrechtsschutz. So hatte er sich als erster Direktor des neugegründeten »Deutschen Instituts für Menschenrechte« dafür eingesetzt, nicht allein Menschenrechtsverletzungen in aller Welt zu thematisieren, sondern auch die Menschenrechtssituation in Deutschland zu beleuchten – z.B. den Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern, rassistische Übergriffe und Diskriminierungen, Vollzug und Dauer der Abschiebehaft sowie die deutsche Abschiebepraxis. Den Schwerpunkt auf Menschenrechtsfragen im eigenen Land zu legen, war ihm wichtiger als das Amt: Nachdem man – unter Verletzung der von den Vereinten Nationen geforderten Unabhängigkeit des Instituts – in deutschlandspezifische Projekte eingegriffen und eine Schwerpunktsetzung im internationalen Bereich verlangt hatte, erklärte er seinen Rücktritt.

● Esther Bejarano (Hamburg), Tochter einer jüdischen Familie, wurde 1943 nach Auschwitz-Birkenau verschleppt, wo sie dank ihrer musikalischen Fähigkeiten als Akkordeonspielerin im legendären Mädchenorchester des KZ überlebte. Später wird sie ins KZ Ravensbrück überstellt, wo sie Zwangsarbeit für den Siemens-Konzern verrichten muss. Ende April 1945 gelingt ihr die Flucht aus dem Todesmarsch. Nach der Befreiung ging sie nach Palästina und kehrte in den 60er Jahren aus Israel nach (West-)Deutschland zurück – in die Heimat der Mörder ihrer Familie. Sie tritt als Künstlerin und Zeitzeugin auf, klärt Menschen, insbesondere Jugendliche, über das NS-Regime sowie über neonazistische Strömungen in der Gegenwart auf. Die 79jährige kämpft bis heute gegen Rassismus und Neonazismus, mit Zivilcourage demonstriert sie gegen Rechtsradikale und ihre martialischen Aufmärsche.

● Peter Gingold (Frankfurt/M.), aus Nazideutschland nach Frankreich entkommen, war aktiver Widerstandskämpfer gegen das Naziregime im besetzten Frankreich. Er wurde von der Gestapo verhaftet, für Wochen inhaftiert und gefoltert, bis ihm die Flucht gelang. Nach dem Krieg konnte er als ehemaliger Widerstandskämpfer und Kommunist in Deutschland nur schwer wieder Fuß fassen. Er und seine Familie mussten sechs lange Jahre um die Erlangung der bundesdeutschen Staatsbürgerschaft kämpfen – wegen »Zweifeln« an ihrem Bekenntnis zur »freiheitlich-demokratischen Grundordnung«. Deswegen wurde seine Tochter Silvia Mitte der 70er Jahre mit einem Berufsverbot belegt. Erst nach langen Prozessen und heftigen Protesten wird sie schließlich als Lehrerin im Schuldienst eingestellt, aber nie verbeamtet. Peter Gingold und seine Frau Ettie sind seit den 60er Jahren in der Friedensbewegung und der antifaschistischen Bewegung aktiv – entsprechend ihrer Lebensaufgabe, alles zu tun, »damit nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg von Deutschen ausgeht«. Peter Gingold ist Bundessprecher der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes« (VVN-BdA). Als Zeitzeuge ist der heute 88jährige vor allem bei jungen Menschen ein beliebter und angesehener Gesprächspartner.

● Martin Löwenberg (München) hat Konzentrationslager und Zwangsarbeit überlebt. Er gehört zu den Gründungsmitgliedern der VVN. Aus politischen Gründen wurde er in der jungen Bundesrepublik verfolgt und verhaftet – wegen seines sozialistischen und antifaschistischen Engagements in einer Organisation, die vom Staatsschutz im Kalten Krieg als »Tarnorganisation« der verbotenen KPD eingestuft worden war. Zweimal stand er vor Gericht, zweimal wurde er zu jeweils 10 Monaten Haft verurteilt – allein wegen seiner gewaltlosen, linksoppositionellen Betätigung und Gesinnung. Im Jahre 2003 stand er wieder vor Gericht: Diesmal wurde er zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er dazu aufgerufen hatte, sich in München einem Aufmarsch von Alt- und Neonazis in den Weg zu stellen. Erst kürzlich ist seine Berufung verworfen worden, so dass der heute 79jährige für sein antifaschistisches Engagement rechtskräftig verurteilt ist. Die »Süddeutsche Zeitung« titelte: »Ex-KZ-Häftling wegen Nazi-Protest verurteilt«.

Martin Löwenberg, Peter Gingold und Esther Bejarano stehen stellvertretend für zahllose andere,

- die in der NS-Zeit aus rassischen und/oder politischen Gründen verfolgt worden waren,
- die meist aktiv im Widerstand gegen das Naziregime gekämpft hatten,
- die nach 1949 in den ersten beiden Jahrzehnten der Bundesrepublik wegen ihres antifaschistischen und sozialistischen Engagements, auch im Zuge der Kommunistenverfolgung, kriminalisiert und teils inhaftiert wurden,
- die sich als Überlebende des Naziterrors oder ehemalige Widerstandskämpfer in der Bundesrepublik aktiv gegen Rassismus und Neonazismus engagiert haben und immer noch engagieren,
- die Mitglieder und Repräsentanten der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes« (VVN) sind.

Mehr Infos: www.ilmr.org●

KONFERENZ SOCIAL ENTERPRISE NETWORK IN LIVERPOOL

Socialising the global economy

Vom 15. bis 18.9. fand eine Konferenz in Liverpool zum Thema »Socialising the Global Economy« statt. Die Konferenz wurde vom »Social Enterprise Network« (SEN) organisiert, einem Netzwerk von 270 Sozialbetrieben in der Region Greater Merseyside rund um Liverpool. Rund 200 TeilnehmerInnen aus 20 Ländern waren dabei.

von Ralf Berger, Redaktion Köln ● Liverpool hat schon fast hinter sich, was in der Bundesrepublik gerade abläuft: Deindustrialisierung und Deregulierung. Die Hafenstadt hat in den letzten fünfzehn Jahren die Hälfte seiner Einwohner verloren, die traditionellen Industrien bestehen kaum noch. Die Verslumung in der Innenstadt, vor einigen Jahren noch akut, wurde durch (Luxus)Sanierung zum Teil aufgehalten. In den deindustrialisierten Vororten sieht es aber ziemlich düster aus.

Was auffällt, ist eine größere Aktivität der arbeitslosen Menschen als in Deutschland. Die Anzahl der Projekte und Sozialbetriebe ist wesentlich höher als bei uns. Die Bandbreite reicht von normalen Dienstleistungsbetrieben – Existenzgründungen, die öffentlich gefördert werden, bis hin zu Selbsthilfe- und Kollektivbetrieben. Förderlich dabei sind Beratungsbüros, die den Betrieben neben einer allgemeinen Beratung viel bürokratische Arbeit abzunehmen scheinen. Gelder gibt es vom City Council (Stadtrat), der nach dem Zusammenbrüchen der konservativen Partei und »Old – Labour« von den Liberaldemokraten beherrscht wird. Finanzierungen gibt es des weiteren von speziellen Kreditinstituten und vielfach, häufiger als bei uns, von der EU. Subjektiv scheint mir die Stimmung von viel Aktivität im Kleinen, aber auch von politischer Perspektivlosigkeit im Großen geprägt. Die Aktivisten, mit denen ich sprach, haben ihre »großen« politischen Perspektiven alle aufgegeben (das hat in England immer viel mit der Entwicklung der Labour Party zu tun).

Den Auftakt der Konferenz machte COMMECT, ein Zusammenschluss von Sozialbetrieben aus den Commonwealthländern (Kanada, Neuseeland, Australien, Indien, Pakistan, Malaysia usw). Hier ging es um die Verteilung eines Commonwealth-Sozialtopfes, an dem verschiedenste Organisationen teilhaben. Die teilnehmenden Betriebe und Projekte deckten das ganze Spektrum ab – von »Jobs Australia« (halbstaatliches Beschäftigungsprogramm), über ein kanadisches Netzwerk (lokale Ökonomie bis zu Indianerorganisationen) bis hin zu Selbsthilfebetrieben aus Indien auf kollektiver Grundlage (in Indien sehr verbreitet).

Am Donnerstag begann die eigentliche Konferenz. In den Referaten und Diskussionen ging es um politische und finanzielle Rahmenbedingungen, Vernetzung, um Gleichheit, Vielfalt und Nachhaltigkeit. Aber auch interne Probleme bei Rechenschaft und Führungsformen wurden erörtert. Am 18.9. fand das Treffen des Europäischen Netzwerkes für ökonomische Selbsthilfe und lokale Entwicklung statt. Hier haben sich seit 1994 (erste Konferenz in Dessau mit starker Beteiligung aus Ostdeutschland) eine Reihe von lokalen Initiativen zusammengeschlossen, koordiniert von Mary Mellor (England), John Pearce (Schottland) und Karl Birkhölzer (Berlin). Das Netzwerk hatte in den 90er Jahren durch einen Gründungsboom in einigen Regionen und einer grundsätzlichen Orientierungsdiskussion einen Höhepunkt an Aktivitäten, die in den letzten Jahren abgeflaut sind, u.a. auch weil Leute die das Netzwerk getragen haben ausgeschieden sind. Das Koordinierungsgremium wurde neu gewählt und der Beitritt in die europäische Genossenschaftsorganisation CECOP beschlossen.

Ein Problem bestand für mich darin, dass höchst unterschiedliche Betriebe in höchst unterschiedlichen Ländern recht beliebig nebeneinander standen und es kaum eine Zuspitzung auf bestimmte Fragen gab, da die einzelnen Beispiele kaum miteinander vergleichbar waren.●

Kontakte und Kongressmaterialien:
Social Enterprise Network, www.sen.org.uk
E-Mail: info@sen.org.uk
Europäisches Netzwerk ökonomische Selbsthilfe und lokale Entwicklung
www.european-network.de
E-Mail: euronet@tu-berlin.de

SCHULGENOSSENSCHAFT, DÜSSELDORF

Wir-eG macht Schule – oder

– Hut ab! vor einer ganz neuen Organisationsform

Am Samstag, den 25.9.2004 fand an der Joseph-Beuys-Gesamtschule in Düsseldorf die Gründung einer Schulgenossenschaft mit Namen »Hut ab!« statt. Sie ist anders als die Schulgenossenschaften, in denen sich manche Waldorf-Schulen organisiert haben. Und auch anders als die zwei Genossenschaften, die in Baden-Württemberg Berufschülern helfen, mit ihren Dienstleistungen in den Markt zu treten. Mit dieser Schulgenossenschaft gehen Eltern, Lehrer und Schüler einer allgemein bildenden Gesamtschule erstmals ganz bewusst den genossenschaftlichen Weg, um Schülerfirmen einerseits einen besseren Stand am Markt zu verschaffen, andererseits nicht primär für die Kapitalmehrungsziele von Anteilseignern, sondern in erster Linie für die Nutzer und Nutzerinnen zu arbeiten.

Ladeneröffnung der Schülergenossenschaft Hut ab

Nicole Göler von Ravensburg, Red. Genossenschaften ● An der Joseph-Beuys-Gesamtschule gibt es nun schon im vierten Jahre Schülerfirmen. Während im ersten Jahr die Schülerfirma als Arbeitsgemeinschaft initiiert wurde, findet ein Teil der Arbeit an der Schülerfirma seit dem zweiten Jahr im Unterricht statt, nämlich im Wahlpflichtfach WP II. In der Regel arbeiten an den Schülerfirmen Schüler der neunten und zehnten Jahrgangsstufe mit. Sie erhalten im Zeugnis eine Note und/oder ein Zertifikat für die Mitarbeit an der Schülerfirma, was sich bei Bewerbungen gut ausnimmt. Zudem bringen die Schüler meist auch Freizeit in die Schülerfirma ein.

Für diese Freizeit werden sie mit geringen Stundenlöhnen vergütet: 2 bis 4 EUR brutto pro Stunde. Um die Realität des Wirtschaftslebens widerzuspiegeln, werden von diesen Bruttolöhnen etwa 30% als Sozialabgaben und Steuern einbehalten. Diese Abgaben werden dazu verwendet werden, die Mitgliedschafts- bzw. Prüfungsgebühren zu finanzieren, die alle zwei Jahre für die Schulgenossenschaft anfallen. Die *Hut ab!*-Schulgenossenschaft möchte sich dem Zentralverband der Konsumgenossenschaften anschließen, der sie auch in der Gründungsphase berät.

Lernen durch Praxis

Auf die Idee, eine »Trägergenossenschaft« einzurichten, kam man aus verschiedenen Gründen. Die Unabhängigkeit von Interessenverbänden und die Alternative zum Modell der Aktiengesellschaft, die fester Bestandteil zahlreicher aus der Wirtschaft geförderter Förderprogramme für Schülerfirmen ist, spielten hierbei eine Rolle. Wichtig war ebenso die Hoffnung, über eine eingetragene Rechtsperson besser im Großhandel einkaufen zu können. Zudem entziehen sich Länder und Gemeinden mehr und mehr der Verantwortung für die Finanzierung von Schulen. Gleichzeitig wird die Öffnung der Schule und ihre Selbstständigkeit in zahlreichen Verordnungen und Modellprojekten propagiert.

In Düsseldorf wurde dies zum Anlass genommen, mittels der Schülerfirma J.B. Services gebrauchte Schulbücher und günstigeres Schulmaterial zu besorgen und in der Schule zu vertreiben. Im laufenden Schuljahr werden die neu dazugekommenen Schülerfirmen Medien-Service (bspw. Videoaufnahmen) und Jugend-Service (Angebot von Haushaltshilfen und Besorgungen) die Palette der verfügbaren Dienstleistungen erweitern. Die Gründungsmitglieder hoffen, die bisher bestehenden drei Schülerfirmen dabei unterstützen zu können, gleichberechtigt und in solidarischer Selbsthilfe zu lernen und dabei gleichzeitig die wirtschaftlichen Interessen der Schulmitglieder zu fördern. In den Schülerfirmen sollen die Schüler neben wirtschaftlichem Wissen insbesondere Kreativität, Selbstverantwortung, Selbstständigkeit und Selbstbewusstsein dazugewinnen.

Solidarität nach außen

Das Projekt Schulgenossenschaft hat es jedoch nicht nur auf Solidarität nach innen abgesehen. Im März 2004 konnten schon die ersten Lehrer anderer Schulen von den Erfahrungen der Joseph-Beuys-Gesamtschule profitieren. In einem externen Workshop zum Thema wurde deutlich, dass das Betreiben einer genossenschaftlichen Schülerfirma zwar genauso viel betriebswirtschaftliches Know-how verlangt, wie jede Schülerfirma. Es wurde aber auch klar, welche bedeutende Rolle das Gefühl der »Eignerschaft« und der Fördergedanke, beides Schlüsselmerkmale der Genossenschaft, für die Motivation spielen.

Daneben wurde deutlich, dass die von der Bildungspolitik allenthalben geforderte Erweiterung der Freiräume für Schulen und die praktische Kooperation von Schülern, Eltern, Lehrern, Schulleitungen und Schulträgern sich nicht mehr nur auf ideelle Zwecke beschränken kann. So war der Workshop ein wichtiger Schritt für die Schulgemeinschaft der Georg-Ackermann-Gesamtschule in Breubach im Odenwaldkreis, sich ebenfalls für die Gründung einer Schulgenossenschaft zu entscheiden. Hier will man neben einem Dach für Schülerfirmen auch den Betrieb einer Schulmensa in genossenschaftlicher Eigenregie übernehmen. Weitere Workshops für Interessierte Lehrer, Eltern und Schüler zum Thema Schülerfirmen in genossenschaftlicher Organisationsform sind für die nahe Zukunft geplant. Termine hierfür und andere Informationen rund um Schulgenossenschaften finden sich im Internet auf: www.genoatschool.de●

ASSISTENZGENOSSENSCHAFT, HAMBURG

Selbstbestimmt leben – aus Patienten werden Kunden

Welche Hilfe sie benötigen und welche Fähigkeiten und Qualifikationen Menschen haben müssen, von denen sie Unterstützung bekommen, wissen auf fremde Hilfe angewiesene Menschen selbst am besten. Die Hamburger AssistenzGenossenschaft eG (HAG) ist ein gemeinnütziges Unternehmen mit einem besonderen Angebot. Sie unterstützt behinderte Menschen, ihre Wünsche und Bedürfnisse zu äußern und ihren Lebensalltag aktiv zu gestalten.

Gerlinde Geffers, Red. Genossenschaften ● »Es war, als habe ich meinen 18. Geburtstag gefeiert.« Als im Oktober 1994 die ersten Assistentinnen für sie arbeiten, ist Frau S. endlich wieder Herrin im eigenen Haushalt. Die 54-jährige ist seit fast 17 Jahren querschnittgelähmt. In den ersten Jahren nach ihrem Unfall diktierte ein ambulanter Pflegedienst ihre Tage. Er wählte die Pflegekräfte aus, die ihr beim An- und Ausziehen, beim Zu-Bett-Gehen, beim Toilettengang oder bei der Körperpflege halfen. Er legte auch deren Einsatzzeiten fest. Mühsam erstritt sich Frau S., nicht schon um 20 Uhr ins Bett gesteckt zu werden. An Fragen vom Typ »Wie haben wir heute geschlafen?« hat sie sich nie gewöhnt. Sie will nicht wie ein Kind bevormundet werden, sondern ihr Leben selbst bestimmen.

Eigenes Unternehmen

In der Frauengruppe des Vereins »Autonom leben« fand sie Mitstreiterinnen. Dort lernte sie das Prinzip der Assistenz kennen: Behinderte Menschen suchen selbst ihr Personal aus, das ihnen auf ihre Anweisung die benötigte Hilfe leistet. Ein Ansporn. Frau S. beteiligte sich aktiv an der Gründung der Hamburger Assistenzgenossenschaft (HAG). Ein Anteil von 250 Mark machte sie zur Miteigentümerin eines Unternehmens, das persönliche Assistentinnen und Assistenten vermittelt und formal einstellt. Ein vierköpfiges Leitungsteam begleitet die Assistenz-Teams fachlich und inhaltlich. Es koordiniert auf Wunsch die Einsätze und rechnet mit den Kassen und Sozialämtern ab. Welche Personen ihnen persönlich assistieren, das entscheiden die Assistenznehmerinnen und -nehmer allein.

Inzwischen beschäftigt die HAG 170 Assistentinnen und Assistenten. Die meisten dieser Laienkräfte arbeiten Teilzeit rund 20 bis 25 Stunden. In festen Teams von sieben bis neun Assistenten unterstützen sie derzeit 31 Menschen, die wegen eines Unfalls oder einer angeborenen Behinderung rund um die Uhr auf Hilfe angewiesen sind. Um sicherzustellen, dass die HAG im Sinne der Kundinnen und Kunden geführt wird, arbeiten Vorstand, Aufsichtsrat und AssistenznehmerInnenversammlung eng mit der Leitung zusammen.

Expertin für sich selbst

Susanne Friedemann war von Anfang an Mitglied der Geschäftsführung. Anfangs empfand die gelernte Krankenschwester die Arbeit als »total herausfordernd«. Susanne Friedemann war es gewohnt zu wissen, was für Patienten gut und richtig ist. Es sei ein Prozess gewesen, den Assistenznehmern zuzutrauen, »dass sie es besser wissen«. Heute spricht sie völlig selbstverständlich von Kundinnen und Kunden. Wenn sie den Kunden Assistenten vorschlägt, dann prüft sie zuvor deren psychische und körperliche Belastbarkeit, Kontakt- und Kommunikationsfähigkeit. Entscheidend aber sei das Menschenbild.

Wer Assistentin werden wolle, müsse jedem Menschen zutrauen: »Ich bin Experte meiner Person.« »Die Assistentinnen wissen, dass wir unseren Kopf noch haben«, sagt Frau S.. Sie ersetzen ihr die Beine und die gelähmte rechte Hand. Mehr nicht. So braucht sie eine Assistentin, die ihr Kartoffeln schält, sie kann aber in ihrer rollstuhlgerecht eingerichteten Küche bequem am Herd sitzen und kochen. Sie kann mit dem Rollstuhl auch kleinere Einkäufe erledigen, für den Transport größerer Stücke ist sie auf Hilfe angewiesen. Sie weiß, was sie braucht und gibt genaue Anweisungen. Die Assistentinnen müssten ihr nicht »jeden Wunsch von den Augen ablesen«, dafür aber die Aufgaben so erledigen, wie sie es wünscht – auch wenn sie es bei sich zu Hause ganz anders machen würden.

Menschenwürdige Pflege

Genossenschaftliche Selbsthilfe ist ein in die Zukunft weisender Weg, auf den Rückzug des Staates aus der sozialen Unterstützung Benachteiligter zu reagieren. Ein Beispiel dafür sind die Assistenzgenossenschaften, in denen Menschen mit Handicaps ihre Assistenz selbst organisieren. Die Evangelische Fachhochschule für Sozialpädagogik des Rauhen Hauses und der Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften führten am 20. Oktober 2004 eine Tagung über diesen Weg zur Sicherung von Selbstbestimmung und Menschenwürde durch in Kooperation mit innova Entwicklungspartnerschaft für Selbsthilfegenossenschaften.
(www.innova-eg.de) Informationen zur Tagung: E-Mail: info@zdk-hamburg.de, www.zdk.coop

Nähe und Distanz

Anweisungen zu geben fällt nicht allen leicht. Frank Israel hat das mühsam lernen müssen. Der 32-jährige kann seit einem Badeunfall vor zehn Jahren nicht einmal seine Hände bewegen. Er habe »oft ein schlechtes Gewissen« gehabt, andere zu bitten, sich nach seinen Wünschen zu richten – zum Beispiel, wenn es ums Putzen geht. Besonders die Anfänge seien aufreibend. So arbeitet sein Assistent Lars Lewerenz bereits seit einem Jahr für ihn, wirklich »angekommen« sei er erst vor drei, vier Monaten. Gut eingearbeitete Assistenten kennen die täglichen Abläufe so gut, dass nicht mehr viel gesagt werden muss. »Dann macht es für beide Spaß«, sagt Frank Israel. Denn es spart Zeit und Kraft und schafft Raum, sich mit anderen Dingen zu beschäftigen.

Assistenz ist ein Balanceakt. Für alle Beteiligten. Nähe und Distanz müssen genauso im Gleichgewicht gehalten werden wie Abhängigkeit und Selbstbestimmung. »Sie sind nicht meine besten Freudinnen«, sagt Frau S. über ihre Assistentinnen. Sie wahrt ihre Privatsphäre. Wenn sie allein sein will, macht sie die Tür zu. Wenn sie telefoniert, klopfen die Frauen an. Was es heiße, ständig eine fremde Person um sich herum zu haben, das könnten Nichtbehinderte nicht nachempfinden, sagt Frau S.. Heikel werde es, wenn sie fühle, »dass die Assistentin eigentlich gehen sollte«, sie aber wisse, dass sie sie noch brauche.

Konflikte gehören dazu

Wenn bis zu neun Assistenten abwechselnd den Alltag bevölkern, dann sind Konflikte unvermeidbar. Mal überrollt die Assistenz die Kundin mit ihren Vorschlägen, mal spricht der Kunde seine Erwartungen nicht klar aus. Frank Israel fiel es in den ersten Jahren schwer, die Grenze zwischen Arbeit und Freundschaft zu ziehen. »Das ging ziemlich nach hinten los«, erzählt er. Die HAG habe ihm geholfen, sich zu klären und sich schließlich von zwei Assistenten zu trennen. »Wir haben alle Konflikte, die in Beziehungen auftreten«, sagt Susanne Friedemann. Sie sind umso leichter zu bewältigen, je besser die Assistentinnen qualifiziert sind und je klarer die Kundinnen und Kunden ihre Arbeitgeberrolle ausfüllen. Wichtig sei, so Friedemann, dass beide in Kontakt bleiben.

Damit nicht unnötig Sand ins Getriebe gerät, hat die HAG zwei Personen als Praxisbegleitung eingestellt. Sie betreuen die Teams, sind Ansprechpartner bei Konflikten und helfen bei ihrer Bewältigung. Außerdem bietet die HAG Fortbildungen an. Zu den klassischen Themen gehört die Frage: Was ist Selbstbestimmung praktisch?

»Assistenz ist für behinderte Menschen optimal«, sagt Frau S. nach fast zehn Jahren Erfahrung. Dabei weiß sie, dass das Optimum hart erkämpft werden muss. Seit der Markt mit ambulanten Diensten überschwemmt sei, versuchten die Sozialämter persönliche Assistenz zu vermeiden. Denn die Hamburger Assistenzgenossenschaft rechnet Stunden ab. Da ihre Kundinnen und Kunden durchschnittlich zwölf Stunden am Tag Assistenz benötigen, ist das teuer. »Man muss die Kraft haben, das durchzusetzen«, sagt Susanne Friedemann. Der Weg sei aufreibend, aber lohnend, meint Frau S.. »Wer selbstbestimmt leben will, hat keine Alternative.«●

Kontakt: Hamburger Assistenzgenossenschaft, Haubachstraße 76, D-22765 Hamburg, Tel: (0 40) 30 69 79-0, E-Mail: kontakt@hag-eg.de

Zivildienst im Bereich der erneuerbaren Energien

Redaktion Heidelberg ● Anerkannte Kriegsdienstverweigerer haben nun auch die Möglichkeit, den Zivildienst auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien zu leisten. Darauf haben sich Bundesfamilienministerin Renate Schmidt und Bundesumweltminister Jürgen Trittin verständigt. Eine Ergänzung im Merkblatt des Bundesamtes für den Zivildienst (BAZ) schafft die Voraussetzung dafür: Neben den Einsatzfeldern im sozialen Bereich und den bisher bereits möglichen Tätigkeiten im Umweltschutz, im Naturschutz und der Landschaftspflege sowie im Gewässer- und Wasserschutz können Zivildienstleistende künftig auch rund um Solarenergie, Wasser- und Windkraft, die energetische Nutzung von Biomasse und Geothermie ihren Dienst leisten.

In den nächsten Wochen werden in einem ersten Schritt mögliche Einsatzstellen konzipiert und registriert, die das BAZ anerkennen wird. Voraussetzung hierfür ist, dass die Träger der Einsatzstellen gemeinnützig sind und dass durch den Einsatz der Zivildienstleistenden keine Stellen auf dem ersten Arbeitsmarkt verdrängt werden. Außerdem sollen die Dienstleistenden eine möglichst praktische Tätigkeit mit nur geringer Verwaltungstätigkeit ausüben.

Ein Beispiel: Ein gemeinnütziger Träger eines großen Windparks in Norddeutschland richtet ein angeschlossenes Informations- und Forschungszentrum ein. Dort könnten dann zur Besucherbetreuung, für die Instandhaltung der Einrichtungen, für Hilfsarbeiten im Forschungsbereich usw. auch Zivildienstleistende eingesetzt werden. Das gleiche gilt selbstverständlich auch für öffentliche wissenschaftliche und Bildungseinrichtungen.●

Weitere Informationen gibt es im Internet unter www.zivildienst.org und www.erneuerbare-energien.de

Jörg Fauser

»Auch Schriftsteller müssen Miete zahlen ... und ab und zu einen Schnaps trinken«

In diesem Jahr wäre der Schriftsteller Jörg Fauser 60 Jahre alt geworden, er starb in den Morgenstunden des 17. Juli 1987, kurz nach vier Uhr früh, als Fußgänger auf der Stadtautobahn München, tödlich erfasst von einem LKW, nachdem er zuvor mit Freunden seinen 43. Geburtstag gefeiert hatte.

Fauser war sehr vielseitig. Er schrieb Kolumnen, Reportagen, Radioessays, Filmkritiken, Kurzgeschichten, Drehbücher, Hörspiele und Gedichte, portraitierte Emma Goldmann, Angela Davis und Clara Zetkin für den Frauenfunk des Hessischen Rundfunks, übersetzte Songs von James Taylor und den Rolling Stones und textete u. a. *Blues in Blond* und *Der Spieler* für den deutschen Rockmusiker Achim Reichel. Für Harry Rowohlt war Fauser »ein Profi, der alles schreiben konnte, was angesagt war.« Der endgültige literarische Durchbruch gelang Fauser mit seinen Romanen, von denen *Rohstoff* und der mit Marius Müller Westernhagen in der Hauptrolle verfilmte Drogenkrimi *Der Schneemann* die bekanntesten sind.

Erstmalig haben Matthias Penzel und Ambros Waibel aus Rundfunk- und Pressearchiven und aus zahlreichen Gesprächen mit Weggefährten umfangreiches Faktenmaterial zum Lebensweg Jörg Fausers zusammengetragen. Dabei betten sie Fausers Entwicklung, seine Beziehungen, Freundschaften, Reisen, Wohnortswechsel, sein journalistisches und literarisches Schaffen jeweils in den zeithistorischen Kontext. Penzel und Waibel beschränken sich nicht auf das Auflisten ermittelter Begebenheiten, sondern nehmen eigene Würdigungen vor und setzen sich auch mit der Rezeption Fausers Veröffentlichungen auseinander. Der Roman *Rohstoff* ist für sie ein großes Kunstwerk und sein bestes Buch. »Rätselhaft, ja skandalös, dass *Rohstoff* nicht zur Standardlektüre deutscher Schüler zählt,« bilanzieren sie. Die Erzählungen *Tophane* und *Alles wird gut* halten sie hingegen für keine Meisterwerke.

Fausers Leben verlief rasant und spannungsreich, stets angetrieben von dem Verlangen, Schriftsteller zu werden. Geboren als Sohn des Malers Arthur Fauser und der Schauspielerin Maria Fauser wuchs er im linksliberalen Klima Frankfurts auf. Durch Vermittlung der Mutter wirkte Jörg bereits als Kind in diversen Radio- und Fernsehproduktionen des Hessischen Rundfunks mit. Nachdem er im Juni 1964 als Kriegsdienstverweigerer anerkannt worden war, verbrachte er den Sommer in London, dort machte er erste Erfahrungen mit Heroin und synthetischen Opiaten. Mehr zufällig lernte er beim Jobben auf dem Fischmarkt im Eastend englische Anarchisten und Veteranen des im spanischen Bürgerkrieg praktizierten Anarcho-Syndikalismus kennen, die sein politisches Interesse auf die Ideale des Anarchismus lenkten. In der Folge schrieb er mehrere Beiträge für das englische Anarchisten-Blatt *Freedom*. Sein politisches Interesse am Anarchismus wird sein weiteres Leben andauern. 1977 arbeitete Fauser an einem Drehbuch über Bakunin, doch der geplante Film mit Bernhard Wicki als Bakunin wurde nicht realisiert.

Mit 20 schrieb sich Fauser an der Frankfurter Johann Wolfgang Goethe Universität für Ethnologie und Anglistik ein, besuchte aber nach kurzer Zeit keine Veranstaltungen mehr und verbrachte erneut einige Monate in England. Wenig später trampte er mit einer Freundin nach Griechenland und in die Türkei, dort nahm er zum ersten Mal Opium. Nach seiner Rückkehr brach er sein Studium ab und begann in einem Krankenhaus in Heidelberg seinen Zivildienst. Dort hatte er Zugang zu Opiat-Beständen und wurde für die nächsten sechs Jahre drogenabhängig.

Zum Jahresende 1968 zog Fauser nach Berlin. Dort lebte er in Kommunen und finanzierte sich als Drogendealer. 1970 besuchte er den Schriftsteller William S. Burroughs in London von ihm bekam er den Anstoß zum Entzug mit Apomorphin.

Später unternahm er weitere Reisen in die Türkei, sowie nach Marokko, die USA, Malta, Indonesien und Zypern. Mehrfach wechselte er seinen Wohnort, zeitweise lebte er in Frankfurt, Göttingen, München, Köln und Berlin und Hannover.

Anfang der 70er Jahre war Fauser als Herausgeber, Redakteur und Autor verschiedener Underground-Zeitschriften aktiv, seinen Lebensunterhalt finanzierte er als Flughafenarbeiter oder Nachtwächter. Ab 1974 stiegen die bezahlten Arbeiten für Presse und Hörfunk, aus dem Feierabenddichter wurde ein steuerpflichtiger Autor. 1978 begann er mit der Arbeit an seiner Marlon Brando Biographie. Als Redakteur arbeitete Fauser von 1981 bis 1984 für das Berliner Stadtmagazin *tip* und 1985/86 für das Kulturmagazin *TransAtlantik*.

Die beiden Biographen Penzel und Waibel wollen »keine akademische Abhandlung« schreiben. So wählen sie eine saloppe Sprache um ihre detaillierten und ausführlich belegten Rechercheergebnisse zu vermitteln. Bisweilen wirkt diese Lässigkeit jedoch aufgesetzt und unpassend, wenn sie etwa formulieren: »Bachmann [der Dutschke- Attentäter] bleibt seinem Glauben an die Todesstrafe treu und bringt sich 1970 um.«

Gelegentlich nehmen Penzel und Waibel überraschende Wertungen vor, wenn sie Göttingen als provinzielles Städtchen, das »durchaus zu den Zentren der APO zählt«, bezeichnen und gestehen sich recht subjektive Urteile zu, wenn sie den ehemaligen Liedermacher Dieter Dehm »PDS-Schlager-Fuzzi«, Fausers Kollegen Hadayatullah Hübsch »Alibi-Wilden der FAZ« oder »Pausenclown der FAZ« und Clara Zetkin »Stalinistin« titulieren.

1982, noch zu Lebzeiten, wurde der erfolgreiche Fauser von einigen Nachwuchs- und Alternativkollegen angefeindet. Sie warfen ihrem ehemaligen Wortführer Verrat vor, weil er endlich Geld verdiente, auf Disziplin und Professionalität pochte, für Herrenmagazine wie *Playboy* und *lui* schrieb und zum Gedankenaustausch auch Verabredungen mit Vertretern des Axel Springer Verlags traf. Bei heutigen Social-Beat-Autoren steht Fauser hoch im Kurs, ihnen hat er mit seinen Beiträgen über Nelson Algren, Hans Fallada, Joseph Roth und George Orwell einen Literaturzugang gewiesen, ihnen dient er als literarisches Vorbild. Fausers heutige Fangemeinde reicht von Benjamin Stuckrad Barre bis zu Wiglaf Droste. Beide gingen mit Fauser Texten auf Lesereise.

Noch mal zum Eingangsproblem: Wie kommt jemand mitten in der Nacht als Fußgänger auf die Autobahn? Dies bleibt eine der wenigen Fragen, auf die Penzel und Waibel trotz zahlreicher Nachforschungen, keine abschließende Antwort geben können. Zu viel Zeit ist vergangen, um widersprüchliche Aussagen und Erinnerungen zu entwirren.●

Kai Böhne

Matthias Penzel/Ambros Waibel: Rebell im Cola-Hinterland. Jörg Fauser – Eine Biographie, 288 Seiten, 16 EUR, Edition Tiamat, Berlin 2004, ISBN 3-89320-076-2
Jörg Fauser: Rohstoff. Roman, 303 Seiten, 19,50 EUR, Alexander Verlag, Berlin 2004, ISBN 3-895811149

Die schwarze Szene

Aufklärungsarbeit über die so genannte »schwarze Szene« ist höchst notwendig. Denn wer als »Normal«bürger und -bürgerin mit dieser jugendlichen Subkultur konfrontiert wird, reagiert meist verstört. Im Lauf der Zeit entstand eine Fülle von Vorurteilen, die die Mitglieder der Szene in Verruf brachten. Roman Schweidlenka und Simone Philipp haben sich durch den Dschungel der Gerüchte und Verklärungen gekämpft. Mit ihrer vorliegenden Studie bringen sie Licht in das Dunkel einer Jugendszene, die sich zum Teil als Gegenbewegung zur herrschenden Gesellschaft empfindet. Sie zeigen Hintergründe, Chancen, aber auch Gefahren auf und setzen sich vor allem mit den satanistischen und rechtsextremen Rändern der Szene auseinander. Alles in allem ein Werk, das allen an gesellschaftlichen Entwicklungen Interessierten nur wärmstens empfohlen werden kann. Und ein Muss für jene, die mit der Szene direkt zu tun haben.●

Eduard Gugenberger

Roman Schweidlenka / Simone Philip: Die schwarze Szene
Gegen den Unkostenbeitrag von 8 Euro zu beziehen bei:
Jugendinfo LOGO, Schmiedgasse 23a, A-8010 Graz
E-Mail: info@logo.at

Im Kampf gegen den Welthunger

Gentechnisch verändertes Saatgut als Mittel zur Beseitigung des Welthungers? Nur zu gerne wird »optimiertes« Saatgut von der industriellen Landwirtschaft als Lösung gepriesen.

Im Buch *Geraubte Erde* veranschaulicht die bekannte Umweltaktivistin Vandana Shiva die wesentlichen Zusammenhänge zwischen Ernährungspolitik und Globalisierung. Mit besonderem Augenmerk auf Indien (und auf die Situation der Frauen) analysiert sie die profitausgerichteten Machenschaften der Saatgutindustrie. Welche Auswirkungen haben diese auf Agrarsysteme, auf die Freiheit der Bauern, auf Essgewohnheiten? Inwiefern bedroht dieses Streben nach Gewinnmaximierung seitens der Gentechindustrie die Umsetzung der Menschenrechte und der Demokratie? Dass Großkonzerne via Patentierung die Agrarwirtschaft global unter ihre Kontrolle bringen, ist ein doppelter Diebstahl an der Natur: Die Patente auf Nutzpflanzen gefährden die Biodiversität und somit die Grundlage jeder zukunftsorientierten und nachhaltigen Ernährungspolitik.

Ein Buch, das die Kontrollausübung der Saatgutindustrie vor Augen führt. Aktuell, aufklärend und wegweisend.●

(Waschzettel des Verlages)

Vandana Shiva: Geraubte Erde. Biodiversität und Ernährungspolitik. Aus dem Englischen von Bodo Schulze. Originalausgabe: The Hijacking of the Global Food Supply. 180 Seiten, ISBN 3-85869-284-0, 16,50 EUR, 28 sfr

WEED-Schuldenreport 2004

Im neu erschienenen WEED-Schuldenreport analysieren zwölf AutorInnen die Nord-Süd-Finanzbeziehungen aus entwicklungspolitischer Sicht. Der Report enthält statistisches Material zur Schuldenentwicklung und unterstreicht die Notwendigkeit neuer Initiativen. Wärend IWF und Weltbank, deren Herbsttagung im Oktober in Washington stattfand, private Kapitalflüsse als Mittel der Entwicklungsfinanzierung vertreten, zeigt der WEED-Schuldenreport etwa, dass sich diese auf eine Gruppe von Schwellenländern konzentrieren. Denn schließlich geht es um die größtmögliche Rendite, nicht um Armutsbekämpfung. Die absolute Armut (weniger als ein US$ pro tag) hat in Subsahara-Afrika, den arabischen Staaten, in Mittel- und Osteuropa sowie in der ehemaligen Sowjetunion sogar wieder zugenommen.

In der Diskussion um Reformprozesse und Alternativen bewertet der Schuldenreport u.a. das Entschuldungsverfahren im Rahmen der HIPC-Initiative (Highly Indebted Poor Countries/ Hochverschuldete arme Länder) und setzt sich mit Basel II, einem Anfang Juli 2004 beschlossenem Regelwerk zur Bankenaufsicht, auseinander. Neben dem weiterhin aktuellen Instrument der Kapitalverkehrskontrollen wird das wechselkurspolitische Konzept des Managed Floating vorgestellt. Der Report schließt mit einem Serviceteil.●

diego

Schutzgebühr: 7,00 Eur zzgl. Versandkosten
Die Publikation kann bestellt werden bei:
WEED, Torstr. 154, D-10115 Berlin
E-mail: weed@weed-online.org
Oder online unter:
www.weed-online.org/publikationen/bestellung/index.html

Frankfurter Buchmesse

Warum ich nicht nach Frankfurt gefahren bin!

Die Buchmesse in Frankfurt – »eigentlich« ein MUSS für Buchhändler/innen, auch wenn bei uns der Schwerpunkt mehr auf antiquarischen Titeln, nicht der Jagd nach Novitäten liegt. Dennoch, Austausch und Information ist wichtig, um »am Ball« zu bleiben. Also, ein Tag Zeit, eigentlich viel zu kurz. Fix ins Internet geschaut. Oh je, 162 Euro von Bremen kostet die Hin- und Rückfahrt. Nach Jahren mit Bahnkarte habe ich dieses Jahr erstmals keine, denn bei den zur Zeit 1-2 Fernfahrten im Jahr – sonst nur Regionalbahn – lohnt es nicht. Aber was soll's, »surf & rail« hört sich gut an. Jedenfalls beinahe: die Anglizismen nerven – warum bloß »Service-Point« statt »Informationsschalter«? Soll das moderner klingen, oder will die Bahn nun demnächst ihre Bahnhöfe nicht nur in Einkaufszentren umbauen, sondern auch mit Fremdsprachenschulen kooperieren?. 35 Euro, nicht mal ein Viertel des regulären Fahrpreises.

Anzeige

9. Linke Literaturmesse
19.11. bis 21.11.04 in Nürnberg

K4 Kulturzentrum im Künstlerhaus
Nürnberg, Königstraße 93

Linke Literatur am „laufenden Meter"
Buchvorstellungen - Lesungen - Diskussionen
Eintritt frei
Weitere aktuelle Infos über Literaturladen Libresso,
E-Mail: Gostenhof@web.de www.linke-literaturmesse.org

Doch vielleicht ist die Seite zu unübersichtlich oder ich bin zu ungeübt, da ich derzeit wenig fahre – jedenfalls gehe ich zum Schalter, will die Karten direkt holen. Böses Erwachen: das Ticket gibt's nur für Kreditkartenbesitzer und nur im Internet. Ist letzteres ein Hinweis darauf, dass die Bahn demnächst überhaupt keine Schalter mehr unterhalten will (irgendwo wird man die Arbeitslosenheere dank Hartz schon hindrücken!)?

Mal abgesehen von der Datensicherheit des Internet (das globale Dorf sorgt dafür, dass wir schon mehrere von uns nicht beauftragte Abbuchungen bzw. Abbuchungsversuche hatten, diese Woche für 25.000 Euro, obwohl wir bisher nicht am Online-Banking teilnehmen): was soll ein Ticket nur für Kreditkartenbesitzer? Ich gebe zu: ich habe keine Kreditkarte. Wusste bisher auch nicht, wozu. Wer mit Bargeld zahlt, gibt nicht mehr aus, als auf dem Konto bzw. in der Tasche ist. Gute Angewohnheit, das würde die Arbeit von Schuldnerberatungen erleichtern und viele Familientragödien vermeiden. Im übrigen: Kreditkarten gibt's nur bei entsprechendem Bonitätsnachweis. Klartext: nur für Menschen, die entsprechende Einkünfte haben. Sicher, dank Spitzensteuersenkungen werden die Reichen immer reicher, während die Armutsbevölkerung in diesem eigentlich reichen Land wächst. Aber: wieso soll ich diese Umverteilung von unten nach oben unterstützen? Die vermögenderen Menschen in diesem Land haben Sonderpreise als letztes nötig. Wer hat, dem wird gegeben werden!? Soll ich umso mehr Geld abknapsen, damit ich ein paar Manager subventioniere?. Nein, danke! Ich fordere faire Preise für alle (und davon abgesehen eine nahverkehrstaugliche Bahn, die nicht nur auf Geschäftsreisende setzt – auch wenn ich in diesem Fall selber einer gewesen wäre).

Und solange die Bahn dazu nicht willens ist, kann ich nur sagen: ohne mich! Ich ziehe den öffentlichen Personenverkehr dem Individualverkehr schon aus ökologischen Gründen vor und habe bewusst kein Auto. Doch der Gedanke, die Kreditkarten-Klientel fährt supergünstig, während (bzw. weil!) einkommensschwächere Schichten umso mehr geschröpft werden, ist unerträglich. Was für eine zynische Preispolitik! Ich werde sie jedenfalls nicht mittragen und erkläre hiermit: ich fahre nur dann Bahn, wenn die Preisgestaltung für mich plausibel ist bzw. Menschen ohne finanzielle Vorbedingungen attraktive Angebote gemacht werden. Sonst muss ich mich eben nach Mitfahrgelegenheiten umsehen. Ist nicht ganz so ökologisch, aber immerhin. Ökologie scheint bei der Bahn ohnehin keine Rolle mehr zu spielen.

Ich frage mich: wohin kommen wir, wenn die Bahn erst mal vollends privatisiert ist (nicht ohne Grund wurde die Bahnprivatisierung in Großbritannien bereits wieder rückgängig gemacht!)? Das Ende der Geschichte: dieses Jahr bin ich nicht nach Frankfurt gefahren. Was ich abklären wollte, werde ich nun per Brief, Telefon und Mail erledigen. Geht auch, wenngleich der persönliche Draht schöner ist und viele direkte Eindrücke verloren gehen. Aber ich kann mir wieder im Spiegel begegnen: ich weiß, ich habe mein ganz kleines bisschen Widerstand geleistet gegen den Zynismus und die Zumutungen einer fehlentwickelten Bahn. Ob man eine solche Haltung in Geld aufwiegen kann? Egal. Manchmal tut es einfach gut, zu sehen, dass man noch »Nein!« sagen kann, auch wenn es Konsequenzen hat.●

Gerald Grüneklee

PLAY FAIR bei Olympia

Vor wenigen Tagen wurden die olympischen Spiele in Athen beendet. Die Sportler/innen stellten neue Rekorde auf, sprangen höher, warfen weiter und liefen schneller. Die Bilder von Ruhm und Sieg, aber auch Niederlage und Skandale sind uns noch in guter Erinnerung.

Doch wer denkt in diesen Tagen an die Menschen, die durch hohen Einsatz und viele Überstunden ganz andere Wettkämpfe durchstanden – an die Frauen und Männer, die für die weltweit agierenden Sportartikelhersteller Trikots, Sportschuhe und Equipment hergestellt haben?

Der Bericht »Play Fair bei Olympia« schaut hinter die Kulissen der weltweiten Sportbekleidungsindustrie und stellt grundlegende Fragen – Fragen, die die Diskussionen über Armut, ArbeitnehmerInnenrechte, Handel und Globalisierung auf den Punkt bringen. Der Bericht offenbart, dass die Geschäftspraktiken großer Sportbekleidungshersteller gegen den Geist der olympischen Charta von Fairness und Gerechtigkeit verstoßen. Unternehmen in der Sportartikelindustrie erwirtschaften Profite auf Kosten der Würde, Gesundheit und Sicherheit von ArbeiterInnen weltweit und verletzen universelle ethische Grundsätze. Trotz dieser offensichtlichen Verstöße hat sich die olympische Bewegung, allen voran das Internationale Olympische Komitee, in bemerkenswertes Stillschweigen gehüllt.●
Die aktuelle deutsche Fassung der Studie zu den Arbeitsbedingungen in der internationalen Sportartikelindustrie wird herausgegeben von CCC-D, CIR, INKOTA-netzwerk und anderen.
Weiter Informationen unter: www.inkota.de
Bestellungen:
INKOTA-netzwerk e.V., Greifswalder Str. 33a, D-10405 Berlin Telefon: 030-42 89 111, Fax: 030-42 89 112, Mail: inkota@inkota.de-
Preis: 3,50 EUR

»AKWs abschalten !«

Willkommen in der strahlenden Zukunft eine Video-Dokumentation von trojan tv

Atomstrom aus Frankreich? Das heißt Uranabbau im Niger und sich einen Dreck um das Leben der Bevölkerung dort scheren. Das heißt merkwürdige Arbeitsbedingungen in den AKWs, z.B. 2/3 der Arbeit von Leiharbeitern erledigen lassen, aber keine medizinischen Dossiers über sie anlegen wollen. Das heißt keine sichere Entsorgung des strahlenden Mülls, sondern weiterhin auf Zeit setzen, und das Problem den nachfolgenden Generationen überlassen. »AKWs abschalten« ist eine kritische Dokumentation über die verschiedenen Etappen der atomaren Kette.

Es geht um die Wiederaufarbeitung in La Hague und deren einzigem Zweck, waffenfähiges Plutonium herzustellen, um die Verbindung zwischen zivilem und militärischem Nutzen der Atomenergie, um die Gefahren, die mit dem Transport radioaktiver Materialien verbunden sind und um die »neue« Generation von Atomreaktoren, die jetzt von der *Areva*, einem deutsch-französischen Gemeinschaftsunternehmen entwickelt wird: den »European Pressurised Reactor«, das AKW im Handtaschenformat. Damit soll der Markt europa-, aber auch weltweit wieder angekurbelt werden. Darüber hinaus werden erneuerbare Energien als echte Alternative, Strom nachhaltig zu produzieren, vorgestellt.

Im Frühjahr 2004 war die »Tour de France für den Atomausstieg« einen Monat lang in Frankreich unterwegs und hat an den verschiedenen Stationen der Urankette haltgemacht. 40 Menschen haben mit Bussen und PKWs voll mit Graffitis, mit Straßentheater und klassischem Theater, mit einer Ausstellung über Erneuerbare Energien und mit vielen Aktionen Aufmerksamkeit erregt und das Thema Atomenergie erneut in die öffentliche Diskussion gebracht.

Die Dokumentation »Willkommen in der Strahlenden Zukunft« (»Bienvenue dans un Futur Radieux«) ist während der Tour gedreht worden und bietet einen ausführlichen Überblick über das Atomgeschäft in Frankreich, aber auch über alternative Wege der Energieerzeugung.●

Gina

Das Video ist erhältlich auf VHS oder als DVD, 45 min, französisch mit deutschen Untertiteln, 10 EUR (incl. Porto), copy-left.
Kontakt: trojan@nadir.org oder trojan tv, Postbus 780, 6130 AT Sittard, Niederlande.

Schlussakkord

IHRSINN, die radikalfeministische Lesbenzeitschrift wird bald Geschichte sein – und die Gründe sollten uns allen zu denken geben. »Nach 15 Jahren ist ein Punkt erreicht, an dem wir in der Redaktion beschlossen haben, mit der Produktion (...) aufzuhören.« Mehrere Gründe, politischer und persönlicher, materieller und ideeller Natur, haben zu dieser Entscheidung geführt. Durch den kontinuierlichen Rückgang der Abonnentinnen in den letzten Jahren können die Satz- und Druckkosten nicht mehr gedeckt werden. Die *Ihrsinn*-Frauen orten den Grund für den Leserinnenschwund aber nicht nur in der immer prekäreren finanziellen Situation von Frauen. »Zu einem großen Teil liegt er darin begründet, dass das Interesse an radikalen politischen und an lesbisch-feministischen Standpunkten (...) abgenommen hat. Das Unverständnis, auf das diese Position trifft, hat zugenommen. Mit dem wachsenden Unverständnis verschwinden Frauenräume und -zusammenhänge. Frauenbuchläden und Frauenzentren sind rar geworden, viele Frauen halten sie nicht mehr für erhaltenswert.« Die letzten Nummern der *Ihrsinn* wurden gerade mal von vier Frauen gemacht. Der »Schlussakkord« soll im Dezember erscheinen und ein Rückblich sein auf 15 Jahre Lesbenpolitik.●

Aus: an.schläge, Wien

PROJEKTE

Selbstverwaltetes Haus in Greifswald, ab 01.10.04, noch Zimmer frei, ca. 20 qm. Sind z.Z. 10 Leute.
Alles Weitere unter:
☎(0 38 34) 51 48 73 (Grimmer Str.2)

Ihr auf dem Land, selbstverwaltet, selbstversorgt, gemeinsames Projekt & braucht noch weitere Unterstützung. Seid offen für kleine Gruppe (w 26, m 34, m 2, 5 Ziegen (w), 2 Hühner (w), Hündin, Katzin) auf der Suche nach einer Großen.
Kontakt: Sarah & Henry, Schlesierhof, D-55767Sonnenberg

SONST NOCH

Hochleistungs-Profi-Laser-Pointer »Green Light«, die Revolution für Beruf, Hobby, Unterricht, u.v.m.
Gratis-Info: »Weltraum-Versand«, Postfach 50 01 69, D-80971 München

INTERNETADRESSEN

Auf unserer Website könnt Ihr zu ca. 1.200 Projekten und Betrieben surfen und mit Hilfe unserer Medienlinks andere Medienprojekte und ca. 100 Zeitschriften besuchen. Unsere Link-Liste wird ständig erweitert und mit unserer Datenbank zur Herstellung der BUNTEN SEITEN laufend aktualisiert.
Die komplette Ausgabe 1 und demnächst die Nr. 2 aus dem Jahr 1984 sowie wichtige Beiträge und Inhaltsangaben aus den Jahren 1999 bis 2003 sind auf unserer Archiv-Seite zu finden:
www.contraste.org
Seit August 1999 gibt es eine Kommune-Website mit Selbstdarstellungen, Angeboten und Gesuchen:
www.contraste.org/kommunen

Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/group/contraste-list

Archiv der sozialen Bewegungen Bremen online.
Unter www.archivbremen.de finden sich die Selbstdarstellung des Archivs, Links und Hinweise zu Bewegungsarchiven, Links zu kritisch-historischem Arbeiten und einige Texte zur Auseinandersetzung mit der Geschichte sozialer Bewegungen.

JAHRESTAGUNG 2004

Ökonomie frisst Ökologie.

Goldene Bilanzen für BAYER und Co.

Für Konzernprofite bleibt der Umweltschutz auf der Strecke. Unsere Jahrestagung soll Mut machen zur Gegenwehr. Konkret, faktenreich und anschaulich.

JETZT ZUR JAHRESTAGUNG 2004 ANMELDEN: Samstag, 27.11.2004 • DÜSSELDORF

Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V./CBG
Postfach 15 04 18, D-40081 Düsseldorf
eMail CBGnetwork@aol.com
www.CBGnetwork.org
Fon (0)2 11 - 33 39 11
Fax (0)2 11 - 33 39 40

CBG

graswurzel revolution

monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose gesellschaft

„Das Fachblatt der Edel-Anarchisten." (Josef Stalin)
„Dahinter verbirgt sich immer ein kluger Anarchist." (Michail Bakunin)
„... oder eine kluge Anarchistin!" (Emma Goldman)

★ widerstand gegen staat und krieg
★ antirassismus und antisexismus
★ gewaltfreier anarchismus
★ ökologie ★ concert for anarchy u.v.m.
Jahresabo 25 € (10 Hefte)
Schnupperabo 5 € (3 Hefte)

GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11, D-53947 Nettersheim
www.graswurzel.net

Antifaschistisches Blatt **Info**
Nr.64 | Herbst/2004

NPD im sächsischen Landtag
Die Bilderwelt des Guido Knopp

Kostenloses Probeexemplar:

Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
e-mail: aib@nadir.org
web: www.nadir.org/aib

Einzelexemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

ESPERO
Forum für eine libertäre Gesellschaft
Aktuelles Sonderheft Nr. 10
Lysander Spooner
Die Verfassung besitzt keine Autorität
62 Seiten, 5 €uro
http:// www.alibro.de/

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 EUR (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 21 EUR (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Reinhard Pohl:
Zuwanderungsgesetz
2004, 48 Seiten, 2 Euro

1979 konstatierte der erste Ausländerbeauftragte der Bundesregierung eine *„faktische Einwanderungssituation"* und forderte, Konzepte zur Integration zu entwickeln. Die Situation sein *„ununkehrbar"*. 25 Jahre später wurde das Zuwanderungsgesetz beschlossen.

Die Broschüre stellt das im Juli 2004 verabschiedete Gesetz und seine 20 wichtigsten Regelungen vor: Von der Aufenthaltserlaubnis bis zur Ausweisung bei Kriminalität, vom Asylantrag bis zur Niederlassungserlaubnis, von dem Visum bis zur Härtefallregelung, vom Familiennachzug bis zur Abschiebung von „Hass-Predigern", von der Arbeitserlaubnis bis zum Aufenthaltsrecht für Kriegsflüchtlinge, vom Familienasyl bis zur Aufnahme jüdischer Emigranten, vom Integrationskurs bis zur Ausreiseeinrichtung.

Magazin Verlag, Schweffelstr. 6, 24118 Kiel, Fax: 0431 / 570 98 82

Zeitung für linke Debatte und Praxis
ak testen: 3 für 5 €
Infos + Bestellungen: **www.akweb.de**

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

PF 102062 63020 OFFENBACH
Tel. (069) 885006 Fax 821116
express-afp@t-online.de

In der aktuellen Ausgabe (8/04) u.a.:
- »Obszönes (Fuß-)Volk«, Interviews mit Bernd Gehrke, Renate Hürtgen u. Klaus Wolfram z. den Montagsdemonstrationen
- »Selber denken«, Teil II des Gespräches über Gewerkschaftsautonomie, alte und neue Sozialdemokratie mit H.G. Lang und Anton Kobel
- »Hartze Zeiten«, oder: wer vier sagt, muss auch rechnen können
- Ena Bonar: »Vorwärts und oft vergessen – die Solidarität!«, zu den Bündnissen gegen Hartz IV u.a. Sozialkürzungen
- Torsten Bultmann: »Wettbewerb von der Wiege an«, Hochschulumbau u. Transformation der gesellschaftlichen Wissensproduktion
- »Kettenreaktion?«, zum »Aufstand der SPD-Anständigen«
- »Einheit gegen Attacke«, einhellige Reaktion französischer Gewerkschaften auf den Angriff auf das Streikrecht

○ Ich möchte 1 kostenloses Probeexemplar
○ Ich möchte die nächsten 4 akt. Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. Vk.)

kämpfen und lesen

DA DIREKTE AKTION anarchosyndikalistische Zeitung

[die andere gewerkschaftszeitung]

Probeheft gratis Straßburgerstr. 38 | 10407 Berlin | da-abo@fau.org

Zwischen Informationsflut und Infotainment:
Knappe Infos – kritische Analysen – best-practice-Beispiele.

Als Informationsdienst für grüne und alternative Kommunalpolitik bieten wir schnelle Infos und profundes Wissen in unserer Fachzeitschrift „Alternative Kommunalpolitik". Wenn Sie uns noch nicht kennen: Wir schicken Ihnen gerne ein Probeheft. Oder schauen Sie im Internet in's Inhaltsverzeichnis unserer Hefte:

▶ **www.akp-redaktion.de**

Alternative Kommunalpolitik · Luisenstraße 40 · 33602 Bielefeld
Tel. 05 21/17 75 17 · Fax 05 21/17 75 68
e-mail: akp@akp-redaktion.de · internet: www.akp-redaktion.de

AKP

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte und Fotos per E-Mail, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den einmal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meuschwitzstr. 2a, ☎ (03 51) 802 99 23, E-Mail: info@abfallgut.de; **06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt,** Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa; **10961 Berlin, Redaktion Berlin,** Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: ricabuch@acor.de, Internet: www.ricarda-buch.de; **18569 Gingst/ Westrügen, Redaktion Rügen/MV,** Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de; **22763 Hamburg, Redaktion Hamburg,** Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de; **28201 Bremen, Redaktion Bremen,** Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@niatu.net, **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland,** Götz Paschen, Große Str. 81, ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen,** Kai Böhne, Bornbreite 39, ☎ (0551) 5 75 46; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück,** Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de, Internet: www.packpapier-verlag.de; **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn,** Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 583 89 00, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und **50678 Köln,** Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (0221) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@foni.net; **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main,** netz Hessen, c/o Cavallaro, Gabelsberger Str. 32, ☎ (069) 670 62 71 E-Mail: uwe.weppler@paritaet.org; **Redaktion Saarland,** AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 E-Mail: a3wsaar@t-online.de, ☎ (06 81) 37 15 02; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg,** Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald,** Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: stefan.r.riedel@web.de; **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart,** Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de; **Portugal:** Kurt Regenauer, E-Mail: k.regenauer@suedschiene.de, **Internet:** www.suedschiene.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; **Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim,** Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin,** Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und **27321 Thedinhausen,** Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de; **Umweltschutz von unten: 35447 Reiskirchen-Saasen,** Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, E-Mail: projektwerkstatt@apg.lahn.de; **Selbstorganisation im Alltag, 35037 Marburg,** Marc, Wannkopfstr. 13, E-Mail: the.element@gmx.de, Espi, E-Mail: piratenutopie@uni.de; **Fairkehr, Lothar Galow-Bergemann,** ☎(0711) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 1/02
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89
(Mo-Fr: 10 bis 17 Uhr)

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 15 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 17.-19.12.2004
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de

ANTISEMITISMUS

Antisemitismus in der deutschen Linken
Es ist seit geraumer Zeit kein Geheimnis mehr, dass Judenfeindschaft zumal in Deutschland nicht nur in der politischen Rechten zu finden ist. Jean Améry etwa hatte nach dem Sechs-Tage-Krieg mehrfach auf den in der Neuen Linken grassierenden »ehrbaren Antisemitismus« hingewiesen, der sich nur schlecht kaschiert als Kritik am Zionismus ausgab. Obwohl, wie Noberto Bobbio herausgestellt hat, Gleichheit ein grundlegendes Prinzip linker Weltanschauung ist, wird in den Argumentationen der Linken um Israel und das Judentum interessanterweise insbesondere in den letzten Jahrzehnten zunehmend ein politisches Instrument verwandt, welches ursprünglich ein wesentliches Merkmal rechter Ideologie ist, nämlich die Exklusion, in diesem Zusammenhang die ethnische Exklusion. Schon einigen Denkern des deutschen Idealismus und der frühen Arbeiterbewegung wurden antisemitische Ressentiments und Judenhass nachgewiesen. Das Verhältnis der Linken zum Antisemitismus hat sich zwar vielfach transformiert, kaum aber geklärt.
Die gegenwärtigen Diskussionen über die weltweit zunehmenden Konflikte und Kriege insbesondere in Nah- und Mittelost und über die amerikanische Politik, sind in den gesellschaftlichen Strömungen, welche ihrem Selbstverständnis nach innerhalb der politischen Linken zu verorten sind, von erbitterten internen Debatten über das Verhältnis von Antisemitismus, Antizionismus und Antiamerikanismus geprägt.
Auf der Tagung soll die Bedeutung antisemitischer Topoi in der deutschen Linken in Geschichte und Gegenwart dargestellt und diskutiert werden: Ist Antisemitismus eine Randerscheinung oder struktureller bzw. kohärenter Bestandteil linker Ideologie? Wo liegen seine Wurzeln? Wie gestaltet sich das Wechselverhältnis von Antisemitismus, kritischer Reflexion der nationalsozialistischen Vergangenheit, Antizionismus, Antiamerikanismus und die in diesem Kontext häufig zu beobachtende für die politische Linke eigentümliche Tendenz zur Exklusion?
Inhaltlich wird sich die Veranstaltung an der Schnittstelle und im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik bewegen. Mit der Präsentation von Initiativen, Filmen, mit Podiumsdiskussionen und wissenschaftlichen Referaten möchten wir diesem Umstand Rechnung tragen und zugleich der internationalen Dimension dieser Debatte gerecht werden.
Termin: 26.-28.11.2004
Information & Anmeldung:
Hans-Böckler-Stiftung, Hans-Böckler-Str. 39, D-40476 Düsseldorf

BIOPIRATERIE

EinsteigerInnenseminar
Wie kann es sein, dass Genjäger und Biopiraten sich Agrar- und Heilpflanzen sowie traditonelles Wissen des Südens patentieren lassen dürfen? Die BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie lädt zum Einführungsseminar und zum Mitmachen ein. An dem Wochenende geht es um unglaubliche Beispiele für Biopiraterie und ihre rechtlichen Hintergründe, um internationale Abkommen und ihre Widersprüche sowie um den inzwischen weltweit entstehenden Widerstand gegen Biopiraterie. Vorgestellt werden die aktuellen Arbeitsschwerpunkte der Kampagne: »Widerstand keimt auf« (gegen die Beschneidung der Bauernrechte weltweit), »Naschen gegen Biopiraterie« (Fairer Handel gegen Patente auf Leben) und »Stoppt Patente auf Leben« (zur Umsetzung der sog. Biopatentrichtlinie der EU). Darüberhinaus gibt es Raum für weitere Ideen zukünftiger Kampagnenarbeit.
Termin: 3.-5. Dezember 2004, Stuttgart
Mehr Infos:
Web: www.biopiraterie.de
E-Mail: info@biopiraterie.de
☎(0 53 31) 883 353

JUNGE LINKE

Normierung & Disziplinierung, Subversion & Widerstand II
Nachdem im ersten Teil dieses Seminars der Frage nachgegangen wurde, wie Menschen in Institutionen wie Schule, Gefängnis, Militär und Psychiatrie diszipliniert werden, wollen wir uns nun von den Institutionen ab- und den Individuen zuwenden. Auch hier soll uns die Frage nach der Macht und den Möglichkeiten Widerstand zu leisten, leiten. Wir behaupten, dass ein zentrales Machtinstrument die Modelle und Begriffe sind, in denen sich die Individuen ihr eigenes Dasein vorstellen. Wir werden uns daher über »Sex« unterhalten, über »Krankheit« reden und versuchen, alles in Frage zu stellen, was uns als »wahr« gilt. Ihr müsst nicht den ersten Teil des Seminars besucht haben, um teilzunehmen. Wenn Euch jedoch der erste Teil gefallen hat, werdet Ihr auch diesen mögen.
Termin: 19.-21. November 2004
Information & Anmeldung:
JD/JL BRB, Stahnsdorfer Str. 100,
D-14482 Potsdam
E-Mail: post@jdjl-brandenburg.de

Arbeit im 21. Jahrhundert: Lohnarbeit
Arbeit ist im Kapitalismus Lohnarbeit. Und dies bedeutet ständige Unsicherheit und Stress für all jene, die mit der Lohnarbeit ihr Aus- und Fortkommen erwirtschaften müssen. Umgesetzt wird weder eine Verkürzung und Vereinfachung der Arbeit, die durch den erreichten technischen Stand der Produktivität möglich wäre, noch eine umfassende Versorgung mit Lebensmitteln. Stattdessen erzeugt die Abhängigkeit vom Kapital für die Lohnabhängigen stets neue alte Hindernisse mit denen die Leute umgehen müssen. Zuerst einmal die richtige Ausbildung finden. Aber erhält mensch auch einen Ausbildungs- oder Studienplatz? Und garantiert der Abschluss danach auch einen Arbeitsplatz? Wenn es klappt – heißt das, dass das Geld bis zum Monatsende reicht? Und wie viel Zeit bleibt einem nach einer 40- bis 60-Stundenwoche? Was bedeutet es, wenn mensch krank wird oder einfach nur Urlaub braucht?

Und was, wenn einen das Kapital nicht mehr braucht? Wie ist es arbeitslos, ohne Geld dazustehen? Kriegt mensch staatliche Unterstützung? Was bedeutet das an Stress und Entbehrungen? Und bei dem Versuch wieder einen Job zu finden. Was ist, wenn es zu viele Bewerber gibt? Und was, wenn mensch 40 Jahre alt ist? Zuletzt und mit Glück kommt mensch ins Rentenalter – und es hört immer noch nicht auf: Wird die Rente reichen? Oder das Angesparte?
All dies ist der normale Alltag in dieser Gesellschaft und jeder kennt es. Zynischerweise bietet diese Wirtschaft den Arbeitern als einzige Chance sich diesen Unsicherheiten zu entziehen nur an, sich in den Konkurrenzkampf mit ihresgleichen zu stürzen und damit sich und den anderen die Hölle heiß zu machen. Das spricht aber gegen die Lohnabhängigkeit und nicht für die Hoffnung, dass es beim nächsten Konjunkturaufschwung wieder besser wird.
Dieser ganze Dreck fällt nicht vom Himmel: Es handelt sich vielmehr um politische und ökonomische Zwänge einer kapitalistischen Gesellschaft. Wie auch die Maßnahmen der Agenda 2010 und Hartz IV, die eine neue Qualität des Umgangs mit den Lohnabhängigen bedeuten. Denn bspw. mit der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe sind alle die endgültig abgeschrieben, die lange keinen Job hatten.
Das bedeutet aber nicht das Ende des Sozialstaats und auch nicht, dass dem Kapitalismus die Arbeit ausginge. Denn um das Wohl und die Bedürfnisse aller Einzelnen hat sich der Sozialstaat noch nie geschert und der Kapitalismus bleibt trotz Krisen und Arbeitslosigkeit bestehen. Wie und warum also die ganze Leier im Jahre 2004 und folgende so aussehen wird, das wollen wir diskutieren und die Konsequenzen vorstellen, die wir daraus ziehen.
Termin: 19.-21.11.2004 in Hannover

Jede Menge Macht
Seminar über Negri/Hardt: Empire
Empire, das war doch so um die Jahrtausendwende. Da haben Hardt und Negri mal ziemlich für Furore gesorgt. Bei z.B. attac! schienen die beiden zu Cheftheoretikern zu avancieren; Zizek hat das Buch als »Kommunistisches Manifest unserer Zeit« bezeichnet; und ob im Politikwissenschaftsstudium oder in der linken Szene: Empire musste man gelesen haben. Inzwischen ist es wieder ziemlich still geworden. Ob der Grund dafür ist, dass man schon alles gesagt hat oder dass das Buch schlicht in Vergessenheit geraten ist, man scheint nicht mehr über Empire reden zu müssen.
Wir sind immer noch der Meinung, dass ein Seminar, dass sich mit Thesen aus Empire beschäftigt, ziemlich aktuell ist. Wenn es auch keiner mehr benennt, so ist all das, was in dem Buch verbraten wird, doch schon fast selbstverständlich in die linke Theorie und Praxis aufgenommen worden. Man redet auf einmal wieder über revolutionäre Subjekte und die »Macht der Menge«; vorbei sind die pessimistischen Zeiten als man glaubte, alles sei total vergesellschaftet. Heute entdeckt man im Kapitalismus ganz Vieles, was – richtig genutzt – über ihn hinaustreibt. Und das hat seinen Grund in einem Verständnis der modernen Weltordnung, das ganz wesentlich von dem geprägt ist, was Negri und Hardt in Empire zusammentragen: Neue Formen und neue Verteilungen der Souveränität durch NGOs und überstaatliche Macht-Netzwerke, ein postmarxistischer Wertbegriff bestimmt durch affektive und immaterielle Arbeit, und nicht zuletzt eine völlig neue Durchstrukturierung der Lebenswelt durch Biomacht.
Das alles ist nicht neu und auch nicht unbedingt von Negri und Hardt, aber unserer Meinung nach in Empire so gut zusammengestellt, dass die Beziehungen klar werden, die diese Theoreme zueinander haben, inwiefern sie sich durcheinander stützen – und zum Teil auch miteinander der Kritik verfallen. Deshalb wollen wir anhand von Empire – und auch dagegen – untersuchen, wie sehr post-irgendwas die Gesellschaft wirklich ist. Und zwar mit euch.
Termin: 26.-28.11.2004 in Berlin

Information & Anmeldung:
junge linke, Postfach 91 04 29,
D-30424 Hannover
E-Mail: info@junge-linke.de
Web: www.junge-linke.de

Test for the West
Der »War on Terror« – ein neues Stadium der globalen Konkurrenz in der Peripherie
Seit dem Ende des West-Ost-Konflikts hatten die USA die unbeschränkte Definitionsmacht, wie die globale Ordnung auszusehen hat. Doch spätestens seit dem Krieg der NATO gegen Jugoslawien haben sich die europäischen Nationen als alternative Ordnungshüter ins Spiel gebracht. Mit ihrer Selbst-Einladung nach Afghanistan hat Europa seinen weltweiten Anspruch deutlich gemacht; mit der Selbst-Ausladung aus dem Irak-Krieg hat Kerneuropa unterstrichen, dass sie ein Wörtchen mitzureden haben wollen, wie Krieg und Frieden zu organisieren sind. Diese Konkurrenz zwischen EU und USA ist das eine Thema dieses Seminars.
Mit den Kriegen gegen Afghanistan und den Irak wurde aber mehr bezweckt als die Ersetzung der alten Regime oder die Ausschaltung von al-Queida. Die Kriege waren auch eine Ansage an die restliche Staatenwelt: Mit Kriegen machen die führenden Nationen anderen Staaten deutlich unter welcher Bedingung sie nur bereit sind, sie als Souveräne anzuerkennen. Heute geht es nicht mehr um System-
alternativen, wie 1945 bis 1989.
Die einheimischen Elendsverwalter in der sog. »dritten Welt« sollen heute mehr leisten, als ihr Volk ruhig zu halten und Land und Leute dem westlichen Reichtum nützlich zu machen. Mittlerweile reicht der Verdacht nationaler Vorbehalte, um im Namen von Demokratie und Menschenrechten ein Land mit Krieg zu überziehen. Heute wollen die USA die gesamte Staatenwelt durch den »war on terror« darauf verpflichten, antiamerikanische Umtriebe im eigenen Land zu verfolgen. Und die EU versucht das nach Kräften zu sabotieren. Über den Zweck der neuen Kriege, dem Inhalt der Stabilität im Nahen Osten und der modernen Variante des »nation buildings« geht's auf diesem Seminar.
In der Regel ist ein Krieg in der Öffentlichkeit nur so lange Thema bis das Kräfteverhältnis eindeutig entschieden ist. Der Irakkrieg dagegen erhält in den Debatten über die Glaubwürdigkeitsfrage bezüglich der Massenvernichtungswaffen und der Folterdebatte eine längerfristige Weltöffentlichkeit. Was ist der Grund und die Leistung der Moral in der Kriegspolitik? Was treibt Leute und Politiker dazu gerade anhand eines leichenträchtigen Waffenganges die Frage zu wälzen, ob da auch alles moralisch lupenrein vor sich geht? Ist das die globale Zivilgesellschaft, von der sie alle reden?
Termin: 10.-12.12.2004, West-Thüringen
Information & Anmeldung:
junge linke, Postfach 10 10 04
D-07710 Jena
E-Mail: thueringen@junge-linke.de
Web: www.junge-linke.de

BREMEN

Laufen den Gewerkschaften die Mitglieder weg?
mit Heiner Dribbusch, Mannheim
Heiner Dribbusch, Mannheim, ist Mitglied der Redaktion des express – Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit
Termin: 18.11.2004
Ort: erfragen unter schepers@luxemburg-initiative.de

Stress und Arbeitssucht
– Erste Einblicke in die betriebliche Realität aus der Region Bremen
Vortrag und Diskussion mit Sabine Wolf und Stephan Meins
Die Wirkungen, die wachsende Belastungen in einer veränderten Arbeitswelt auf die Entstehung von Stress und Arbeitssucht bei den Beschäftigten haben, waren Gegenstand einer von der Hans Böckler Stiftung geförderten Studie. Die Ergebnisse der Erhebung über Betriebsvereinbarungen zu Suchterkrankungen, zum Stand der betrieblichen Gesundheitsförderung und der in einigen Bremer Großbetrieben durchgeführten Expertengespräche werden zur Diskussion gestellt. Es soll verdeutlicht werden, wie sich durch die starke Zunahme der Arbeitsbelastungen in Verbindung mit hohem Konkurrenzdruck und zunehmender Arbeitsplatzunsicherheit eine betriebliche Kultur der Vielarbeit etabliert.
Dr. Sabine Wolf ist Ökonomin und Mitglied des SEARI, Stefan Meins ist Ökonom und ebenfalls Mitglied des SEARI
Veranstalter: Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen in Kooperation mit Institut für sozialökonomische Handlungsforschung (SEARI)
Termin: 25.11.2004, 20 Uhr
Ort: Kulturzentrum Paradox, Bernhardstr. 12, Bremen

Die Glücklichen Arbeitslosen
Lesung und Diskussion mit
Guillaume Paoli
Schon bald werden die Montagsdemonstrationen mit ihrer Parole »Weg mit Hartz IV« der Vergangenheit angehören. Die Bevölkerung scheint ihren Frieden mit der sozialen Abwärtsspirale gemacht zu haben. Doch gegen die herrschende Friedhofsruhe opponiert seit einigen Jahre ein kleiner aber wachsender Haufen von Menschen, der sich das Label »Die glücklichen Arbeitslosen« (ihre Zeitschrift heißt »Müßiggangster«) gegeben hat. Schon der Name ist Provokation pur in einer Zeit, da selbst Diskussionen um Mindestlohn mit dem Hinweis abgewürgt werden, der Druck, eine schlechter bezahlte und geringer qualifizierte Tätigkeit anzunehmen, sei dann nicht mehr ausreichend. »Die glücklichen Arbeitslosen« halten dagegen: Vollbeschäftigung wird es nicht mehr geben, sie ist auch gar nicht wünschenswert; materiell wäre ein Grundeinkommen kein Problem (wenn die Ausgaben für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger, Unterstützungen für Geringverdienende, Verwaltungskosten etc. zusammengelegt werden), und ein sozialer Gewinn wäre eine Gesellschaft des Müßiggangs nach Ansicht der »glücklichen Arbeitslosen« allemal.
Guillaume Paoli ist Herausgeber von »Mehr Zuckerbrot, weniger Peitsche. Aufrufe, Manifeste und Faulheitspapiere der Glücklichen Arbeitslosen« (Berlin 2002)
Website:
www.dieguecklichenarbeitslosen.de/
Veranstalter: Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen in Kooperation mit Anares e.V.
Termin: 26.11.2004
Ort: Antiquariat und Buchcafé Andere Seiten, Brunnenstr. 15/ 16, Bremen

MEDIEN

Linux verwenden
Praxiswissen für Einsteiger, eine Einführung in das Einrichten und die Funktionsweise von Linux und die Konfiguration der Server-Funktionalität stehen im Zentrum dieses Seminars. Weitere Themen: OpenOffice, Samba, WWW Proxy Squid, Web-Server Apache, Mail-Server am Beispiel von SuSE Linux. Kenntnisse im Umgang mit Dateiverwaltung und Verzeichnissen sind von Vorteil.
Termin: 27.-28.11.2004
Information & Anmeldung:
Bayerisches Seminar für Politik e.V.,
Oberanger 38/1, D-80331 München
☎(0 89) 260 90 06

GESCHICHTE

Mythos I. Weltkrieg – die verdrängte Schuld
Im Sommer und Herbst vor 90 Jahren fielen fünf deutsche Armeen mit einer Million Mann in das neutrale Belgien ein, um den I. Weltkrieg durch einen von langer Hand geplanten Blitzkrieg gegen Frankreich für sich zu entscheiden. Im Verlauf des Zweifrontenkriegs starben insgesamt fast zehn Millionen Menschen, über zwanzig Millionen wurden verwundet. Mit der kritischen Aufarbeitung der historischen Fakten taten sich Historiker und Politiker schon unmittelbar nach Ende des Krieges schwer: Statt schonungsloser Analyse der Kriegsführung und -ursachen wurde die »Dolchstoßlegende« kolpotiert, nach der ein im Felde unbesiegtes deutsches Heer durch die Revolution 1918 von hinten erdolcht worden sei. Der Versailler Friedensvertrag diente zudem fast ausschließlich als Propagandamittel für revanchistische Forderungen, die von den Nationalsozialisten dann in praktische Politik umgesetzt wurden. Der I. Weltkrieg wird von daher nicht zu Unrecht als Ausgangspunkt eines neuen 30-jährigen Krieges im 20. Jahrhundert gesehen.
In diesem Seminar wollen wir uns mit dem aktuellen Forschungsstand zum I. Weltkrieg und seinen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ursachen auseinandersetzen, sowie alte und neue Legenden auf ihren Wahrheitsgehalt untersuchen.
Termin: 19.-21.11.2004
Information & Anmeldung:
Bayerisches Seminar für Politik e.V.,
Oberanger 38/1, D-80331 München
☎(0 89) 260 90 06

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg